

## Antwort der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Doris Odendahl, Wolf-Michael Catenhusen, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
— Drucksache 13/9076 —

### Politische Bildung in Deutschland

Politische Bildung soll zusammen mit der allgemeinen, der kulturellen und beruflichen Bildung dazu beitragen, daß alle Menschen Verantwortung für ihr persönliches Leben und in der Gesellschaft, in Arbeit und Beruf, in Kultur und Politik, übernehmen können. Für den einzelnen wird es immer schwieriger, sich sachkundig zu machen – gesellschaftliche Probleme erfordern aber Lösungen, die ohne die Mitwirkung eigenständig denkender und verantwortlich handelnder Bürgerinnen und Bürger nicht zu bewältigen sind.

Auch für die politische Bildung und ihre Förderung bilden die demokratische Verfassung unseres Staates einerseits, die Probleme der Menschen in allen ihren Lebensbereichen und die individuellen Lernbedürfnisse und -möglichkeiten andererseits den Rahmen.

Die Bundesregierung hat aus ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur politischen Bildung aus dem Jahr 1991 (Drucksache 12/1773) für die praktische Arbeit – auch für die Klärung der Rollen von Bundesregierung, Landesregierungen, Institutionen und freien Trägern der politischen Bildung – keine relevanten Schlüsse gezogen. Die damalige Aufgabenbeschreibung, die auch vor dem Hintergrund des notwendigen Zusammenwachsens von Ost- und Westdeutschland und der ostdeutschen Transformationsprozesse formuliert worden ist, wurde von der Bundesregierung bisher nicht ausreichend umgesetzt.

Die Überwindung der fast 50jährigen Teilung Deutschlands bleibt auch in den nächsten Jahren die wichtigste innenpolitische Aufgabe. Sie erfordert hohe materielle Ressourcen, Geduld und politische Phantasie. Dieser innerdeutsche Einigungsprozeß wird heute von einer wieder wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern aus den alten und neuen Ländern geprägt. Auch wenn insbesondere durch die politische Bildung positive Ergebnisse in der Aufklärung über die Wertorientierungen und Institutionen des demokratischen Rechtsstaats erreicht werden konnten, stimmen Meinungsforscher in der Beobachtung überein, daß es

in Ostdeutschland immer noch erhebliche Reserven gegenüber einer Identifikation mit der „Bundesrepublik Deutschland“ und der Leistungsfähigkeit ihres politischen Systems gibt.

Parallel zu diesen ostdeutschen Tendenzen kann in den alten Ländern eine Entsolidarisierung und Entkopplung der Bindung an demokratische Werte festgestellt werden. Vor diesem Hintergrund wachsen Tendenzen zur Radikalisierung, die Gewaltbereitschaft steigt, und rechtsradikales Gedankengut und Auftreten wird als immer selbstverständlicher wahrgenommen.

Bürgerinnen und Bürger verlieren zunehmend das Vertrauen in die politische Gestaltung und in die Gestaltungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Als ein mögliches Indiz hierfür werden die rückläufigen Mitgliederzahlen der Parteien und gesellschaftspolitischen Großorganisationen sowie sinkende Wahlbeteiligungen angesehen. Andererseits steigt das Engagement für konkrete Projekte, z. B. des Umweltschutzes, der Menschenrechte und der Entwicklungspolitik.

Insbesondere Jugendliche wachsen heute in einem ambivalenten Verhältnis von Selbstverständnis und Distanz gegenüber den Grundwerten unserer Gesellschaft auf. So wird, wie die neueste Shell-Jugendstudie zeigen konnte, gesellschaftliches Engagement zugleich am persönlichen Wert und einer möglichen Relevanz für konkrete Veränderungen gemessen. Die individuelle Entscheidung fällt dann oft nur kurzfristig und themenorientiert aus, und es zeigt sich ein besonderes Verhältnis zu punktuelltem Engagement ohne Illusionen, weil die Krisen unserer Gesellschaft heute in ihrem ganzen Umfang von Jugendlichen wahrgenommen und reflektiert werden.

Es ist in den letzten Jahren nur unzureichend gelungen, auf der Grundlage eines breit getragenen gesellschaftlichen Konsenses gesellschaftspolitische Zielvorstellungen in der Bevölkerung zu verankern, und dies bei zentralen Themen wie dem Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus oder dem

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 27. Mai 1998 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Gedanken eines politisch und wirtschaftlich geeinten Europas.

Am Ende des 20. Jahrhunderts steht Deutschland vor zusätzlichen Herausforderungen, die die Anforderungen an die politische Bildung noch erhöhen.

Das Zusammenwachsen von Kultur- und Zivilisationsräumen führt zu einer Globalisierung von Weltwirtschaft, Kapital- und Arbeitsmärkten. Unübersehbar sind Umweltzerstörung und -bedrohungen. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen muß als übergreifendes Ziel allen Handelns verstanden und konkret verfolgt werden. Nachhaltigkeit muß aufgrund der auf der VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 verwirklicht werden, sowohl als globales Konzept als auch als Ansatz und Ziel für die Modernisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Aufgabe fordert alle Politikbereiche und alle Gruppen der Gesellschaft. Hierfür ist ein breiter gesellschaftlicher Dialog notwendig. In dessen Rahmen muß die politische Bildung, insbesondere umwelt- und entwicklungspolitische Bildung, intensiviert werden. Sie soll dazu beitragen, unsere Gesellschaft für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu gewinnen.

Die globalen Entwicklungen setzen die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland unter erheblichen Anpassungs- und Modernisierungsdruck. Auch sind die internationalen Konflikte und ihre Auswirkungen, z. B. weltweite Migrationsbewegungen, auch für unsere Gesellschaft relevanter geworden.

Die wirtschaftliche und soziale Realität wird in Deutschland von tiefgreifenden Veränderungen geprägt. Die langanhaltend hohe und steigende Arbeitslosenquote ist in Ost- und Westdeutschland zu einem gravierenden gesellschaftlichen Problem geworden. Alte industrielle Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen und davon geprägte Lebenswelten lösen sich auf, neue Dienstleistungen und Dienstleistungsbereiche entstehen, schaffen aber keinen ausreichenden Ersatz für Arbeitsplatz- und Einkommensverluste. So ist es auf Dauer immer mehr Bürgerinnen und Bürgern unmöglich, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und Beiträge zur Entwicklung der Gesellschaft zu leisten. Ansprüche auf soziale Teilhabe, Arbeits-, Einkommens- und Vermögensbildungschancen können zunehmend weniger eingelöst werden.

In dieser Situation wird die Gleichstellung von Männern und Frauen nur unzureichend verfolgt. Die wachsende Berufstätigkeit von Frauen wird sogar als Mitursache veränderter Arbeitsstrukturen diskreditiert.

Das Vertrauen in ökonomische Sicherheit und in die politische Steuerungsmöglichkeit ökonomischer und sozialer Prozesse ist zurückgegangen, und die unverzichtbaren sozialen Aspekte der Marktwirtschaft verlieren an Glaubwürdigkeit.

In dieser Umbruchsituation kommt es darauf an, das Bewußtsein der Menschen für tragende Grundlagen unserer Gesellschaft zu stärken. Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Gemeinsinn und persönliches Verantwortungsbewußtsein müssen an Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnen und wieder zum Gradmesser politischen Handelns werden.

Angesichts dieser Veränderungen hat die politische Bildung einen Bedeutungswandel erfahren. Sie muß immer mehr grenzüberschreitend und fachübergreifend sein. Sie muß stärker als bisher dazu beitragen, konkrete Vorstellungen zu entwickeln, wie menschliches Leben und Arbeiten in Zukunft aussehen und wie Technikentwicklung und -anwendung human gestaltet werden können.

Vor diesem Hintergrund müssen die Zielsetzungen und Instrumente der politischen Bildung weiterentwickelt werden. Hieran müssen auch die Träger der politischen Bildung selbst und die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt werden. Angesichts der Gefahr, Bildungskonzeptionen zu bevorzugen, die sogenannte Sachzwänge als gegeben hinnehmen, ist es notwendig, po-

litische Bildung als integralen Bestandteil von Weiterbildung in allen Bereichen zu begreifen. Um diese Ansprüche erfüllen zu können, müssen auch die Träger der politischen Bildung gestärkt werden.

Den Ländern kommt bei der Weiterentwicklung der politischen Bildung eine wichtige Aufgabe zu. Über ihre Landeszentralen für politische Bildung und die allgemeine Förderung der politischen Bildung können sie landesspezifisch identitätsstiftende Aktivitäten ermöglichen und regionalen Problemen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger besonders gerecht werden.

Sinnvolle Aktivitäten und Bildungsangebote können aber nur auf der Grundlage einer angemessenen finanziellen Ausstattung erfolgen.

Die Bundesregierung trägt in erster Linie die Verantwortung für die überregionale Handlungs- und die Zukunftsfähigkeit der politischen Bildung in Deutschland.

### Allgemeine Vorbemerkung

Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vom 10. Dezember 1991 (vgl. Drucksache 12/1773), der aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990 erstellt wurde (Drucksache 11/7988), ausführlich Ziele und Aufgaben sowie die grundlegenden Elemente der politischen Bildung dargelegt. Sie hat in den vergangenen Jahren mit Entschiedenheit und Engagement die dort umschriebenen Themenfelder bearbeitet und in konkrete Maßnahmen umgesetzt. Die politische Bildung hat damit einen Beitrag zum Gelingen des inneren Einigungsprozesses geleistet.

Nach dem Sturz des SED-Regimes haben sich naturgemäß nicht alle Erwartungen und Hoffnungen auf einen raschen, mit dem System der freiheitlichen Demokratie verbundenen Wohlstand sofort erfüllen können. Gleichwohl wird das politische System der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Wiedervereinigung von der großen Mehrheit der Menschen positiv bewertet. An dieser Entwicklung hat die politische Bildungsarbeit ihren Anteil. Auch der von ihr organisierte innerdeutsche Dialog hat es ermöglicht, die unterschiedlichen Erfahrungen mit Demokratie und Diktatur zu thematisieren und die Auseinandersetzung mit dem Unrecht des SED-Regimes voranzutreiben.

Die in der Gesellschaft zu beobachtende Entsolidarisierung und die Infragestellung von allgemein verpflichtenden Werten wird von der Bundesregierung mit Sorge zur Kenntnis genommen. Die Bundesregierung wirkt gegen eine zunehmende Gewaltbereitschaft und gewaltbejahende Konfliktlösungsstrategien. Sie mahnt für diese Grundhaltung den aktiven Beitrag aller gesellschaftlichen Kräfte bei der Rückbesinnung auf Werteerziehung und Werteverantwortung an.

In diesem Zusammenhang haben die zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vielen Menschen die von diesen Erscheinungen ausgehenden Gefahren bewußt gemacht und sie veranlaßt, sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu engagieren. Gerade die Reaktionen der Bevölkerung, insbesondere der Jugendlichen, auf die im

März 1993 auf den Weg gebrachte Aufklärungskampagne der Innenminister von Bund und Ländern gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt unter dem Motto „FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“ haben gezeigt, daß ein breit getragener gesellschaftlicher Konsens gegen extremistische Ideologien und Fremdenfeindlichkeit besteht. Bestätigt wurde dies erneut durch die vielen Aktivitäten in der Bevölkerung, die im Rahmen des „Europäischen Jahres gegen Rassismus (1997)“ stattgefunden haben.

Die seit 1980 vom Mannheimer Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) durchgeführten Umfragen dokumentieren in langfristigen Zeitreihen die positiven Einstellungs- und Verhaltensänderungen der deutschen Bevölkerung gegenüber Gastarbeitern bzw. Ausländern in Deutschland. So haben die persönlichen Kontakte zu Ausländern in der eigenen Familie, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft und im Freundeskreis um ein Mehrfaches zugenommen. Dem steht nicht entgegen, daß sich eine große Mehrheit (von rd. 90 %) dafür ausspricht, den Zuzug von Migranten von außerhalb der EU zu begrenzen. Nur dann fühlen sich offenbar die Menschen den (sozialen) Belastungen gewachsen, die sie mit der Integration der hier lebenden Menschen ausländischer Herkunft verbunden sehen.

Aus der Tatsache, daß die Mitgliederzahlen in den Parteien wie in anderen Großorganisationen rückläufig sind, kann keineswegs darauf geschlossen werden, daß „zunehmend das Vertrauen in die politische Gestaltung und in die Gestaltungsfähigkeit unserer Gesellschaft“ verloren gehe. Der Blick auf die Entwicklungen und Zahlen gesellschaftspolitischer Aktivitäten zeigt vielmehr, daß sich sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger intensiv in ihrem konkreten Lebensumfeld engagieren und dort auch gestaltend mitwirken. Diese in der Regel ehrenamtliche Tätigkeit, die mit hohem persönlichem Einsatz ausgeübt wird, beeinflusst unsere Gesellschaft in wesentlichen Bereichen.

Verstärkt muß aber für das Engagement in den demokratischen Parteien geworben werden. Hier leistet die politische Bildung eine wichtige Aufgabe, indem sie die Bedeutung der Parteien für das Funktionieren einer lebendigen Demokratie deutlich macht. Die Arbeit in Parteien muß als ein Ausweis demokratischen Engagements und verantwortungsbewußten Handelns Anerkennung finden.

Die Bundesregierung hat ihre Position zur Umweltbildung zuletzt in ihrer Antwort vom 11. Juli 1997 auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 3. Juli 1996 (vgl. Drucksache 13/8213) und im „Ersten Bericht zur Umweltbildung“ vom 30. Oktober 1997 (vgl. Drucksache 13/8878) formuliert. Danach ist die Agenda 21 mit ihrem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung auch maßgebliche Grundlage für Konzeptionen und Fördermaßnahmen zu Umweltbewußtsein und Umweltbildung. Es geht um die Entwicklung eines breiten gesellschaftlichen Dialogs und der dazu erforderlichen Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung und entsprechende Bildungsmaßnahmen. Als Beitrag hierzu hat die Bundesumweltministerin am 1. Juli 1996 die Initiative „Schritte zu einer nachhaltigen, umwelt-

gerechten Entwicklung“ gestartet. Ziel der Initiative ist es, einem gesellschaftlichen Konsens über die mittelfristig prioritären umweltpolitischen Handlungsfelder, die jeweils anzustrebenden Ziele und die hierfür erforderlichen Maßnahmen näherzukommen. Zu diesem Zweck wurden zu den Handlungsfeldern Klima, Naturhaushalt, Ressourcen, Gesundheit, Mobilität und Umweltethik Arbeitskreise mit den jeweils am stärksten betroffenen gesellschaftlichen Gruppen eingerichtet.

Es trifft zu, daß die wirtschaftliche und soziale Realität in Deutschland von tiefgreifenden Veränderungen geprägt wird. Der Anpassungsprozeß an die u. a. durch die Globalisierung weltweit erkennbaren Strukturveränderungen ist schwierig. Die Bundesregierung ist bei ihren Reformbemühungen zur Bewältigung dieser Probleme durch die Blockadepolitik des Bundesrats erheblich behindert worden. Die von der Opposition verhinderte Steuerreform hätte erhebliche Erleichterungen für die Wirtschaft geschaffen und eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten bewirkt.

Das Ziel der Gleichstellung von Männern und Frauen wird von der Bundesregierung auch mit Mitteln der politischen Bildung mit großem Nachdruck verfolgt. Soweit noch Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben bestehen, müssen diese insbesondere durch ein verändertes Verhalten in Wirtschaft und Gesellschaft beseitigt werden. Die Bundesregierung paßt die gesetzlichen Regelungen, insbesondere die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Arbeitsgerichtsgesetzes den veränderten Gegebenheiten an.

Trotz der großen Herausforderungen, vor denen Arbeitnehmer wie Arbeitgeber stehen, ist das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft keineswegs geschwächt. Die Menschen wissen vielmehr, daß nur eine von Solidarität, Gerechtigkeit, Gemeinsinn und persönlichem Verantwortungsbewußtsein geprägte Wirtschaftsordnung eine verlässliche Grundlage für die Zukunft ist.

Wie bereits im eingangs erwähnten „Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“ ausführlich dargelegt wurde, hat die politische Bildungsarbeit ein immer breiter werdendes Themenspektrum zu behandeln. Sie muß die unübersichtlicher werdenden gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge erläutern und auf neue Herausforderungen angemessen reagieren. Diese Aufgaben hat die politische Bildung in den vergangenen Jahren offensiv und auf vielfältige Weise erfüllt; eine Umfrage der Bundeszentrale für politische Bildung zeigt, daß sie dabei auf große Akzeptanz bei den Nutzern stößt. Auch in Zukunft wird die politische Bildung in Deutschland jede nötige Unterstützung durch die Bundesregierung erfahren.

Zu der folgenden Beantwortung der einzelnen Fragen ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, daß bei der Vielzahl der Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung Einzelvorhaben meist nur beispielhaft dargelegt sind, eine Vollständigkeit also keineswegs angestrebt wird oder in vertretbarem Rahmen möglich ist.

*Grundkonzeption der politischen Bildung und ihrer Förderung*

1. Von welchem Grundverständnis läßt sich die Bundesregierung bei der politischen Bildung leiten, und in welcher Weise wurde die Förderung der politischen Bildung den aus neuen politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten resultierenden Themen und ihrer ökologischen Vernetzung angepaßt?

Im bereits erwähnten „Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“ hat die Bundesregierung ihr Grundverständnis über Ziele und Aufgaben politischer Bildung und ihrer Förderung ausführlich dargelegt. Diese sind immer noch von aktueller Bedeutung. Wichtigstes Anliegen der politischen Bildung ist es nach wie vor, das Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewußtsein zu festigen, einen Beitrag zum Konsens über die grundlegenden Werte und Ziele unserer Gesellschaft zu leisten und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.

Demokratie ist nicht statisch, sie muß immer neu gestaltet und verantwortlich gelebt werden. So setzt politische Bildung im demokratischen Staat die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger voraus, sich mit neuen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen konstruktiv und kritisch auseinanderzusetzen. Damit ist politische Bildung als langfristig angelegter Lernprozeß definiert.

Themen, die aus neuen politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten resultieren, werden von der politischen Bildung aufgegriffen und im Rahmen von Veranstaltungen und Publikationen behandelt (vgl. die Antworten zu den folgenden Fragen). Dabei werden sowohl bewährte Wege der Vermittlung beschritten, aber auch neue didaktische Lehr- und Lernmodelle eingesetzt (vgl. Antwort zu Frage 26).

Im Blick auf das Verhältnis Staat/ freie Träger erachtet die Bundesregierung die Autonomie und Pluralität von Trägern und Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit als von grundlegender Bedeutung. Pluralität und Autonomie drücken sich darin aus, daß die Träger und Einrichtungen in der inhaltlichen Gestaltung und der pädagogischen und didaktischen Vermittlung selbstverantwortlich handeln. Aufgabe des Staates ist es, dieses plurale und demokratische Meinungsspektrum in seiner vollen Breite zu fördern.

Die von der Bundesregierung mit Zustimmung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages für die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland beschlossenen Ziele gelten auch für die politische Bildung in der Bundeswehr. Besondere Ziele der politischen Bildung in der Bundeswehr ergeben sich aus dem Auftrag der Streitkräfte. Politische Bildung in der Bundeswehr soll

1. die Schutz- und Verteidigungswürdigkeit der Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und den Auftrag der Streitkräfte verdeutlichen,

2. die Fähigkeit fördern, die Rolle des Soldaten in Staat und Gesellschaft zu erkennen und sich mit ihr auseinanderzusetzen und
3. dazu anleiten, die staatsbürgerlichen Rechte sachgerecht zu gebrauchen und die politische Bedeutung gesetzlicher Pflichten, insbesondere der Pflichten des Soldaten, zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Einen mittelbaren Beitrag zur politischen Bildung leistet als Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg). Zu ihren Maßnahmen gehört die Zusammenarbeit mit Institutionen der politischen Informations- und Bildungsarbeit, soweit diese sich mit Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen. Die Informationsarbeit der anderen Bundesressorts ist ebenfalls als mittelbarer Beitrag zur politischen Bildung zu betrachten.

2. Welche Institutionen und Träger der politischen Bildung hat die Bundesregierung in die Entwicklung ihres Förderkonzepts einbezogen, und welche Maßnahmen hat sie selbst bzw. zusammen mit den Ländern, nichtstaatlichen Organisationen und Trägern der politischen Bildung ergriffen, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden?

Die von der Bundesregierung geförderten parteinahen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung) berücksichtigen mit ihrer politischen Bildungsarbeit die unterschiedlichen gesellschaftlichen Grundströmungen.

Darüber hinaus fördert die dem Bundesministerium des Innern (BMI) nachgeordnete Bundeszentrale für politische Bildung mit 20 Mio. DM jährlich etwa 280 Bildungsträger der politischen Erwachsenenbildung (s. Anlage). Diese spiegeln das breite gesellschaftliche Spektrum politischer, weltanschaulicher und religiöser Standpunkte wider. Die Bundeszentrale für politische Bildung kooperiert bei der Entwicklung von Modellprojekten, bei Planung und Durchführung von Seminaren und anderen Veranstaltungen sowie bei Publikationsvorhaben mit den Landeszentralen für politische Bildung, nichtstaatlichen Organisationen und freien Trägern der politischen Bildung, mit politischen Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, Verbänden und Kirchen.

Im Rahmen der politischen Jugendbildungsarbeit hat die Bundesregierung rund 35 auf Bundesebene tätige zentrale Fachorganisationen und -einrichtungen in das Programm „Politische Bildung“ des Kinder- und Jugendplans des Bundes einbezogen. Hierzu zählen insbesondere folgende Fachorganisationen: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, ARBEIT UND LEBEN, Verein zur Förderung Katholisch-Sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aksb), Evangelische Akademien, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Deutscher Volkshochschulverband, Jugendhaus Düsseldorf, Verband ländlicher Heimvolkshochschulen

und der Verein der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA). Im Blick auf eine gesamteuropäische Bildungsarbeit sind die Ost-West-Institute besonders zu erwähnen: Evangelische Sozialakademie, Friedewald; Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho; Heimvolkshochschule Jägerei Hustedt, Celle; Ostakademie Königstein; Studienhaus Wiesneck, Buchenbach; Weiterbildungszentrum Ingelheim.

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind auch Frauenorganisationen wichtige Träger und zuverlässige Partner der Bundesregierung bei der Konzeption und Durchführung von Maßnahmen der politischen Erwachsenenbildung. Sie nehmen in unserer Gesellschaft eine wichtige Brücken- und Mittlerfunktion wahr. Durch Bildungsveranstaltungen leisten sie in erheblichem Umfang Aufklärungsarbeit. Die Bundesregierung fördert die Arbeit der Frauenorganisationen jährlich mit ca. 2 Mio. DM. Von 1992 bis 1995 wurden 12 Mio. DM für ein Sonderprogramm „Aufbau und Förderung von Frauenverbänden, -gruppen und -initiativen in den neuen Bundesländern“ zur Verfügung gestellt.

Das von der Bundesregierung geförderte Modellprojekt „Frauen ins politische Ehrenamt“, das von der Jakob-Kaiser-Stiftung durchgeführt wird, hat einen wesentlichen Schwerpunkt in der politischen Bildungsarbeit für Frauen in den neuen Bundesländern (vgl. Antwort zu Frage 19).

Um die Arbeit in der entwicklungspolitischen Bildung zu qualifizieren, berief die Bundesregierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 1993 einen Beraterkreis für die entwicklungspolitische Bildung an Schulen. Finanzmittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit stellt sie seit Jahrzehnten zur Verfügung.

#### *Aufgabenfelder und Aktivitäten der Bundesregierung*

3. Welchen Stellenwert haben umwelt- und entwicklungspolitische Bildung, und in welcher Weise wurden und werden sie in Umsetzung der Dokumente der Rio-Konferenz und der Agenda 21 gefördert?

Die Bundesregierung hat u. a. bereits in folgenden Dokumenten auf die Bedeutung der Umweltbildung bzw. der Bildung für Nachhaltigkeit hingewiesen: In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage Umweltbildung (Drucksache 13/8213 vom 11. Juli 1997) wird beispielsweise die Umweltbildung als unverzichtbarer Bestandteil einer vorsorgenden Politik zum Schutz von Natur und Umwelt hervorgehoben und es werden die vielfältigen von der Bundesregierung initiierten und geförderten Maßnahmen zur ökologischen Bewußtseinsbildung der Bürgerinnen und Bürger dargestellt. Im bereits erwähnten „Ersten Bericht zur Umweltbildung“ wird Umweltbildung als Instrument zur Verwirklichung einer vorsorgenden Umweltpolitik dargestellt.

Auch in der Umweltforschung avanciert Umweltbildung zur Querschnittsaufgabe, denn die Umwelt-

forschung ist für die Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse einerseits von dem Verständnis breiter Bevölkerungskreise für die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen abhängig und andererseits auf deren Bereitschaft angewiesen, an der Umsetzung mitzuwirken und die entsprechenden Kompetenzen dafür zu entwickeln.

Mit einer Vielzahl von Publikationen und Seminaren hat die staatliche politische Bildung die Herausforderung angenommen. Die Vermittlung von grundlegenden Informationen über Umweltfragen und ihre politischen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge steht dabei im Vordergrund. Insbesondere die Auswirkungen von mittel- und langfristigen Umweltschäden, aber auch die Maßnahmen zum Schutz der Umwelt werden in Publikationen, Seminaren und sonstigen Medien erläutert und in ihren Konsequenzen diskutiert. Zur Überbrückung des Grabens zwischen Umweltwissen und Umweltverhalten werden sowohl umfassende und sachorientierte Informationen bereitgehalten als auch neuere Ansätze der Umweltbewußtseinsforschung in Tagungen angewandt und erprobt (s. auch Antwort zu Frage 5).

Die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Wochenzeitung „Das Parlament“ war das erste deutsche Blatt, das die Ergebnisse der Rio-Konferenz umfassend dokumentierte. Themenausgaben haben sich verschiedentlich mit umweltpolitischen Fragestellungen wie dem Klimaschutz befaßt. Die Reihe „Thema im Unterricht“ hat ein Schwerpunktthema „Umweltfragen“ herausgegeben, Arbeitshilfen für die politische Bildung erschienen bereits 1992 mit dem Titel „Technik im Spannungsfeld – Sozialverträglichkeit, Ökologische Verantwortbarkeit, Wirtschaftlichkeit – am Beispiel Mikroelektronik“. In der Politischen Zeitung (PZ) sind umweltpolitische Aspekte insbesondere in den Themenheften „... denn wir haben nur eine Welt“ (PZ 68) und „Automobilität“ (PZ 89) behandelt worden. In der Reihe des Mediensystems APROPOS wurde 1996/97 ein Medienset zu Fragen der Umweltbelastung und des individuellen Verhaltens zur Vermeidung von Umweltschäden herausgegeben.

In der Reihe „Politik kurz gefaßt“ erschien die Publikation von Marc Fritzler: „Ökologie und Umweltpolitik“, in der der ökologische Zustand der Erde sowohl unter globalen als auch nationalen, auf die Bundesrepublik Deutschland bezogenen Blickwinkeln problematisiert wird. Dabei werden die wichtigsten Felder globaler Umweltprobleme wie auch Ziele und Prinzipien deutscher Umweltpolitik vorgestellt.

In der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ werden umwelt- wie entwicklungspolitische Themen sowohl als eigenständige Problembereiche wie auch in ihrem partiellen Zusammenhang kontinuierlich behandelt. So geht es bei den entwicklungspolitischen Themen um grundsätzliche Fragen zur Effizienz und Legitimität von Umweltpolitik, um unterschiedliche entwicklungspolitische Strategien, um die Darstellung entwicklungspolitischer Kooperation in den Regionen der Dritten Welt sowie den Aufbau demokratischer Strukturen in diesen Staaten.

Bei den ökologischen Fragestellungen reicht die thematische Spannweite von der lokalen Ebene über die regionale bis hin zur globalen Problemanalyse, wobei den entsprechenden politischen, technischen und ökonomischen Lösungsansätzen besondere Beachtung gilt. Hinsichtlich der Agenda 21 seien hier nur zwei Arbeiten genannt: Zimmermann: Lokale Agenda 21. Ein kommunaler Aktionsplan für die zukunftsbeständige Entwicklung der Kommune im 21. Jahrhundert (B 27/927); Feindt: Kommunale Demokratie in der Umweltpolitik. Neue Beteiligungsmodelle (B 27/97).

Im Rahmen des Journalistenprogramms der Bundeszentrale für politische Bildung werden umwelpolitische Themen immer wieder aufgegriffen. Der Band „Umwelt“ in der Reihe „Themen und Materialien für Journalisten“ richtet sich insbesondere an Lokalredakteure, die in den Tageszeitungen die nicht immer konfliktfreien Ansätze des globalen Denkens und lokalen Handelns kritisch und informierend begleiten.

Für 1998/99 sind u. a. folgende Maßnahmen im Zusammenhang mit umwelt- und entwicklungspolitischen Fragestellungen geplant:

Ein „Handwörterbuch Wirtschaft und Umwelt“ wird einige Grundlagenartikel des 1996 erschienenen 1 500 Seiten starken Kompakt-Lexikons „Umwelt- und Wirtschaftspolitik“ für den Laien verständlich bearbeitet zusammenfassen.

Der Sammelband von Udo E. Simonis (Hrsg.): Ökologie und Umweltpolitik 2000, der 1999 in der Schriftenreihe der Bundeszentrale erscheinen wird, soll im Gegensatz zu den meisten auf dem Markt befindlichen einschlägigen Publikationen, die sich mit ausgewählten Schwerpunkten oder bestimmten Regionen beschäftigen, eine auf breiter Grundlage beruhende Bestandsaufnahme bieten. Die Befunde werden analysiert und bewertet und Lösungsvorschläge sollen unterbreitet werden, die in die konkrete Umweltpolitik Eingang finden können. Die Betrachtungsweise wird global, international und auf die staatliche Entscheidungsebene der Bundesrepublik Deutschland bezogen sein. Aussagekräftige Graphiken, Tabellen und Bilder werden zur Veranschaulichung beitragen.

Eine neue Ausgabe der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ zum Thema „Ökologie und Umwelt“ wird das inzwischen veraltete Heft „Umwelt“ ablösen und diesen Themenbereich in einer problemorientierten Übersicht darstellen.

In der „Zeitlupe“, die für die Sekundarstufe 1 konzipiert ist, wird eine Ausgabe zum Thema „Umwelt: Wasser – Boden – Luft“ verdeutlichen, daß eigenverantwortliches Handeln in und für die Umwelt für jeden einzelnen möglich und notwendig ist.

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung erarbeitet derzeit das Gesamtkonzept „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung soll über diesen Weg für das deutsche Bildungswesen nutzbar gemacht werden. Als Orientierungsrahmen und Maßstab für eine zukunftsfähige Gestaltung pädagogischer Prozesse richtet es sich an die Bildungs-

verwaltung auf allen Ebenen, Ausbildungseinrichtungen für pädagogisches Personal aller Art, Träger von Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt an Lehrer, Erzieher, Ausbilder, Professoren und Dozenten.

Politisch-ökologische Jugendbildung ist auch ein Schwerpunkt in vielen Mitgliedseinrichtungen sowie in einer der Projektgruppen der Jugendbildungsreferentinnen/-referenten im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB). Die entsprechende Projektgruppe erarbeitet beispielsweise thematische Bausteine zur „Agenda 21“, mit denen junge Menschen motiviert werden sollen, sich über die ihr ökologische Umfeld bestimmenden Faktoren zu informieren und sich kritisch mit den Perspektiven für das nächste Jahrhundert auseinanderzusetzen.

Die Bundesregierung mißt auch entwicklungspolitisch der UNCED 1992 in Rio de Janeiro und der Agenda 21 einen hohen Stellenwert zu. Konzentrierte sich bis zur UNCED der Blick prinzipiell auf die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, wird jetzt der Entwicklungs- und Veränderungsbedarf in Entwicklungs- und Industrieländern verstärkt thematisiert.

4. Was wurde im Rahmen der politischen Bildung von der Bundesregierung wegweisend angestoßen, um den Bürgerinnen und Bürgern eine eigene, aktive Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Globalisierung und Individualisierung zu ermöglichen?

Das Thema Globalisierung ist von den Bürgerinnen und Bürgern früher häufig vor allem in Form von Konflikten, etwa dem Nord-Süd-Konflikt, und der Umweltschutzproblematik wahrgenommen worden. In neuerer Zeit wird es zunehmend auch unter dem Gesichtspunkt der immer engeren weltwirtschaftlichen Verflechtungen, der Chancen und Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und der politischen Gestaltbarkeit der Zukunft diskutiert. Auch das Thema Individualisierung wird immer wieder unter den verschiedensten Aspekten, sowohl im Zusammenhang mit den Globalisierungstendenzen, aber auch im Kontext von Wertewandel, veränderten Familienstrukturen und Lebensgestaltung behandelt. Die politische Bildung greift diese Fragestellungen in den verschiedenen Publikationen und Seminaren auf. Beispielhaft genannt sei eine in Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung mit dem Verein für Friedenspädagogik, Tübingen, entwickelte CD-ROM zum Thema „Globales Lernen“, die diese vielschichtige Thematik für junge Menschen zielgruppengerecht und verständlich behandelt. Geplant für die nähere Zukunft ist u. a. ein neues Heft der „Informationen zur politischen Bildung“ zum Thema „Globalisierung und ihre Auswirkungen auf Deutschland“.

In einem mehrjährigen und vielgliedrigen Modellprogramm, das von der Arbeitsgemeinschaft Katholisch-Sozialer Bildungswerke (aksb) getragen wurde, wurden wissenschaftliche Fragen der Gen-Technik sowohl im Bereich der Fortpflanzungsmedizin als auch in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelherstellung ver-

ständig aufgearbeitet und auf ihre Möglichkeiten der Vermittlung in der politischen Jugendbildung geprüft und dokumentiert.

Grundsätzlich bleibt allerdings fraglich, ob die politische Bildung immer gleich in der Lage ist und sein kann, jede Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft benutzergerecht aufzuarbeiten, insbesondere in einem Themenbereich, der aufgrund seiner Vielschichtigkeit und seiner schnellebigen Veränderungen in der Wissenschaft und der Politik in seinen Dimensionen und Auswirkungen noch nicht abschließend bewertet werden kann.

5. Was wurde und wird von der Bundesregierung insbesondere unternommen, um notwendige Verhaltensänderungen in Richtung einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung anzuregen?

Die Bundesregierung hat zuletzt in ihrem Bericht vom 19. Februar 1997 anlässlich der VN-Sondergeneralversammlung über Umwelt und Entwicklung 1997 in New York eingehend dargelegt, was unternommen wurde, um notwendige Verhaltensänderungen in Richtung einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung anzuregen. Im bereits erwähnten „Ersten Bericht zur Umweltbildung“ vom 30. Oktober 1997 hat die Bundesregierung ausgeführt, was insbesondere hinsichtlich des Bereichs der Umweltbildung unternommen wurde.

Um einer breiten Öffentlichkeit den Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ näher zu bringen, hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) 1997 unter dem Slogan „Halt' die Welt im Gleichgewicht – Nachhaltige Entwicklung sichert unsere Zukunft“ diverse Maßnahmen durchgeführt. Dazu gehören neben dem Kinospot „Die Erbschaft“, der bundesweit in über 400 Kinos gezeigt wurde, die Wanderausstellung „Halt' die Welt im Gleichgewicht“, Materndienste und die Broschüre „Aktuell: Halt' die Welt im Gleichgewicht“. Auch in der dreimal jährlich erscheinenden Verbraucherzeitschrift „Wir und unsere Umwelt“ sowie in der monatlich herausgegebenen Fachzeitschrift „UMWELT“ des BMU wird das Thema „Nachhaltige und umweltgerechte Entwicklung“ regelmäßig aufgegriffen.

Von der Bundeszentrale für politischen Bildung wurde eine Vielzahl an Materialien zum Thema entwickelt:

- Als Unterrichtsmaterial wird u. a. das Heft „Entwicklungsländer“ in der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ genutzt, das in den kommenden Monaten didaktisch-methodische Ergänzungen erfahren wird. Geplant ist des weiteren eine Ausgabe in der Reihe „Thema im Unterricht“ zur Entwicklungspolitik und in der „Zeitlupe“ mit dem Titel „Eine Welt“.
- Für die Zielgruppe der Jugendlichen ist das Mediensystem „APROPOS Dritte Welt“ vorgesehen, das sich mit einem Kurzvideo und Printmaterialien (methodisch-didaktisch aufbereiteten Lehr- und Lernhilfen) mit natürlichen Energiere Ressourcen,

deren Nutzung und möglichen Umweltbelastungen auseinandersetzt und auch die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen hervorhebt.

6. Wie hat die Bundesregierung die Förderung der politischen Bildung zu weltweit veränderten Sicherheitsfragen und zur Konfliktvermeidung aufgenommen und darauf reagiert?

Die „weltweit veränderten Sicherheitsfragen“ und das Thema „Konfliktvermeidung“ lassen sich nicht isoliert behandeln. Beide sind vielmehr im Rahmen der gesamten internationalen Beziehungen und den ihnen zugrunde liegenden ökonomischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Gegebenheiten sowie unter regionalen und globalen Gesichtspunkten zu betrachten und zu bewerten. Sie sind seit jeher Teil des Themenkanons der politischen Bildungsarbeit und werden sowohl publizistisch wie in der Seminararbeit behandelt.

Das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung berücksichtigt beispielsweise alle Politikbereiche, die für die politische Gestaltung des Friedens im nahen und erweiterten Umfeld Deutschlands relevant sind. Bei Seminarveranstaltungen kommen Offiziere sowohl aus NATO- wie auch aus osteuropäischen Staaten mit „Multiplikatoren“ zusammen, um über neue Dimensionen der Nord-Süd-Problematik, zu denen ethnische Konflikte und Flüchtlingsströme, Armut und Migration, Umweltschädigung und Klimaprobleme gehören, zu diskutieren.

Das BMVg hat in seinen Veröffentlichungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Bürgerinnen und Bürger über die grundlegend veränderte sicherheitspolitische Lage sowie zu Fragen der Konfliktprävention und der Risikovorsorge – einschließlich des deutschen Beitrags dazu – umfassend informiert. Insbesondere erfolgte dies mit den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom 26. November 1992, den „Konzeptionellen Leitlinien zur Weiterentwicklung der Bundeswehr“ vom 12. Juli 1994 und dem „Weißbuch 1994 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und zur Zukunft der Bundeswehr“. Darüber hinaus wird ständig – für die Bürger kostenfrei – ein umfangreiches, breitgefächertes Angebot an aktuellen Informationsmaterialien im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr bereitgehalten (s. Antwort zu Frage 1).

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik wurde am 12. August 1992 als ressortübergreifende Einrichtung und Träger der zentralen Fortbildung des Bundes auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik geschaffen.

7. Mit welchen Maßnahmen der politischen Bildung erleichtert die Bundesregierung die Integration
  - a) von Ausländerinnen und Ausländern,
  - b) von Spätaussiedlern?

Politische Bildung kann dadurch, daß sie die Probleme von Ausländerinnen und Ausländern wie von Spätaussiedlern benennt, um Verständnis für deren Situation werben. Sie kann zudem die Probleme, die die Deutschen mit den Zuwanderern haben, zur Sprache bringen und auf diese Weise dazu beitragen, daß die Akzeptanz der Zuwanderer in der deutschen Bevölkerung geweckt bzw. gestärkt wird.

- a) Dies geschieht auch in den verschiedenen Medien der Bundeszentrale für politische Bildung: In den Themenausgaben der Wochenzeitung „Das Parlament“ oder der PZ, in der die Integration von Ausländern und Spätaussiedlern in den Ausgaben „Nachbarn mit dem fremden Paß – Thema: Ausländer“ und „Die Türken“ populär aufgearbeitet wurde. In der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ ist ein Heft über Ausländer erschienen.

Der im Rahmen des Lokaljournalistenprogramms erscheinende Pressedienst DREHSCHEIBE behandelt das Thema „Ausländer“ regelmäßig in Spezialausgaben; in der Reihe „Themen und Materialien für Journalisten“ hält ein Band journalistisch verwertbare Materialien zum Thema „Ausländer“ bereit. In Modellseminaren für Tageszeitungsjournalisten wird diese Thematik regelmäßig behandelt mit dem Ziel, eine fundierte, problemorientierte Berichterstattung zu unterstützen und so einen wichtigen Beitrag gegen Ausländerfeindlichkeit zu leisten.

Das derzeit von der Bundeszentrale für politische Bildung vorbereitete Handbuch „Interkulturelles Lernen“, das Berichte von positiven Beispielen gelungener Integrationsleistungen darstellt und erfolgreiche Kooperationen zwischen Deutschen und Menschen aus anderen Kulturkreisen dokumentiert, zeigt Wege zur Integration von Ausländern glaubwürdig auf.

Die Bundeszentrale für politische Bildung förderte Ende 1997 das Projekt „Dialog zwischen den Kulturen – Gemeinsam leben in Deutschland – Miteinander reden. Zueinander finden“, das in den Ländern Berlin und Brandenburg durchgeführt wurde. An drei Tagen beteiligten sich an verschiedenen Orten in den beiden Bundesländern Vertreter aus den unterschiedlichen Kulturen und Religionen in mehr als 70 Veranstaltungen an Diskussionen, Workshops, Tanz- und Theaterdarbietungen, Musikbeiträgen, Filmvorführungen, Lesungen und Vorträgen.

Mehrere im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Zentralstellen der Träger der politischen Bildung befassen sich mit Maßnahmen der Integration von Ausländerinnen und Ausländern.

In besonderer Weise der Ausländerintegration verpflichtet ist der Verein der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA), Duisburg. Die Seminare und Tagungen von VIA richten sich in erster Linie an Multiplikatoren in der Arbeit mit ausländischen Jugendlichen. 1997 waren besondere thematische Schwerpunkte: die Situation von Ausländern und

Aussiedlern auf dem Arbeitsmarkt sowie Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierungen. Für 1998 ist eine größere Fachtagung geplant, die Wissenschaftler, Praktiker, Behördenvertreter und Politiker zusammenführen soll, um die Situation der Familien und Jugendlichen ausländischer Herkunft zu analysieren und gemeinsam Perspektiven einer zukünftigen Arbeit zu diskutieren.

Von 1994 bis 1997 hat die Bundesregierung das Projekt „Mit Ausländern leben – Gemeinsam geht's besser“, das von den Sozialpartnern verantwortet und vom Institut der deutschen Wirtschaft durchgeführt wurde, finanziell gefördert. Dieses Projekt richtete sich an Ausbilder und Auszubildende mit dem Ziel, die Erziehung zur Toleranz gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausländischer Herkunft zu unterstützen und für mehr Verständigung einzutreten.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen trägt unter anderem durch die Veröffentlichung von Informationsmaterialien zur politischen Bildung von Ausländerinnen und Ausländern wie auch Deutschen in den Bereichen Migration und Integration bei. Insbesondere sind hier die von der Beauftragten herausgegebenen Werke „Lexikon ethnischer Minderheiten in Deutschland“ und „Kleines Lexikon der ethnischen Minderheiten in Deutschland“ zu nennen; letzteres wird auch von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben.

- b) Nach § 7 des Bundesvertriebenengesetzes und auf der Grundlage der Sonderprogramme der Bundesregierung zur Eingliederung der Aussiedler aus den Jahren 1976 und 1988 ist den Spätaussiedlern die Eingliederung in das berufliche, kulturelle und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern. Die Bundesregierung fördert mit zweckgebundenen Projektmitteln an zentrale Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie an die Vertriebenenverbände und kirchlichen Organisationen Aufbauwochen, familienpädagogische Maßnahmen und Orientierungskurse.

Darüber hinaus werden seit 1990 über die Bundeszentrale für politische Bildung bzw. das Bundesverwaltungsamt anerkannte Träger der Erwachsenenbildung mit einem Gesamtvolumen von bis zu drei Millionen DM jährlich zur Durchführung bildungspolitischer Maßnahmen für Aussiedler gefördert.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ eine Ausgabe zum Thema Aussiedler veröffentlicht, die 1998 neu herausgegeben wird. Ein besonderer thematischer Schwerpunkt wird auf der Integration von Aussiedlern aus den GUS-Staaten liegen.

Dem Thema Rußlanddeutsche widmen sich einige APROPOS-Filme, die die Bundeszentrale für politische Bildung vornehmlich für jugendliche Nutzer konzipiert hat. Neben einem historischen Rückblick über das Leben in Rußland thematisieren die Filme die Übersiedlung und die damit verbundenen Pro-



bleme und wollen so dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und das Verständnis für die besondere Situation der Rußlanddeutschen zu fördern.

8. Welche besonderen Aktivitäten hat die Bundesregierung eingeleitet, um der Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken und Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln?

Die Prävention von Gewalt hat für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert. Aus den von ihr veranlaßten Untersuchungen zu den Ursachen wachsender Gewaltbereitschaft, insbesondere aus dem Gutachten der „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission)“ geht hervor, daß es eine Fülle von Ursachen für die wachsende Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft gibt. Insbesondere Familie, Schule, Medien und Öffentlichkeit spielen bei den Entstehungszusammenhängen eine besondere Rolle. Erziehung und Bildung haben die Aufgabe, jungen Menschen die Werte eines friedlichen Miteinanders zu vermitteln, demokratische Verhaltensweisen einzuüben und friedliche Konfliktlösungsmodelle zu erproben. An dieser Erziehungsaufgabe sind sowohl die politische Jugendbildung als auch die politische Erwachsenenbildung beteiligt.

Die Strategien zur Verhinderung und Kontrolle von Gewalt sind komplex anzulegen. Patentrezepte gegen Gewalt gibt es nicht. Entscheidend ist, ob es gelingt, eine geistige Atmosphäre sowie eine Kultur der politischen Auseinandersetzung zu schaffen, die der Ausweitung von Gewalt abträglich ist.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um der wachsenden Gewaltbereitschaft insbesondere unter Jugendlichen zu begegnen.

Im Auftrag des BMFSFJ wurde gemeinsam mit den neuen Ländern von 1992–1996 das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) durchgeführt. Dieses Programm, das mit rd. 90 Mio. DM gefördert wurde, fand an 30 Standorten mit rund 130 Einzelprojekten statt. Ein weiteres Modellprogramm befaßte sich mit „Gewaltbekämpfung und Gewaltprävention im kommunalen Sozialraum“. Die Modelle machten deutlich, daß auch gewaltorientierte Gruppen mit geeigneten – d. h. mehrdimensionalen, lebensweltorientierten und gebrauchswertbestimmten – Projekten erreicht und Gewaltbereitschaft längerfristig korrigiert werden kann. Dokumentiert werden diese Programme in: Jürgen Fuchs/Dieter Kreft/ Rolf-Peter Löhr (Hrsg): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG). Fünf Bände, Münster 1997.

Eine Vielzahl weiterer Maßnahmen zur Gewaltprävention sind in der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 13/8284 vom 23. Juli 1997) auf die Große Anfrage „Jugendstrafrecht und Präventionsstrategien“ (insbesondere Seite 42 ff. und 68 ff.) verzeichnet. Hinzuweisen ist z. B. auf

- das Forschungsprojekt der Universität Greifswald „Jugendkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern und Möglichkeiten der Prävention unter besonderer Berücksichtigung von Mehrfach- und Intensivtätern“ (Prof. Dr. Frieder Dünkel, Dr. Detlef Besch);
- das Projekt „Jugendsprache und verbale Gewalt“ des Instituts für Schulpädagogik und Grundschuldidaktik der Universität München (Prof. Dr. Helmut Zöpfl, Dr. Ute Schade);
- das Modellprojekt „Re-Aktion auf Gewalt durch Jugendhilfe und Straffälligenhilfe“ der Deutschen Bewährungshilfe (DBH);
- das Nationale Konzept „Sport und Sicherheit“ mit der Förderung der „Koordinationsstelle Fan-Projekte“ bei der Deutschen Sportjugend in Frankfurt.

Darüber hinaus wird darauf verwiesen, daß aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes allein der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten als Zentralstelle Hunderte von Jugendbildungsseminaren von Mitgliedseinrichtungen gefördert hat, die präventiv gegen Gewaltausübung, Gewaltbereitschaft und Rassismus gerichtet waren und sind. Vor allem in dem Schwerpunkt, der das Zusammenleben deutscher und ausländischer Jugendlicher thematisiert und in den Kursen, in denen geschlechtsspezifische Verhaltensweisen von Mädchen und Jungen im Mittelpunkt stehen, war und ist die Gewaltproblematik präsent.

Aktivitäten im Rahmen des jährlich von der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen gemeinsam mit der Freudenberg Stiftung und der ARD verliehenen CIVIS-Preises „Leben in der kulturellen Vielfalt – Achtung des Anderen“ richtet sich an ausländische und deutsche Jugendliche. Sie setzen sich im Rahmen des Wettbewerbs in erheblicher Zahl mit der Thematik des Rassismus in den Medien auseinander, indem sie selbst Wettbewerbsbeiträge produzieren, an der Jury beteiligt sind und in großer Anzahl an der jährlichen Preisverleihung teilnehmen.

Die Bundesregierung befaßt sich seit langem intensiv mit dem Problem politisch motivierter Gewalt in unserer Gesellschaft. Denn der politische Extremismus, von links wie von rechts, hält an seinem Ziel der Überwindung unserer verfassungsmäßigen Ordnung fest und verfolgt dieses Ziel in vielfältiger Weise, von aggressiver Agitation bis hin zu offener Gewalttätigkeit. Deshalb muß die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus, gleich welcher ideologischen Ausrichtung, offensiv geführt werden. Die Bundesregierung setzt dabei auf die geistig-politische Auseinandersetzung, der sie grundsätzlich Vorrang vor administrativen und gerichtlichen Maßnahmen gegen extremistische Gegner der freiheitlichen demokratischen Ordnung einräumt.

Die Bundesregierung führt im Bereich der Prävention politisch motivierter Gewalt vielfältige Maßnahmen durch. Die Gefahren, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen, werden alljährlich im Verfassungsschutzbericht dargestellt und bewertet. Die Ursachen des Links- und Rechtsextremismus sowie mögliche Gegenstrategien sind außerdem Gegenstand von Veröffentlichungen des

Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums der Justiz sowie des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Mit speziell für Jugendliche konzipierten Broschüren werden ihnen die Grundwerte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung vermittelt sowie die Gefährdung der Demokratie durch Extremisten von links und rechts aufgezeigt. Insbesondere den Jugendlichen muß verdeutlicht werden, daß Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein kann und darf.

Die Bundeszentrale für politische Bildung festigt durch Maßnahmen der politischen Bildung, wie Broschüren, Unterrichtshilfen und die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, das demokratische Bewußtsein und trägt damit zur Wertevermittlung bei.

Der Staat allein kann jedoch eine derartige Aufklärungsarbeit nicht leisten. Diese muß von der Gesellschaft, d. h. insbesondere aus den Bereichen Elternhaus, Schule, Medien, Kirche unterstützt werden. Deshalb führt das Bundesministerium des Innern kontinuierlich Multiplikatoren-Seminare zum Themenkomplex „Extremismus und Gewalt“ durch.

Insbesondere dem schulischen Bereich kommt bei der Wertevermittlung und der Gewaltprävention eine besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) hat sich daher an Schulmodellversuchen zur Gewaltprävention in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Rahmen der Arbeit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) in den letzten Jahren beteiligt. Infolge der durchgeführten Modellversuche liegt eine Vielzahl von Erkenntnissen über Präventionsmaßnahmen in der Schule vor.

Eine ganz wesentliche gewaltpräventive Funktion hat auch die Integration Jugendlicher in das gesellschaftliche Leben durch eine Berufsausbildung und ihren erfolgreichen Abschluß. Auch unter diesem Aspekt kommt dem vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie 1997 erarbeiteten Reformprojekt „Berufliche Bildung“ besondere Bedeutung zu.

Angesichts des großen Einflusses der Medien auf unsere gesellschaftspolitische Entwicklung obliegt ihnen bei der Gewaltprävention eine große Verantwortung. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten seit Jahren immer wieder an die für die Medien Verantwortlichen appelliert und eine wirksame freiwillige Selbstkontrolle angeregt, um insbesondere Gewaltdarstellungen im Fernsehen einzuschränken.

Die Maßnahmen und Planungen der Bundesregierung gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Extremismus sind im Bericht der Bundesregierung „Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ zusammengefaßt, der auf einem Beschluß der Bundesregierung vom 2. Dezember 1992 beruht und im Mai letzten Jahres in aktualisierter Form erschienen ist. Im Hinblick auf Gewaltprävention bei Jugendlichen befaßt sich der Bericht mit Maßnahmen aus den Bereichen der Jugendarbeit, Schule und politische Bildung, Aufklärung und Information.

Die Bundesregierung hat ein Forschungsvorhaben der Universität Trier „Analyse fremdenfeindlicher Straftäter“ in Auftrag gegeben, das die erste systematische Auswertung der im Zeitraum 1. Mai 1992 bis 31. Dezember 1993 erhobenen Daten über alle ermittelten fremdenfeindlichen Tatverdächtigen vorgenommen und damit Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen im Aufklärungsbereich gefunden hat.

Ergänzend dazu hat das Bundesministerium der Justiz einen Forschungsauftrag an die Universität Bielefeld vergeben mit dem Ziel, vorwiegend durch einen qualitativen Forschungsansatz biographische, soziale und motivationale Hintergründe fremdenfeindlicher Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen.

Extremismus und politisch motivierte Gewalt bleiben bedrohlich. Dies zeigt sich auch darin, daß im Jahr 1997 ein Anstieg sowohl bei linksextremistisch als auch bei rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikten festzustellen ist (bei linksextremistischen Gewalttaten + 16 %, bei rechtsextremistischen Gewalttaten + 27 %, bei fremdenfeindlichen Gewalttaten + 24,4 %). Begleitende Maßnahmen – insbesondere auch der politischen Bildung – bleiben im präventiven Bereich daher weiterhin unerlässlich.

9. Welche Maßnahmen wurden von der Bundesregierung ergriffen, um mit Hilfe der politischen Bildung die Auseinandersetzung über Fragen der europäischen Einigung, auch über die Grenzen der EU hinaus, zu fördern und das Bewußtsein über Stand, Defizite und Perspektiven des Zusammenwachsens einer Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion zu stärken?

Die Veränderungen in Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der damit verbundene Transformationsprozeß in den ehemals sozialistischen Ländern, aber auch die neuen Anstöße im europäischen Einigungsprozeß, z. B. durch den Vertrag von Maastricht, haben der europäthematischen Bildungsarbeit zusätzliches Gewicht verliehen.

Der Erlaß über die Bundeszentrale für politische Bildung vom 24. Juni 1992 nennt neben der Information über die „Transformationsprozesse in Osteuropa“ die „Aufgaben und Bedingungen des gesamteuropäischen Integrationsprozesses“ als einen zentralen Themenbereich des Ost-West-Kollegs (OWK) der Bundeszentrale für politische Bildung. Beide zusammen bilden eine gesamteuropäische Perspektive, die auch die Schwerpunktthemen der Seminartätigkeit des OWK bestimmen.

Die Publikationen zum Themenbereich Europa gehören zu den am meisten nachgefragten und am häufigsten nachgedruckten Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung. In allen Medien der Bundeszentrale wird umfassend über die Wirtschafts- und Sozialunion, die EU generell aber auch über den Euro informiert.

Der Schriftenreihe-Band von Curt Gasteyger: „Europa von der Spaltung zur Einigung. Darstellung und Dokumentation 1945–1997“ leistet aus historischer Perspektive einen wichtigen Beitrag zu Fragen der Neuorientierung in Osteuropa, zur Weiterentwicklung der Europäischen Union zwischen Maastricht und Amsterdam und zur Institutionalisierung des KSZE-Prozesses in der OSZE. Im Mittelpunkt des Buches von Marc Fritzler und Günther Unser: „Die Europäische Union“, das 1998 erscheint, stehen neben Informationen über die Rechtsgrundlagen der EU die Belange und Erwartungen der Bürger an die europäische Integration.

Gerade das Thema europäische Einigung ist dazu angetan, Veranstaltungen in Kooperation mit Institutionen anderer Länder durchzuführen. So hat die Bundeszentrale für politische Bildung z. B. eine internationale Tagung 1995 in Maastricht zum Thema „Political Education. Towards A European Democracy“ und 1996 eine mehrtägige Veranstaltung zum Thema „Crime and Security as a Topic of Civic and Political Education in Europe“ in Cadenabbia durchgeführt und die Ergebnisse publiziert. Allerdings sind in diesem Bereich sowohl der Bundeszentrale als auch den freien Trägern durch den Erlaß wie durch die geltenden „Richtlinien zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung“ Grenzen gesetzt.

Eine Reihe von Fachorganisationen der politischen Bildung, die durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert werden, trägt der Bedeutung des europäischen Bildungsgedankens in besonderer Weise Rechnung. So wird seit 1994 von der Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute die bundesweite zentrale Maßnahme der politischen Jugendbildungsarbeit „Jugend für Gesamteuropa – ein Bildungs- und Begegnungsprogramm“ in die Praxis umgesetzt. Im Rahmen dieses Projekts werden pro Jahr knapp 200 Einzelmaßnahmen mit jeweils ca. 5 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Diese zentrale Maßnahme umfaßt neben den Arbeitsbereichen Europa und Jugend auch den Themenblock „Europa und die Welt“, wobei u. a. die Probleme von Fremden, Migranten, Minderheiten und Asylbewerbern in den europäischen Ländern, extremistische Ideologien, Fundamentalismen, Nationalismen und Gewalt als Gefahr für Demokratie und Freiheit behandelt werden.

Die europäische Einigung ist auch ein Schwerpunkt des vom BMFSFJ als auch von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB). So hat der AdB zusammen mit Partnern aus insgesamt 13 Ländern der Europäischen Union und aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf seinem Jahreskongreß im November 1997 über Fragen der transnationalen Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Bildungsprogramme SOKRATES und LEONARDO beraten und die Bedeutung politischer Bildung als übergreifende Aufgabe in einem demokratischen Europa dokumentiert. Auf dieser Tagung wurde ein Netzwerk der politischen Bildung sichtbar, das mit Partnern aus allen europäischen Län-

dern in bi- und multilateralen Projekten zur inneren und lebendigen Einheit Europas beiträgt und damit eine zentrale Aufgabe des Europarates erfüllt, der seit dem Wiener Gipfeltreffen 1993 ausdrücklich die Verbindung zwischen Bildungsförderung und der Entwicklung und Bewahrung einer demokratischen Kultur fordert.

Auch die durch die Bundesregierung geförderten Jugendbegegnungen, ob sie nun im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik, der EU-Jugendprogramme oder des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes stattfinden, beinhalten in zunehmendem Maße oder sogar überwiegend eine europäische Dimension. Diese kann sich in der Zusammensetzung der Teilnehmenden oder im Thema der Begegnung bzw. eines Projektes manifestieren.

Die Bundesregierung hat sich während der Zeit ihrer Präsidentschaft im Europäischen Rat dafür eingesetzt, daß neben dem bestehenden EU-Programm „Jugend für Europa“ ein europäisches Freiwilligenprogramm eingerichtet wird. Dieses Programm wurde 1997 mit einer Pilotphase gestartet und es soll 1998 in ein permanentes Programm einmünden.

Im Rahmen der bilateralen Jugendaustauschprogramme wurden die Kontakte zu den europäischen Nachbarstaaten verstetigt und vertieft. Um junge Menschen, die sich über Europa informieren und in bestimmten Bereichen engagieren möchten, zu beraten, wurde eine Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ eingerichtet, die zunächst an der Universität in Mainz angesiedelt war und jetzt ihre Arbeit an der Universität in München fortsetzt. Ergänzend wurde beim Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst (IJAB), einer in der internationalen Jugendarbeit tätigen Fachorganisation auf Bundesebene, ein sogenannter Fachausschuß Europa eingerichtet. Das BMFSFJ informiert in mehreren Publikationen über die Möglichkeiten für Jugendliche, an verschiedenen europäischen Programmen zu partizipieren.

Wie in der Regierungserklärung vom 31. Januar 1991 angekündigt, hat die Bundesregierung 1992 Finanzmittel bereitgestellt, um die deutschen Heimatvertriebenen in den Prozeß der Aussöhnung und Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn einzubeziehen. Der Hauptzuwendungsempfänger war die von der Pommerschen Landsmannschaft getragene Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde.

Bei der weitaus überwiegenden Zahl der geförderten Maßnahmen handelte es sich um qualifizierte politische Vorhaben im In- und Ausland, teilweise mit prominenter internationaler Beteiligung, deren Schwerpunkt in der Aufarbeitung zeitgeschichtlicher Probleme lag.

Im Umweltschutz ist die europäische und weltweite Zusammenarbeit zu einem Schwerpunkt deutscher Umweltpolitik geworden. Dies wird in den verschiedenen Publikationen des BMU deutlich, die den internationalen bzw. globalen Ansatz der Umweltpolitik sowie die damit verbundenen Chancen und Perspektiven unterstreichen. Gleichzeitig informiert

das BMU im europäischen Ausland und auch darüber hinaus mit Veröffentlichungen, wie der dreimal jährlich in englischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „Common Ground“ oder dem in Abständen von sechs bis acht Wochen herausgegebenen Informationsdienst „Environmental Policy – Today“, über umweltpolitische Entwicklungen in Deutschland.

10. Welche Aktivitäten bzw. Veranstaltungen politischer Bildung hat die Bundesregierung eingeleitet, um internationale Jugendbegegnungen
- a) mit ost- und südosteuropäischen Staaten,
  - b) mit Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern,
  - c) mit Industrieländern
- zu fördern, und welche Mittel wurden im einzelnen hierfür seit 1990 aufgewendet?

Im Bereich der internationalen Jugendarbeit wurde von der Bundesregierung die Förderung des Jugendaustausches in den letzten Jahren intensiviert:

- a) Nach den revolutionären Veränderungen in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern, einschließlich der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, ist der Austausch mit diesen Staaten erheblich ausgeweitet worden. Besondere Aufmerksamkeit gilt der stark fachlich ausgerichteten Kooperation zu Fragen demokratisch-pluraler Strukturen der Jugendhilfe. Mit zahlreichen Ländern wurden Regierungs- bzw. Ressortvereinbarungen über jugendpolitische Zusammenarbeit abgeschlossen. So mit Rußland (UdSSR 1989), Polen (1989; Deutsch-Polnisches Jugendwerk 1991), Ungarn (1987/1992), Tschechische Republik (CSFR 1990), Ukraine (1993), Estland (1993), Litauen (1994), Lettland (1994), Belarus (1994), Kasachstan (1995) sowie der Slowakischen Republik (1997). Zur Ausweitung und Intensivierung des deutsch-tschechischen Jugendaustausches wurde in Kooperation mit Bayern und Sachsen am 29. April 1997 eine eigene Koordinierungsstelle in Regensburg eingerichtet.

Seit 1995 werden im Rahmen der vom BMI geförderten Konzept- und Projektentwicklung im Jugend- und Sozialbereich Beratungshilfen für Jugendarbeit, insbesondere beim Aufbau von Organisationsstrukturen für Jugendorganisationen der deutschen Minderheiten geleistet; so u. a. in der russischen Föderation, in der Ukraine, in Ungarn, in Polen, in Rumänien sowie in Kasachstan und in Kirgistan. Die Beratungshilfe umfaßt auch die Finanzierung von Jugendbegegnungen und Sprachferienlagern, durch die jugendliche Angehörige der deutschen Minderheiten mit deutscher Sprache, Kultur sowie den Lebens- und wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland vertraut gemacht werden sollen.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Förderung verständigungspolitischer Maßnahmen der Ver-

triebenen auch Jugendbegegnungen unterstützt, die u. a. der Unterrichtung ausländischer Jugendlicher über das Schicksal, die Eingliederung und die Aktivitäten deutscher Heimatvertriebener dienen. Zu diesem Zweck wurden beispielsweise auch entsprechende Studienreisen tschechischer und polnischer Germanistik- und Geschichtsstudenten gefördert.

- b) Im Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern erhalten seit dem vergangenen Jahr lateinamerikanische Staaten besondere Aufmerksamkeit. So wurden mit Chile und Venezuela 1997 Absichtserklärungen über Jugendzusammenarbeit geschlossen.

Das BMZ fördert „Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländern (ASA-Programm)“, die von der Carl Duisberg Gesellschaft betreut werden. Ferner werden die Verwaltungskosten des Arbeitskreises „Lernen und Helfen in Übersee“ (LHÜ), der die Arbeit der verschiedenen Entwicklungs- und Freiwilligendienste koordiniert und unterstützt, von der Bundesregierung übernommen.

- c) Schwerpunkte im internationalen Jugendaustausch mit Industrieländern außerhalb Europas sind die USA, Israel und Japan. Insbesondere der Austausch mit Japan soll inhaltlich vertieft und auch ausgeweitet werden.

Internationale Jugendbegegnungen finden auf allen Feldern der Jugendarbeit und Jugendhilfe statt. Die Austauschprogramme umfassen überwiegend Jugendbegegnungen, Programme für Fachkräfte der Jugendhilfe, Workcamps, Hospitationen, Workshops, Tagungen, Sprachkurse u. a. m.

Zur Veranschaulichung solcher Programme sei beispielsweise auf die folgenden Projekte des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) hingewiesen:

- Der AdB hat gemeinsam mit russischen und litauischen Partnerinnen in den Jahren 1993 bis 1996 über 200 russische und litauische junge Frauen für den Aufbau einer Mädchen(bildungs)-Arbeit qualifiziert: junge Frauen aus unterschiedlichen Bereichen, aus Bildung und Wissenschaft, Unternehmerinnen, Ärztinnen, Journalistinnen, die z. B. Mädchentreffs oder Frauengesundheitszentren gegründet haben, die Verbindung untereinander halten und in einem eigenen Netzwerk arbeiten.
- Der AdB hat in Zusammenarbeit mit dem „Zentrum zur Verbreitung von Wissen“ und dem Jugendamt der Stadt Ulan Bator ein Hospitationsprojekt zum Aufbau politischer Jugendbildung in der Mongolei entwickelt. Mongolische Fachkräfte der Jugendarbeit haben Gelegenheit, in Deutschland an einem Schwerpunkt politischer Jugendbildung zu arbeiten und konkrete Erfahrungen zu sammeln, diese Erfahrungen gemeinsam mit den deutschen Partnern auf ihre Umsetzbarkeit in der Mongolei zu prüfen und ebenfalls gemeinsam mit ihnen Fachveranstaltungen für einen größeren Kreis von Jugendbildnern in der Mongolei zu veranstalten. Bislang gab es Hospitationen und Fachveranstaltungen zu den Schwerpunkten Verbindung von politischer

und kultureller Bildungsarbeit, Verbindung von politischer und ökologischer Bildungsarbeit, Mädchen- und Frauenbildungsarbeit sowie Verbindung politischer Bildung und Jugendsozialarbeit.

- Ein analoges Projekt wurde mit dem russischen Jugendinstitut entwickelt. Das russische Jugendinstitut ist die zentrale Aus- und Fortbildungsstätte der russischen Föderation und wird nach einem neu eingeführten Studiengang Sozialarbeit auch die politische Jugendbildung in die Aus- und Fortbildung einbeziehen. Der AdB berät und bietet praktische Hilfe durch mehrwöchige Hospitationen für die angehenden Fachkräfte der Jugendarbeit und für diejenigen, die sich durch Fortbildung qualifizieren wollen. Bislang wurde zu den Schwerpunkten politisch-kulturelle Bildung, politisch-berufliche Bildung und Mädchen- und Frauenbildung gearbeitet, in der russischen Provinz, in Moskau und in der Bundesrepublik Deutschland.

Neben der internationalen Jugendarbeit, die aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) gefördert wird, sind das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) und das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) zu nennen. Die Mittelausstattung hierfür stellt sich wie folgt dar (Beträge in Mio. DM):

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
KJP (Internationale Jugendarbeit)	30,1	32,8	34,7	31,0	32,73	33,0	34,6	33,2
DFJW	19,7	20,9	20,9	21,5	21,5	21,5	20,5	19,5
DPJW	-	-	-	4,0	5,3	5,3	7,0	7,0

Zu den Aufgaben des Ost-West-Kollegs der Bundeszentrale für politische Bildung gehört es, die gesamt-europäische Integration auch durch die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft seiner Seminare zu erreichen. Deshalb werden vor allem qualifizierte, insbesondere junge „Multiplikatoren“ aus den osteuropäischen Staaten eingeladen, die von diesem Bildungsangebot regen Gebrauch machen. So hat z. B. das Seminar „Das vereinigte Deutschland. Nationale Identität und europäische Verantwortung“ Ende März 1998 Studierende und Diplomanden aus GUS-Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zusammengeführt. Auch an zahlreichen anderen Tagungen des Ost-West-Kollegs nehmen junge Erwachsene aus ost-mittleuropäischen und osteuropäischen Ländern teil.

11. Mit welchen Maßnahmen politischer Bildung fördert die Bundesregierung die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement?

Mit welchen Ergebnissen?

Den Umfang und die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit und den Maßnahmenkatalog zur Förderung der Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit hat die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 1. Oktober 1996 auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zur Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für

unsere Gesellschaft (Drucksache 13/5674) ausführlich dargelegt (vgl. u. a. Antwort zu Frage 19). Dort wird eingehend auf Maßnahmen der politischen Bildung hingewiesen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in den letzten Jahren durch die Dokumentation politischen Engagements und daraus resultierender Erfolge für verstärktes Engagement in der Politik geworben:

- Die Publikation von Ehrhart Neubert: „Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989“ dokumentiert beispielsweise, daß sich Engagement, wie es in den Demonstrationen in der DDR und den dortigen Bürgerinitiativen 1989 deutlich wurde, sehr wohl lohnen kann.
- Das Werben um Einmischen und Mitmischen im politischen Bereich geschieht je nach Zielgruppe und Medium, vor allem durch fundierte Informationen über die Funktionsweise des politischen Systems, über kommunalpolitische Zusammenhänge oder über Wesen und Einflußmöglichkeiten von Interessenverbänden sowie Bürgerbeteiligungsmodellen in der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zu diesem Thema sind in fast allen Medien der Bundeszentrale zu finden.
- Speziell für den Politik- und Sozialkundeunterricht in den neuen Bundesländern wurde die Reihe „Thema im Unterricht“ entwickelt, die mit der Ausgabe „Parteien, Bürger und Wahlen“ von Eckhart Thurich ehrenamtliche Tätigkeiten besonders behandelt. Die Wandzeitung „Mit Verstand handeln in der Gemeinde“ zeigt, welche Mitwirkungsmöglichkeiten im kommunalen Bereich für alle Bürgerinnen und Bürger bestehen.
- Der Sammelband in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung von Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Brund: „Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland“ behandelt die Möglichkeiten, Grenzen und Chancen von gesellschaftlicher Mitgestaltung.
- Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert im Rahmen der Regelförderung beispielsweise Veranstaltungen der Stiftung Mitarbeit oder der Aktion Gemeinsinn, die sich insbesondere der Stärkung des Bürgerengagements annehmen.

Ehrenamtliches Engagement im entwicklungspolitischen Bereich fördert die Bundesregierung durch ein vereinfachtes Förderungsverfahren, das es erlaubt, bis zu 1 000 DM für eine entwicklungspolitische Bildungsmaßnahme zu beantragen. Primär ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lokaler Nichtregierungsorganisationen (inkl. Aktionsgruppen) machen hiervon Gebrauch. Das Jahresvolumen liegt bei rd. 250 bewilligten Anträgen. Die anderen finanziellen Zuschüsse des BMZ, die für entwicklungspolitische Bildung vorgesehen sind, gehen aufgrund der hohen professionellen Ansprüche in der Regel an Organisationen mit hauptamtlichem Personal.

Ob und inwieweit „Ergebnisse“ dieser Maßnahmen quantifizierbar sind, muß allerdings in Frage gestellt werden. Grundsätzlich ist der Ertrag politischer Bildungsarbeit nicht in Kategorien wie input und output

berechenbar. Zwar initiiert politische Bildung einen Lernprozess; ob dieser allerdings zu Verhaltens- oder Einstellungsänderungen des einzelnen führt, ist nur schwer zu messen. Die Tatsache, daß Tagungen und Seminare der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der freien Träger aber allenthalben auf Interesse und Zustrom stoßen, zeigt das nach wie vor vorhandene politische Interesse und ist auch ein Indikator für die potentielle Bereitschaft zu politischem Engagement.

12. Welche Maßnahmen der politischen Bildung hält die Bundesregierung für angemessen, um der Entsolidarisierung und einer Entkoppelung der Bindung an demokratische Grundwerte unserer Gesellschaft entgegenzuwirken?

Wie fördert sie dies konkret?

Alle Maßnahmen der politischen Bildung haben das Ziel, den Grundkonsens über die Werte und Ziele unserer Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung zu stärken (vgl. Bericht zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 12/1773 vom 10. Dezember 1991 und Antwort zu Frage 1), insofern sind alle Maßnahmen politischer Bildung dazu angetan, gegen Entsolidarisierungstendenzen und die Auflösung demokratischer Wertebindung anzugehen. Politische Bildung hilft, die Probleme unserer Gesellschaft rational zu erkennen und aufzuarbeiten; sie kann bei der Orientierung und Identitätsfindung in der immer komplizierter werdenden Umwelt helfen und über Spaltungen, Konflikte und Vereinzelungen in unserer Gesellschaft hinweg auch das Zusammengehörigkeitsbewußtsein im demokratischen Staat in den Blick rücken.

Die kognitive Vermittlung von Bildungsinhalten allein reicht aber nicht aus, Solidarität, Rücksichtnahme, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft müssen positiv erlebt werden; im Bereich der schulischen politischen Bildung verfolgt z. B. der Schülerwettbewerb für die politische Bildung insbesondere affektive Lernziele. Zudem fördert die Bundeszentrale für politische Bildung entsprechende Aktionsseminare freier Träger; zu nennen sind hier beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Bildungswerke, die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben, die Evangelischen Akademien in Deutschland, das Gustav-Stresemann-Institut, die Karl-Arnold-Stiftung oder der Verein zur Förderung Katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Die Bundesregierung unterstützt auch das große Engagement von Jugendverbänden, die auf vielfältige Weise Jugendlichen die Erfahrung von Eigenverantwortung und Gemeinschaftsgefühl vermitteln.

Im Blick auf ihre Jugendpolitik und Jugendförderung hat die Bundesregierung gegenüber der Programmdiskussion der 70er Jahre (vgl. Schriftenreihe des BMJFG, Bd. 13, 1974) einen Perspektivenwechsel vollzogen (vgl. Achter Jugendbericht, hg. v. BMJFG, 1990, S. IV bis V). Angesichts der anhaltenden Indivi-

dualisierungstrends sind nach Auffassung der Bundesregierung vordringlich die Gemeinschaftsfähigkeit und die gesellschaftliche Integration junger Menschen anzustreben, und somit Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Gemeinsinn und persönliches Verantwortungsbewußtsein als Gradmesser von Erziehung und politischer Bildung sowie als tragende Grundlagen unserer Gesellschaft zu vermitteln.

13. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt, sich verändernde Qualifikationsanforderungen, neue Formen der Arbeitsorganisation und die strukturellen Veränderungen im produzierenden Gewerbe und den Dienstleistungsbereichen in der politischen Bildung angemessen zu reflektieren und die Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Auseinandersetzung mit diesen Veränderungen zu befähigen?

Die Themen Arbeitswelt und Arbeitsmarktpolitik werden in fast allen Medien der Bundeszentrale für politische Bildung regelmäßig erörtert: In der PZ wurde z. B. im letzten Jahr eine Ausgabe zum Thema „Wirtschaftsstandort D“ veröffentlicht, „Das Parlament“ hat eine Themenausgabe zur „Informationsgesellschaft“ herausgegeben, Themen und Materialien für Journalisten zum Thema Wirtschaft werden bereitgehalten, einige APROPOS Filme befassen sich mit der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Seminare für Lokalredakteure und andere Mittler politischer Bildung werden regelmäßig durchgeführt.

Auch im thematischen Angebot der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“) nehmen diese Themen seit langem einen herausragenden Stellenwert ein. Hier erfolgt eine kontinuierliche Präsentation der Problemanalysen, Forschungsergebnisse und Politikkonzeptionen von kompetenten Wissenschaftlern und Institutionen. Obwohl es sich hier um einen Problembereich handelt, dessen tiefgreifende Auswirkungen auf das gesellschaftliche und politische System – aber auch auf den einzelnen Betroffenen – nicht unstritten sind, legt die Zeitschrift Wert auf die Darstellung und Diskussion unterschiedlicher, auch unkonventioneller Lösungsansätze. Im Jahresdurchschnitt werden diesem Problembereich zwei bis drei Hefte gewidmet. Seit 1995 führt die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. die „Altenburger Gespräche zu Arbeitsmarktpolitik“ durch, bei denen es um die Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit und die Erörterung von innovativen Arbeitsmarktmodellen geht.

Das BMFSFJ unterstützt beispielsweise die Anstrengungen von Mitgliedsinstitutionen der Arbeitsgemeinschaft Katholisch-Sozialer Bildungswerke (aksb) in den Arbeitsschwerpunkten „Politische Bildung mit Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen“ sowie „Verbindung von arbeits- und lebensweltbezogenen Ansätzen in Kursen mit Auszubildenden“. So werden in einem Projekt „Arbeit –

Jugend – Bildung“ benachteiligte Jugendliche, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler von Abschlußklassen aller Schularten und Jugendliche in neuen Technikberufen angesprochen.

Mehrere vom BMFSFJ unterstützte Träger veranstalten Kurse für benachteiligte Jugendliche aus Förderklassen und ohne Hauptschulabschluß, darunter Aussiedler und Ausländer. Sie erarbeiten arbeitsschaftliches Basiswissen, diskutieren unterschiedliche Formen alternativer Ausbildungs- und Beschäftigungsmodelle auch mit potentiellen Nutzern (z. B. Industriebetrieben) im Hinblick auf deren Realisierungsmöglichkeiten.

#### *Herstellung der inneren Einheit*

14. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um eine angemessene Infrastruktur in den neuen Ländern für ein plurales Feld neuer Träger politischer Bildung aufzubauen?

Die Richtlinien des BMI bezüglich der Förderung von Veranstaltungen der politischen Bildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung sehen keine institutionelle Förderung der Bildungsträger vor. Sie hat aber die Bildungsträger in den neuen Bundesländern bevorzugt behandelt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um eine projektbezogene finanzielle Förderung von Seminaren und Tagungen sicherzustellen. Für die etwa 20 neuen von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannten Bildungsträger in den neuen Bundesländern und für die in den neuen Bundesländern arbeitenden sonstigen überregionalen Träger wurden seit 1994 jährlich zwischen drei und vier Mio. DM für Bildungsarbeit bereitgestellt (vgl. Antwort zu Frage 17).

Die Bundesregierung hat u. a. im gesetzlich durch den § 83 Abs. 1 SGB VIII vorgegebenen Rahmen seit der Wiedervereinigung große finanzielle Anstrengungen unternommen, den Auf- und Ausbau einer freien Jugendhilfe in den neuen Bundesländern sowohl mit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln als auch mit personeller und logistischer Hilfe zu unterstützen.

Über diese Unterstützung geben u. a. folgende Bundestagsdrucksachen nähere Auskunft:

- Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Regierungsfractionen „Situation der Jugend in Deutschland“, insbesondere Fragen 96 bis 110 (BT-Drucksache 12/6836 vom 16. Februar 94)
- Stellungnahme der Bundesregierung „Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den Bundesländern“, insbesondere Kapitel V (Drucksache 13/2280 vom 8. September 95)
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD „Gesellschaftliche Auswirkungen der finanziellen Belastungen der Gemeinden durch Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und bundespolitische Konsequenzen (Drucksache 13/6371 vom 29. November 96)

- Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Soziale Dienste und geplanter ABM-Abbau in den neuen Bundesländern“ (Drucksache 13/8237 vom 16. Juli 97).

Kontinuierlich wurde darüber hinaus in den Jahresberichten der Bundesregierung 1990 ff. über den aktuellen Sachstand berichtet, zuletzt im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 1997 (Drucksache 13/8450 vom 1. September 97).

Grundsätzlich sei darauf hingewiesen, daß für den Bereich der Jugendhilfe – und damit auch für die politische Jugendbildung – die Zuständigkeit nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes bei den Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften liegt. Von daher war und ist es nicht das Ziel der unten dargestellten Maßnahmen, u. a. flächendeckende Angebote der politischen Jugendbildung in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Bundesregierung ist mit der Initiierung entsprechender Angebote im Rahmen der dargestellten Sonderprogramme sowie mit der Regelfinanzierung der Arbeit bundeszentraler Fachorganisationen und -einrichtungen der politischen Jugendbildung, in deren Aktivitäten Maßnahmen in den neuen Bundesländern voll integriert sind, ihrer gesetzlich bestimmten Anregungsfunktion gerecht geworden.

Folgende Maßnahmen mit Bezug zur politischen Jugendbildung wurden seit 1990 durchgeführt:

- 1990 Hilfe beim Aufbau freier Träger (daraus auch Finanzierung des Feriensommers 1990 in den Kindererholungszentren);  
Gesamtvolumen: 21 Mio. DM
- 1991 „Sommer der Begegnung“ (Gesamtvolumen: 10 Mio. DM aus Mitteln des Bundesjugendplans)
- 1992 Programm „Auf- und Ausbau freier Träger der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern“ (AFT-Programm): (1992 bis einschließlich 1994, Gesamtvolumen: 90 Mio. DM aus Mitteln des Bundesjugendplans/Kinder- und Jugendplan des Bundes)

Für die Arbeit der bundeszentralen Träger in den neuen Bundesländern wurden im Bundesjugendplan 1991 zusätzlich 48 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Auch in den Folgejahren wurde die Förderung in gleicher Höhe fortgesetzt. Weitere Maßnahmen in den neuen Bundesländern werden aus den einzelnen Positionen des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) finanziert. So wurden beispielsweise für die Bereiche Politische Bildung und Kulturelle Bildung jeweils 10 bis 20 % des Gesamtansatzes für Maßnahmen der Träger in den neuen Bundesländern eingesetzt. Darüber hinaus standen für überregionale Maßnahmen in den neuen Bundesländern Mittel in einer besonderen KJP-Position zur Verfügung:

1992: 0,91 Mio. DM

1993: 1,4 Mio. DM

1994: 0,29 Mio. DM.

Von 1995 bis zum 30. Juni 1997 wurden rd. 10,6 Mio. DM für 42 Maßnahmen in diesen KJP-Programm zur Verfügung gestellt.

Für den Bau, den Erwerb, die Einrichtung und die Erhaltung von überregionalen Jugendbildungs- und -begegnungsstätten sowie Jugendherbergen in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) stellte die Bundesregierung 45,8 Mio. DM bereit.

15. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden von der Bundesregierung gefördert, um die innere Einheit voranzutreiben und – unter Berücksichtigung unterschiedlich gearteter Interessenlagen und eines jeweils unterschiedlichen Selbstverständnisses – mit den Mitteln der politischen Bildung dazu beizutragen, daß Menschen in Ost und West aufeinander zugehen und voneinander lernen?

Die Förderung des deutschen Einigungsprozesses und des demokratischen Gedankens im vereinten Deutschland stand im Mittelpunkt aller politischen Bildungsarbeit seit Anfang der 1990er Jahre (vgl. hierzu auch Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vom 10. Dezember 1991, Drucksache 12/1773, Ziff. 2.3.1). Nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur waren viele Menschen unvorbereitet mit einer politischen Kultur konfrontiert, die ein hohes Maß an persönlicher Freiheit und Verantwortung bietet, aber auch selbstverantwortetes Handeln verlangt. Hier mußte die politische Bildungsarbeit vertrauensbildend wirken, deutlich machen, daß sie informiert, ohne zu manipulieren, daß sie aufklärt, ohne Probleme zu verschweigen, daß sie Möglichkeiten bietet, ein auf Pluralismus gründendes Gesellschaftsverständnis einzuüben, das Meinungsvielfalt fördert und Kontroversen aushält. Bei den Bildungsmaßnahmen sowohl in der politischen Erwachsenenbildung wie in der Jugendbildung, aber auch bei den Maßnahmen der von der Bundesregierung geförderten Fachorganisationen haben vor allem Begegnungen zwischen Menschen aus den neuen und alten Bundesländern höchste Priorität.

Die Bundeszentrale für politische Bildung begleitet bis heute mit einer Vielzahl von Publikationen den deutschen Einigungsprozeß, was um so bedeutender ist, als in den Medien der Bundesrepublik eine differenzierte Wahrnehmung der umfassenden inneren und äußeren Transformationsprozesse bei weitem nicht in dem Maße erfolgt, wie dies eigentlich notwendig wäre. Die Materialien für den Schulunterricht, wie die „Informationen für die politische Bildung“, wurden sämtlich überarbeitet bzw. neue Hefte wurden entwickelt (vgl. Antwort zu Frage 16). Die neue Reihe „Thema im Unterricht“ wurde speziell für die Sozial- und Gemeinschaftskundelehrer in den neuen Bundesländern konzipiert, Hefte zu den Themen „Markt statt Plan“ sowie „Bund und Länder“ erläutern das wirtschaftliche und

politische System. Der „Schülerwettbewerb zur politischen Bildung“ thematisiert regelmäßig Fragen zur inneren Einheit; Themen waren u. a. „3. Oktober 1995. Fünf Jahre deutsche Einheit“ und „Neue Länder in der Bundesrepublik Deutschland“. Die PZ widmete sich in verschiedenen Ausgaben sowohl den historischen Umständen der Wende in der DDR als auch der Zeit der SBZ und dem Leben in der DDR.

In der Reihe der „Arbeitshilfen für die politische Bildung“, die insbesondere in der außerschulischen politischen Erwachsenenbildung zum Einsatz kommen, widmet sich die Ausgabe „Gemeinsam sind wir unterschiedlich. Deutsch-deutsche Annäherungen“ vornehmlich Problemen und Chancen im deutschen Einigungsprozeß. Ein APROPOS-Medienpaket beschreibt am Beispiel von Einzelschicksalen die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands während der letzten vierzig Jahre sowie die Annäherungen und das allmähliche Zusammenwachsen seit dem Fall der Mauer.

In der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“) nimmt der deutsche Einigungsprozeß, sowohl vom Umfang wie von der Breite des Themenangebots her mit jährlich zwischen sieben und neun Themenheften den größten Raum in der Zeitschrift ein. Zu einem großen Teil handelt es sich dabei um empirische Forschungen zu den veränderten Lebenslagen, zu den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, den ökonomischen Transformationsprozessen sowie der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Im Buchangebot der Bundeszentrale waren Titel zur Teilung Deutschlands, zu den deutsch-deutschen Beziehungen und zur Geschichte der DDR stets vertreten. Am Anfang der mit wissenschaftlichem Anspruch vorgenommenen historischen Bilanzierung standen die beiden seit ihrem ersten Erscheinen Mitte bzw. Ende der achtziger Jahre mehrfach überarbeiteten und auch jetzt noch angebotenen Monographien von Christoph Kleßmann: „Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955“ und „Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970“. Sie stellten die erste Parallelgeschichte der Bundesrepublik und der DDR auf dem Buchmarkt überhaupt dar.

Seit der Wende und der Vereinigung stehen Aspekte und Probleme des Zusammenwachsens sowie die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Vordergrund. Trotz zahlreicher Neuerscheinungen blieben die Zweistaatlichkeit bilanzierende und den Vereinigungsprozeß auf breiter Grundlage analysierende Werke auf dem Buchmarkt Mangelware. Dem versuchte die Bundeszentrale durch umfangreiche Eigenpublikationen abzuwehren: 1989 wurde das „Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989“ herausgegeben, 1991 folgte das „Handwörterbuch zur deutschen Einheit“, das zur Frankfurter Buchmesse 1996 als völlig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe unter dem Titel „Handbuch zur deutschen Einheit“ erschien, und ein Jahr später (1992) „Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft“. Die nach der Wende konzipierten Sammelbände zeichnen sich dadurch aus, daß sie möglichst



gleichgewichtig Autoren aus den alten und neuen Bundesländern zu Wort kommen lassen. Jeweils in vergleichender Perspektive widmete sich die Bundeszentrale den „Frauen in Deutschland 1945–1992“ und unter dem besonderen Aspekt rechtsradikaler Gewalt der „Jugend im gesellschaftlichen Umbruch“.

Die Bundeszentrale ermöglicht zudem das Erscheinen des „Deutschland Archivs“, dessen Finanzierung sie mit zur Zeit jährlich DM 800 000 übernommen hat. Die Aufgabe dieser Zeitschrift besteht darin, den Vereinigungsprozess und alle mit ihm zusammenhängenden Aspekte auf wissenschaftlicher Grundlage zuverlässig zu begleiten.

Eine Umfrage, die unter mehr als 14 000 Lehrerinnen und Lehrern zur Akzeptanz ausgewählter Publikationen der Bundeszentrale durchgeführt wurde, belegt, daß die Materialien der Bundeszentrale bei den Lehrerinnen und Lehrern in den neuen (wie auch in den alten) Bundesländern einen sehr hohen Bekanntheits- und Nutzungsgrad besitzen sowie sehr gut bewertet werden und auch diese Maßnahmen der politischen Bildung eine positive Wirkung gezeigt haben.

Im Rahmen ihres Journalistenprogramms hat die Bundeszentrale für politische Bildung verschiedene Initiativen ergriffen, um in Workshops und Seminaren Redakteure an Tageszeitungen aus den neuen Bundesländern mit dem Journalismus in der rechtsstaatlichen Demokratie vertraut zu machen. Begegnungen zwischen Journalisten aus den alten und neuen Bundesländern sollen nicht zuletzt zum Überdenken individueller Stereotype wie auch möglicherweise vorgegenommener Berichterstattung anregen.

Besondere Bildungsmaßnahmen sind von der Bundeszentrale für politische Bildung für Lehrerinnen und Lehrer in den neuen Bundesländern gefördert und durchgeführt worden. Zu nennen ist an erster Stelle die von 1990 bis 1997 in Kooperation mit den Kultusverwaltungen der neuen Bundesländer von der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführte erfolgreiche Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu Sozialkunde- bzw. Gemeinschaftskundelehrern. Insgesamt nahmen rund 1 200 Lehrerinnen und Lehrer an diesem Programm, das mit einem Staatsexamen abgeschlossen wurde, teil.

Ergänzend dazu wurden gemeinsam mit den Landeszentralen für politische Bildung der neuen Länder seit 1994 in Berlin fachdidaktische Sonderkurse für mehr als 200 Politiklehrer aus dem gesamten Gebiet der neuen Bundesländer durchgeführt.

In Mecklenburg-Vorpommern führt die Bundeszentrale in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern seit Anfang 1996 einen Modellversuch durch, bei dem etwa 100 Lehrerinnen und Lehrer aus allgemeinbildenden Schulen durch ein sechssemestriges Fernstudium zu Fachlehrern für Politik an berufsbildenden Schulen ausgebildet werden.

Gemeinsam planen das BMFSFJ, der Deutsche Frauenrat und die Bundeszentrale für politische Bildung in

1998 eine Fachtagung zu Möglichkeiten und Problemen der Kommunikation zwischen Frauenverbänden in Ost- und Westdeutschland, die den Dialog zwischen Frauen und Frauenorganisationen verstärken und den inneren Einigungsprozeß vorantreiben soll. Im Rahmen der Tagung sollen Möglichkeiten untersucht und Modelle geprüft werden, die für den Dialog einzelner Frauenverbände Anstoß und Hilfe sein können (vgl. auch Antworten auf Frage 19 und 27).

16. Welche Maßnahmen wurden von der Bundesregierung ergriffen, um mit den Mitteln der politischen Bildung einer pauschalen Diskreditierung der erlebten DDR-Vergangenheit seitens westdeutscher einerseits und einer Verklärung dieser Vergangenheit durch ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger andererseits gezielt entgegenzuwirken?

Die Bundesregierung hat dem Thema „Innere Einheit“ in den letzten Jahren hohe Priorität eingeräumt (vgl. Antwort zu Frage 15). Sie hat Maßnahmen der Opferverbände des SBZ/DDR-Regimes, die der Erforschung, Aufarbeitung und Dokumentation spezieller Verfolgungsmaßnahmen dienen, gefördert. Die Bedeutung dieses Themas zeigt sich nicht zuletzt in den vielen Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung, die ernsthaft und um eine objektive Bewertung bemüht die DDR-Vergangenheit sowie die Veränderungsprozesse in den neuen Bundesländern darstellen. Beispielfähig erwähnt sei hier die Ausgabe „Ostalgie“ der Politischen Zeitung PZ. Hier hat weder Diskreditierung noch Schönfärberei einen Platz. Da sowohl in den Elternhäusern wie auch im Schulunterricht nur wenig über die jüngste deutsche Vergangenheit gesprochen wird, werden Anstrengungen auf diesem Gebiet auch in Zukunft besonders wichtig sein.

Eine wirksame Gegensteuerung gegen Diskreditierung oder Verklärung war u. a. die regelmäßige und intensive Berichterstattung in der Wochenzeitung „Das Parlament“ über die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Die „Informationen zur politischen Bildung“ zur deutschen Nachkriegsgeschichte sind inzwischen sämtlich neu geschrieben worden oder werden überarbeitet, um die Nachkriegsentwicklung beider deutscher Staaten integriert zu behandeln. Wurde bisher die Geschichte der Bundesrepublik in fünf Heften dargestellt und die Geschichte der DDR in einem, werden jetzt alle Hefte zu bestimmten Zeitabschnitten beide deutschen Staaten gemeinsam behandeln. Bisher erschienen sind die Hefte „Deutschland in den fünfziger Jahren“, „Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre“, „Deutschland zwischen 1961 und 1973“ und „Die Gründung beider deutschen Staaten“.

Die Publikationen der Schriftenreihe sowie die angekauften Lizenzausgaben, die sich mit der Geschichte der DDR befassen, sind allesamt dazu angetan, den genannten Befürchtungen entgegenzuwirken. Mit einer neuen Publikationsreihe „Deutsche Zeitbilder“

will die Bundeszentrale für politische Bildung für einen breiten Nutzerkreis zentrale Themen der DDR-Geschichte, der deutsch-deutschen Beziehungen, des Weges zur Einheit und des noch nicht abgeschlossenen Vereinigungsprozesses aufgreifen. Die einzelnen Hefte werden eine übersichtlich strukturierte, fachlich seriöse, leicht verständliche und anschauliche Lektüre bieten auf der Grundlage von erläuternden Beiträgen und Dokumenten. 1998 werden Hefte zu folgenden Themen erscheinen: „Die Revolution von 1989“; „Politisches Strafrecht in der DDR“; „Kirche in der DDR“; „Die Formierung des Parteiensystems in der SBZ/DDR 1945–1952“ sowie „Wirtschaft in der DDR“.

Auch in den Seminaren der Bundeszentrale für politische Bildung findet seit Jahren die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit statt. Genannt sei beispielhaft eine Seminarreihe „Legendenbildung und Fakten im Prozeß der deutschen Einigung“, die seit 1997 in den neuen Bundesländern durchgeführt wird und ein Forum für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit bietet. Auch im Rahmen des Lokaljournalisten-Programms der Bundeszentrale werden Themen der inneren Einheit verstärkt berücksichtigt. In einem ausführlichen Bericht an die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat die Bundeszentrale einen umfassenden Überblick über ihre Maßnahmen zur Förderung des Prozesses der deutschen Einheit gegeben.

Aus den Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes wurden u. a. Projekte freier Träger gefördert, die sich mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der FDJ befaßten, sowie Tagungen u. a. über Wirkung und Folgen gezielter Kinder- und Jugendpsychologie (Evangel. Akademie Berlin-Brandenburg) oder mit der Problematik von Jugendhilfe und Jugend im Umbruch der Systeme. Im einzelnen seien beispielhaft die folgenden Tagungen genannt:

- Im Oktober 1995 fand eine Fachtagung statt zum Thema „Deutsche Teilung – Deutsche Wiedervereinigung – Jugend und Jugendhilfe im Umbruch der Systeme“, die vom Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung organisiert wurde und sich an Fachkräfte der Jugendhilfe aus den alten und neuen Bundesländern wandte. Die Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands wurde aus dem Blickwinkel zeithistorischer und sozialwissenschaftlicher Jugendforschung behandelt. Eine Dokumentation der Tagung in Buchform liegt vor.
- Der Arbeitsausschuß für politische Bildung führte im September 1996 mit Unterstützung des BMFSFJ und in Kooperation mit der Jugendbildungsstätte Peseckendorf (Sachsen-Anhalt) eine Tagung zum Thema „Jugend und politische Bildung – Trends und Erfordernisse in den neuen Bundesländern“ durch. Die Tagungsbeiträge und -ergebnisse wurden veröffentlicht.

17. In welcher Weise wurden die Förderungsrichtlinien und die Haushaltsansätze der Bundeszentrale für politische Bildung der veränderten Situation in den neuen Ländern angepaßt?

Welche Auswirkungen hat der ab dem 1. Januar 1998 vorgesehene Wegfall der Sonderförderbestimmungen?

Die Übergangsregelungen zur „Förderung deutschlandpolitischer Bildungsveranstaltungen durch die Bundeszentrale für politische Bildung“ vom 1. Januar 1992, die ursprünglich bis zum 31. Dezember 1995 zeitlich begrenzt waren, wurden nochmals um zwei Jahre verlängert und sind nunmehr am 31. Dezember 1997 ausgelaufen. Den betroffenen Bildungseinrichtungen war damit ein hinreichender Zeitraum gegeben, sich auf die neue Situation einzustellen. Die nunmehr generell geltenden „Richtlinien zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung“ werden derzeit überarbeitet (vgl. Antwort zu Frage 43).

Die Bundeszentrale für politische Bildung ist durch einen Vermerk im Haushaltsgesetz gehalten, mindestens 3 Mio. DM der Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit Trägern in den neuen Bundesländern zur Verfügung zu stellen. Dieser Auflage ist die Bundeszentrale für politische Bildung bisher immer nachgekommen.

18. Welche besonderen Maßnahmen wurden von der Bundesregierung ergriffen, um der politischen Bildung in Ostdeutschland den Anschein und Charakter einer „Einbahnstraße“ zu nehmen, um also dem vielfach entstandenen und vorhandenen Eindruck entgegenzuwirken, politische Bildung diene dazu, die Menschen in den neuen Ländern belehren und ihnen lediglich westdeutsche Wert- und Lebensvorstellungen vermitteln zu wollen?

Die Bundesregierung weist die Behauptung, politische Bildung in den neuen Ländern habe den Anschein und Charakter einer Einbahnstraße, zurück.

Vielmehr hat die Bundesregierung wiederholt betont – zuletzt im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 1997 (vgl. Drucksache 13/8450 vom 1. September 97) –, daß die Herstellung der inneren Einheit alle Bürger in Deutschland angeht.

Hierzu heißt es im ersten Kapitel „Der Weg zur Einheit“ auf Seite 17:

„Innere Einigung ist ein Prozeß: Sie ist Wissens- und Wertevermittlung zugleich und insofern von vornherein nicht beschränkt auf die Bürger in den neuen Bundesländern. Innere Einigung muß inhaltliches Element aller politischen und staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung sein. Sie ist zukunftsgerichtet und auch dann noch notwendig, wenn die Einzelfragen des Einigungsprozesses nicht mehr zur Debatte stehen. Insofern sind die hier diskutierten Fragen Teilthemen der laufenden Diskussion über Wertewandel und Reform in Staat und Gesellschaft. Innere Einigung ist nicht das

Thema in den oder für die neuen Bundesländer allein. Innere Einigung geht in Deutschland alle Bürger an.“

Dies gilt auch für die politische Bildung (vgl. Antworten zu Frage 14 ff.). Sie hat sich von Anfang an darum bemüht, Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern in die politische Bildungsarbeit u. a. bei Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Tagungen einzubinden; ebenso wurden Autoren aus den neuen Bundesländern in die Publikationstätigkeit integriert.

Mit der Verlegung der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, eines Fachbereichs des Zentrums Innere Führung und des Sozialwissenschaftlichen Instituts, nach Strausberg/ Brandenburg, hat die Bundeswehr als Armee der Einheit ein Zeichen von richtungsweisender Bedeutung gesetzt: Soldaten, Wissenschaftler und Bürger kommen in zahlreichen Symposien, Seminaren und Tagungen zum Dialog zusammen. Streitkräfte und Bevölkerung werden stärker miteinander verbunden. Innere Führung – als unser Markenzeichen für Streitkräfte in der Demokratie – sowie eine dialogorientierte Öffentlichkeitsarbeit leisten so in den neuen Bundesländern mittelbar auch einen Beitrag zur politischen Bildung und zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands.

#### *Gleichstellung*

19. Welche mädchen- und frauenspezifischen Programme und Projekte der politischen Bildung und welche Träger werden auf der Grundlage welcher Kriterien von der Bundesregierung gefördert, und wie will die Bundesregierung mit Hilfe der politischen Bildung zur Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen?

Gleichberechtigung und gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Jungen ist ein zentrales Ziel in allen Programmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Dabei wird „Mädchenarbeit“ als Querschnittsaufgabe in der Jugendarbeit angemessen berücksichtigt. Alle Maßnahmen der politischen Bildung richten sich sowohl an Männer wie an Frauen.

Als Konsequenz aus einer Distanz von Frauen zur Politik und der nach wie vor bestehenden fehlenden Repräsentanz von Frauen in Parlamenten und politischen Gremien nimmt sich die Bundeszentrale für politische Bildung spezifischer Fragestellungen, die aus tradierten Geschlechterrollen herrühren, in ihrem Publikationsangebot und in Seminarveranstaltungen an.

1995 wurde durch die Bundesregierung z. B. das Modellprojekt „Frauen ins politische Ehrenamt“ gefördert, das von der Jakob-Kaiser-Stiftung getragen und unter Beteiligung von Frauenverbänden und der Landesfrauenräte durchgeführt wird. Ziel ist es, Frauen durch politische Bildung zu motivieren, sich stärker in die Gestaltung demokratischer Entscheidungsprozesse einzubringen. Insgesamt wird angestrebt, die Repräsentanz in politischen (Ehren-)Ämtern zu erhöhen (vgl. auch Antwort zu Frage 11).

Mit dem Ansatz, politische Bildung ausschließlich für Frauen anzubieten, entspricht die Konzeption des Modellprojektes „Frauen ins politische Ehrenamt“ den Erfordernissen, die Parlamentarierinnen im Rahmen einer Untersuchung zur Professionalisierung von Frauen in der Politik der TU Berlin als zukünftige Aufgabe der politischen Bildung zu definieren (vgl. Antwort zu Frage 22).

#### *Verknüpfung mit der allgemeinen und beruflichen Bildung*

20. Wie gewährleistet die Bundesregierung angesichts der heutigen Probleme der Arbeitswelt die Verzahnung der beruflichen und politischen Bildung?

Die Bundesregierung läßt sich in ihrer Weiterbildungspolitik ordnungspolitisch von den Prinzipien der Eigenverantwortung, der dezentralen Steuerung durch den Weiterbildungsmarkt und dem Prinzip der Subsidiarität leiten. Im Rahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung werden sowohl berufliche als auch politische Inhalte vermittelt. In der dualen Berufsausbildung ist die politische Bildung im weiteren Sinne Gegenstand des allgemeinbildenden Teils des Berufsschulunterrichts, der nach Lehrplänen der Länder erteilt wird.

Die Bundesregierung gewährleistet durch ihre Regelförderung eine kontinuierliche Arbeit insbesondere im Bereich der politischen und auch der beruflichen Bildung. Eine Verzahnung beider Bildungsbereiche ist derzeit insofern schwierig, als unterschiedliche Zuständigkeiten und Richtlinienvorgaben eine Korrespondenz beider Förderungsbereiche erschweren. Dennoch haben sich in den zurückliegenden Jahren insbesondere im Bereich der politischen Jugendbildung (BMFSFJ) und der politischen Erwachsenenbildung (BpB/ BMI) die Möglichkeiten verbessert, an gemeinsamen Schnittstellen der beruflichen und politischen Bildung integrativ zu arbeiten.

Während es sowohl für die berufliche wie die politische Bildung fachspezifische Ziele und Themenfelder gibt, verbindet beide der Anspruch, Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, die sowohl gesellschaftspolitisch und persönlich als auch beruflich verwertbar sind. Hierzu gehören insbesondere personale, soziale und kommunikative Kompetenzen. Die politische Bildung kann in einem integrativen Ansatz darüber hinaus leisten, berufliche Kenntnisse, Erfahrungen und Erfordernisse in ihrer Bedeutung sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft und ihre Subsysteme, wie Familie, Betrieb, Schule, Verein etc. zu analysieren und zu reflektieren.

21. Mit welchen konkreten Projekten fördert die Bundesregierung die Einbeziehung von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung in das Handlungsfeld der politischen Bildung, und wie entwickelt sie zusammen mit den Trägern hieraus neue Formen der politischen Bildungsarbeit?

Nach Auffassung der Bundesregierung stellt der Gesamtbereich der Weiterbildung – darin eingeschlossen die politische Weiterbildung – neben Schule, Hochschule und beruflicher Ausbildung einen gleichberechtigten und wichtigen Teil des öffentlichen Bildungssystems dar und ist damit auch als öffentliche Aufgabe anzusehen. Die öffentliche Verantwortung bezieht sich vor allem auf die Sicherung der Rahmenbedingungen und vielfältiger offener Weiterbildungsmöglichkeiten und -hilfen für ein kompetenzentwickelndes Lernen aller Bürgerinnen und Bürger.

Das BMBF hat in den Jahren seit 1990 mit ca. 10 Mio. DM durch Projektförderung und Förderung von Fachtagungen zu Innovationen im Bereich der politischen Weiterbildung beigetragen. Schwerpunkte der Projektförderungen waren dabei:

- Entwicklung und Erprobung von Materialien/Medienpaketen für die zeitgeschichtliche Weiterbildung,  
Projektbeispiel: „Unsere Medien – unsere Republik“. Deutsche Selbst- und Fremdbilder in den Medien von BRD und DDR (Adolf-Grimme-Institut; abgeschl. 1994);
- Entwicklung und Erprobung von Praxishilfen/didaktisch-methodischen Handreichungen und Empfehlungen für die Arbeit an bestimmten Themenschwerpunkten und/oder mit bestimmten Zielgruppen,  
Projektbeispiel: „Alltagsorientierung in den neuen Bundesländern“ (thematische „Bausteine“ zur Reaktion auf spezifische Bildungsanforderungen, z. B. „Von der Solimarke zum Solidarpakt“, „Durch den Dschungel von Ämtern und Behörden“, „AussiedlerInnen und Einheimische“ u. a.) (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung; abgeschl. 1994);
- Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit  
Projektbeispiel: „Rechtsradikalismus und Fernsehen“ (Adolf-Grimme-Institut; 1995/1996);
- Im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit 1997 wurde das Projekt „MOBI“ bei der Otto Benecke Stiftung begonnen, mit dem Multiplikatoren (Lehrer, Sozialarbeiter, Polizisten, Jugendliche) zur gewaltpräventiven und toleranzentwickelnden Arbeit mit Kindern und Jugendlichen angeregt und befähigt werden sollen;
- Förderung des Erfahrungsaustauschs durch Fachtagungen, z. B. Förderung der Bund-Länder-Fachtagung „Politische Bildung im vereinten Deutschland“, 21./22. November 1996 in Schwerin. Hierauf aufbauend haben die Kultusminister der Länder eine Empfehlung „Politische Weiterbildung im vereinten Deutschland“ verabschiedet.

Insbesondere auch die mit Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Fachorganisation ARBEIT UND LEBEN, die auch von ihrem Selbstverständnis die Arbeits- und Lebenswelten miteinander verbindet, führt eine Vielzahl von sowohl integrativen als auch additiven Bildungsveranstaltungen

durch, z. B. Seminare mit Jugendlichen aus Berufsvorbereitungsjahren zum Thema „Arbeit und Multimedia“.

22. Welche fachbezogenen und grenzüberschreitenden Projekte wurden von der Bundesregierung zur Förderung des Zusammenhangs von politischer Bildung und Weiterbildung entwickelt?

Zu nennen sind beispielhaft folgende Projekte, die von der Bundesregierung gefördert wurden:

- „Hörfunkarbeit: Ein Beitrag zur Beteiligung junger Arbeitsloser an sozialen Prozessen“ (Bayern, Sachsen, Thüringen – Integration von allgemeiner und politischer Bildung, gefördert durch BMFSFJ);
- „Interkulturelle Jugendfest- und -projekttage in Brandenburg“ (Integration von politischer und kultureller Bildung, gefördert durch BMFSFJ);
- „Palaver im globalen Dorf“ (Integration berufsbezogener und politischer Bildung);
- „Deutsche und Ausländer gemeinsam: Aktiv im Alter“ (Integration von politischer, kultureller und allgemeiner Bildung, gefördert durch BMFSFJ);
- „Radio aktiv – Jugend strahlt aus“ (Integration von politischer, berufsbezogener und allgemeiner Bildung, gefördert durch BMFSFJ);
- „Zeitzeugenbörse“ (Zeitzeugenbörse e. V.; abgeschl. 1997, gefördert durch BMBF/ehem. BMBW);
- „Erfahrungsbezogene Bildungsarbeit im Kontext der gesellschaftlichen Umbrüche in Deutschland“ (Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung; abgeschl. 1994, gefördert durch BMBF/ehem. BMBW);
- „Konzepte und Strategien für die politische Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik“ (TU Berlin; abgeschl. 1997, gefördert durch BMBF/ehem. BMBW);
- Fachtagung: „Neue Ansätze der politischen Weiterbildung in den neuen Ländern“, 2./3. September 1993 in Neustrelitz (gefördert durch BMBF/ehem. BMBW);
- Fachtagung: „Einmischung erwünscht – Politische Weiterbildung von Frauen“, 10. bis 12. Oktober 1994 in Bonn (gefördert durch BMBF/ehem. BMBW);
- Fachtagung: „Auf unterschiedlichen Wegen? Politische Weiterbildung im Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung“, 24. bis 26. Juni 1996 in Magdeburg (gefördert durch BMBF/ehem. BMBW);
- Bund-Länder-Fachtagung „Politische Weiterbildung im vereinten Deutschland“, 21./22. November 1996 (gefördert durch BMBF/ehem. BMBW).

#### *Neue Informations- und Kommunikationstechnologien*

23. Welche konkreten Maßnahmen fördert die Bundesregierung zum Themenfeld Informationsgesellschaft?

In ihrem Bericht „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ (Drucksache 13/4006; 7. März 1996) hat die Bundesregierung die gegenwärtige Situation in Deutschland und den staatlichen Handlungsbedarf auf dem Weg in die Informationsgesellschaft aufgezeigt. Zugleich hat sie sich verpflichtet, über die Umsetzung der in einem Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen zu berichten. Aus dem Fortschrittsbericht (BT-Drucksache 13/8859; 29. Oktober 1997) geht hervor, daß in allen Handlungsfeldern die vorgesehenen Maßnahmen eingeleitet und in einigen wichtigen Bereichen bereits zum Abschluß gebracht werden konnten. Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Informations- und Kommunikationsdienstengesetz eingebracht, das am 1. August 1997 in Kraft getreten ist (BGBl. I vom 22. Juli 1997, S. 1870). So fördert die Bundesregierung eine Fülle von Maßnahmen zum Themenfeld Informationsgesellschaft, von denen im folgenden solche Aktivitäten genannt werden, die die politische Bildungsarbeit betreffen.

Die politische Erwachsenenbildung steht angesichts der politisch bedeutsamen Umbrüche in der Medien- bzw. Informationsgesellschaft vor besonderen Herausforderungen. Sie muß einerseits die komplexen Veränderungen, die sich in allen Lebensbereichen für den Bürger ergeben, erläutern und reflektierbar machen. Andererseits muß sie sich durch die Einbeziehung der neuen Informationstechnologien neue Ansprachemöglichkeiten ihrer Zielgruppen erarbeiten. Zunehmende Bedeutung wird der Medienpädagogik sowohl in der Erwachsenen- wie in der Jugendbildung zukommen, da das aktuelle Medienangebot mit einer zunehmenden globalen Netzkommunikation die Bildungs- und Erziehungssituation in Familie, Schule und Jugendarbeit immer stärker verändern wird (vgl. Antwort zu Frage 25).

Die Bundeszentrale für politische Bildung plant bis Ende 1999 mehrere Publikationen zu diesem Thema:

- Das „Handbuch der Informationsgesellschaft“ soll grundlegendes Wissen über die elektronischen Medien vermitteln sowie die Möglichkeiten und Risiken der sich abzeichnenden Entwicklung auf verständliche Weise gegeneinander abwägen.
- Das Handbuch „Grundwissen Fernsehen und Hörfunk“ wird für medieninteressierte Eltern, Lehrer aller Fachrichtungen und die medienpädagogische Praxis elementare Grundkenntnisse über den aktuellen Medienbetrieb in seinen rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Strukturen vermitteln.
- In der Schriftenreihe ist eine Publikation über die Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland geplant, die unter Einbeziehung eines Exkurses auf die DDR die Entwicklung hin zur sogenannten Informationsgesellschaft in Deutschland nachgezeichnet. Ein anderer Schriftenreihe-Band wird sich dem Thema Mediendemokratie widmen und der Bedeutung des veränderten Mediensystems für die Politik und Politikrezeption nachgehen.

Das BMBF sowie das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) haben mit dem „Forum Info 2000: Gesell-

schaftliche und kulturelle Herausforderungen der Informationsgesellschaft“ eine konkrete Maßnahme zur Bewußtseinsbildung hinsichtlich der Neuen Medien ins Leben gerufen, das den Anstoß zu einer breiten Diskussion innerhalb aller gesellschaftlichen Gruppen über Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft gab. Ziel des Forums ist es, die Anwendungen und Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu verdeutlichen, Ängste und Vorbehalte abzubauen sowie Strategien zu entwickeln, wie die Informationsgesellschaft für den einzelnen und die Gesellschaft größtmöglichen Nutzen bringen kann. Das Forum wird mittlerweile von über 180 Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen getragen.

Zu den Förderprioritäten in der entwicklungspolitischen Bildung gehört die Vergabe von Zuschüssen für technologisch innovative Vorhaben. Bis einschließlich 1997 wurden vom BMZ mehrere Projekte gefördert, in denen das Internet oder eine CD-ROM das Trägermedium bilden.

Im Rahmen der Fördermaßnahme „Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik“, die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt wird, wurden in den letzten Jahren u. a. Modellprojekte gefördert, die die Teilnehmer auf die neuen Tätigkeitsfelder in der Informationsgesellschaft, besonders im Bereich von Telearbeit/Telelearning vorbereiten sollen.

1996 wurde vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Broschüre mit dem Titel „Chancen durch Multimedia“ herausgegeben, die 1997 in der 3. überarbeiteten Auflage mit insgesamt 120 000 Exemplaren erschienen ist. Seit Januar 1998 wird eine Internet-Plattform für Jugendliche angeboten mit den inhaltlichen Schwerpunkten Arbeit, Beruf, Ausbildung, Studium, Wissenschaft, Forschung, soziales Engagement, Freizeit, Dialog mit Politik und Politikern, Europa, Kultur.

Im Bereich der Umweltpolitik wurden vom BMU bzw. vom Umweltbundesamt u. a. folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Die effektive Nutzung vorhandener Datenquellen konnte durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Lenkungsausschuß Umweltdatenkatalog verbessert werden.
- Die Erschließung weiterer Datenquellen erfolgte durch die Erarbeitung von Anhängen für die Bund/Länder-Verwaltungsvereinbarung über den Datenaustausch im Umweltbereich.
- Die Kooperationen auf dem Gebiet umweltgefährdender Stoffe konnte ausgeweitet werden.

Ein Prototyp des Deutschen Umweltinformationsnetzes (GEIN) konnte auf der G7-Konferenz Informationsgesellschaft und Entwicklung (ISAD) in Südafrika im Juni 1996 erfolgreich demonstriert werden.

Im Rahmen der Koordinierung des Europäischen Umweltinformations- und -beobachtungsnetzes durch die Europäische Umweltagentur wurde der Aufbau weiterer Themenzentren vorangetrieben.

24. Welche aus den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sich erschließenden Möglichkeiten wurden in der Projektförderung durch die Bundesregierung für die politische Bildung erprobt, und mit welchem Erfolg werden sie eingesetzt?

Die multimedialen Möglichkeiten der Verknüpfung von Text, Bild, Ton, Film und Animation wurden von der Bundeszentrale für politische Bildung in zwei Kooperationsprojekten mit Buchverlagen bei der Publikation von historischen Überblicksdarstellungen genutzt (vgl. auch Antwort zu Frage 40). Das Angebot, sich Geschichte mit „spielerischen Mitteln“ seriös zu erschließen, legt die Nutzung dieser Materialien sowohl für die eigene Fortbildung wie auch in Unterricht und Tagungsarbeit nahe:

- 1848–1949: Ein Jahrhundert deutsche Geschichte, 1997; gemeinsam mit Meyers Lexikonverlag. Die CD-Rom präsentiert u. a. ein breites Bildangebot sowie Film- und Tonausschnitte.
- Schäfer, Jörg: Deutsche Geschichte von 1949 bis zur Gegenwart; in Zusammenarbeit mit dem Olzog Verlag: Die CD-Rom enthält vielfältige multimediale Elemente. Über eine Datenbank kann man z. B. Biographien, erläuternde Texte und Schlüssel-dokumente abrufen.

Die Bundesregierung und die von ihr geförderten Forschungseinrichtungen stellen Ausschreibungen, Förderprogramme, die Ergebnisse von Evaluationen und Studien sowie Pressemitteilungen und Informationen über ihre Aktivitäten und Programme im Internet bereit. Allein der als Pilotvorhaben aufgebaute IID-Server (Initiative Informationsgesellschaft in Deutschland) hat monatlich ca. 200 000 Zugriffe.

Die Pilotstudie „Umweltbildung, Unterrichtsvorbereitung und Internet. Wie nutzen Lehrerinnen und Lehrer Umweltinformationen im Internet?“ wurde aus dem Haushalt des BMU mit 23 500 DM gefördert. Diese Studie fragte nach den fördernden und hemmenden Bedingungen, die während der Nutzung des Internets zur Beschaffung von Informationen und Materialien für die schulische Umweltbildung wirksam werden und gab Empfehlungen, wie den Wünschen des Lehrpersonals nach verbesserter Nutzbarkeit von Internetangeboten entsprochen werden könnte. Die Studie präsentierte auch pädagogisch sinnvolle Anregungen für eine effektive Umweltbildung.

25. Welche Untersuchungen und Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz wurden von der Bundesregierung gefördert bzw. neu entwickelt?

Für welche Zielgruppen?

Mit welchen Ergebnissen?

Seit über zehn Jahren entwickelt die Bundeszentrale für politische Bildung Projekte zur Medienerziehung mit dem Ziel der Vermittlung von Medienkompetenz. Sie hat hierfür das Referat Medienpädagogik und Neue Medien eingerichtet. Die medienpädagogische Arbeit

der Bundeszentrale fördert modellhafte Projekte, breitenwirksame Publikationen und neuartige, auch computergestützte Verfahren für Multiplikatoren. Die Maßnahmen sind auf Kontinuität und Breitenwirksamkeit ausgerichtet. Wichtige Zielgruppen sind junge Familien („Fernsehanfänger“) sowie die in diesem sozialen Umfeld tätigen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Bereichen Kindergarten, Hort und Grundschule. Angesichts neuer Entwicklungen im Bereich der Unterhaltungselektronik ist die Zielgruppe der Jugendlichen von besonderem Interesse. Auch für diese Zielgruppe und die Multiplikatoren in den Bereichen Schule, Jugend- und teilweise auch Erwachsenenbildung wurden breitenwirksame Maßnahmen und neue methodische Ansätze (interaktive Multimedia Instrumente) entwickelt (vgl. auch Antwort zu Frage 24).

Die Resonanz auf diese Maßnahmen und Projekte ist hoch. Medienpädagogische Projekte, vor allem innovative Ansätze auf diesem Feld, die über reine Medienerziehung hinausgehen und geschichtliche und kulturelle Aspekte der Kommunikation mit einbeziehen, werden gefördert und publiziert. Empirische Untersuchungen zum Thema Medienkompetenz werden in der Weise unterstützt, daß ihre Ergebnisse in modellartigen Projekten umgesetzt werden.

Folgende Maßnahmen sind für die nahe Zukunft geplant:

- „Handbuch Medien: Offene Kanäle“: Neben der Darstellung der Entwicklung und dem gegenwärtigen Stand der Offenen Kanäle in der Bundesrepublik werden schwerpunktmäßig für politische Bildung relevante Projekte in Offenen Kanälen dargestellt. Ein Serviceteil enthält Ansprechpartner und Kontaktstellen für Interessenten sowie eine Übersicht über die Offenen Kanäle in den verschiedenen Bundesländern.
- „Handbuch Medien: Software für die politische Bildung“: Die Einsatzmöglichkeiten von Software in der politischen Bildung, Lernsoftware und spielerische Software werden vorgestellt und kontinuierlich aktualisiert.
- „Handbuch Medien: Medienpädagogische Modelle und Projekte“: Hier werden schwerpunktmäßig medienpädagogische Modelle und Projekte für die schulische und außerschulische Jugendbildung vorgestellt und kommentiert.
- Ein intermediales Unterrichtsmodell soll zum Thema „Ein neues Gesetz wird verabschiedet – wir nehmen Teil an den Beratungen“ durchgeführt werden, bei dem ausgewählte Schulklassen interaktiv die Beratungen über ein Gesetz im Bundesoder einem Landtag begleiten und dazu Stellung nehmen können. Dieses Projekt kann und sollte in Kooperation mit dem Deutschen Bundestag oder einem Landtag durchgeführt werden.

Im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes werden im Bereich der außerschulischen Jugendbildung folgende aktuelle Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz gefördert:

- „Palaver im globalen Dorf“ heißt ein Modellprojekt zur Vermittlung elektronischer Kommunikation in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit. Träger ist ARBEIT UND LEBEN, das Projekt hat eine Laufzeit von 1997 bis 2000.
- Unter der Bezeichnung „Auf dem Weg in die multimediale Gesellschaft – Informations- und Kommunikationstechnologien verstehen, nutzen, bewerten, mitgestalten...“ wird ein Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft Katholisch-Sozialer Bildungswerke (aksb) gefördert, bei dem – neben der notwendigen Aufarbeitung der vielfältigen Möglichkeiten und auch Risiken – eine kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Folgen der fortschreitenden Informations- und Kommunikationstechnologie in allen Lebensbereichen im Mittelpunkt steht. Das Projekt, das 1996 startete, endet 1999.
- „Neue Wege in der Förderung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Familien“ lautet ein Projekt, das die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) von 1997 bis 2000 durchführt.
- Auf Anraten des BMFSFJ fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke das Modellprojekt „Konnekt“ (1997–1999) der Akademie Remscheid, dessen Ziel es ist, Internet und Datenkommunikation in der medienpädagogischen Praxis mit Kindern und Jugendlichen zu erproben und daraus sinnvolle Konzepte für die Medienpädagogik zu entwickeln.

Die Vermittlung von Medienkompetenz bildet einen Schwerpunkt der Forschungs- und Bildungspolitik. Im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern mehrere hundert Projekte und Modellversuche zur Vermittlung von Medienkompetenz gefördert. Die Ausbildung der benötigten Kompetenz verlangt nicht nur die Vermittlung technischer Fertigkeiten, sondern vor allem die Fähigkeit zum vernünftigen Umgang mit Informationen. Unter Berücksichtigung des zum jeweiligen Zeitpunkt aktuellen technischen Standes erstreckten sich diese auf alle Bildungsbereiche, vom Kindergarten über die allgemeinbildenden Schulen, die berufliche Bildung und Hochschulen bis zur Weiterbildung. Die Ergebnisse sind eingeflossen in das von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 1987 gebilligte „Gesamtkonzept für die informationstechnische Bildung“, welches Grundlage für die Erarbeitung und Weiterentwicklung länderbezogener Konzepte ist. Ergänzt wurde dieses Grundsatzpapier 1995 durch den Orientierungsrahmen zur „Medienerziehung in der Schule“. Darin werden Leitvorstellungen entwickelt, an denen sich die pädagogische Arbeit in der Schule orientieren kann. Er gibt darüber hinaus Hinweise für eine Einbeziehung medienpädagogischer Elemente in die Lehreraus- und -fortbildung sowie für die Zusammenarbeit mit dem Elternhaus und mit außerschulischen Partnern.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Initiative „Schulen ans Netz“, die vom BMBF und der Deutschen Telekom AG mit ca. 160 Mio. DM gefördert und von

Sponsoren mit Geld-, Sach- und Dienstleistungsspenden unterstützt wird. Ihr Ziel ist es, in den kommenden Jahren alle rund 44 000 Schulen ans Internet anzuschließen und zusätzlich geeignete Maßnahmen zur Entwicklung von Medienkompetenz zu ergreifen. Bis zum Ende des Jahres 1998 werden 6 000 Schulen ans Internet angeschlossen sein. Die Initiative umfaßt: Einstiegsprojekte für Schulen mit geringer oder ohne Erfahrung, Modellprojekte zur Entwicklung und Erprobung neuer Unterrichtsbeispiele, didaktische Ideen für das Lernen im Netz, Lehrerfortbildung hinsichtlich sinnvoller Nutzung der Netze für die Unterrichtsvorbereitung und Unterrichtsdurchführung sowie Infrastrukturprojekte zur Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur der Schulen, z. B. durch den Aufbau von Bildungsservern.

Der vom BMBF im Jahr 1997 initiierte Wettbewerb „Deutscher Seniorenpreis Multimedia – Vermittlung von Medienkompetenz“ zielt auf Qualifizierung von Senioren zur Nutzung multimedialer Technik und auf den Aufbau eines Netzwerkes, um so die Möglichkeit einer selbständigen Lebensführung im Alter zu erhöhen. Die Altersgruppe der über 55jährigen greift derzeit mit nur ca. 3 % auf einen PC zurück. Die zehn besten Vorschläge wurden mit je 50 000 DM gefördert.

Die Bundesregierung strebt eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der multimedialen Technik an. So hat das BMBF bereits 1993 in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und der Deutschen Telekom AG die Initiative „Frauen geben Technik neue Impulse“ gestartet, die u. a. über beispielhafte technische Entwicklungen informiert und den Beitrag von Frauen in diesem Bereich sichtbar macht.

1996 wurden betriebliche Ausbildungsordnungen für drei neue Ausbildungsberufe im Medienbereich entwickelt: „Film- und Videoeditor/in“; „Mediengestalter/in Bild und Ton“ und „Werbe- und Medientvorlagenhersteller/in“; 1997 sind vier weitere neue Ausbildungsberufe im Bereich der neuen Medien und der Informations- und Kommunikationstechnologien hinzugekommen: „Informationssystemelektroniker/in“, „Fachinformatiker/in“, „Informations- und Kommunikationssystemkaufmann/-frau“ sowie „Informatikkaufmann/-frau“. Um die Vermittlung von Medienkompetenz in der Wirtschaft voranzutreiben, wendet sich das BMBF an die Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern als originäre Ansprechpartner der Wirtschaft. Durch die Auslobung attraktiver Preise wurden die besten Konzepte zur verstärkten Nutzung von Multimedia ermittelt.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) hat ein Unterrichtspaket zum Thema „Medienkompetenz. Qualifikation für die Zukunft“ herausgegeben, mit dem für einen verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien geworben wird.

Derzeit wird aus dem Haushalt des BMU das Projekt „Online-Recherchen-Umwelt“ der Stiftung Verbraucherinstitut mit 24 000 DM gefördert. Darin sollen Umweltberaterinnen und Umweltberater mit Hilfe der

Informationstechnik und dem Internet die Beratung im Umweltbereich verbessern.

*Neue Methoden und Ansätze der politischen Bildung*

26. Welche neuen Methoden der politischen Bildung wurden von der Bundesregierung entwickelt und gefördert, um dem Anspruch der politischen Bildung, alltags- und lebensweltbezogen zu arbeiten, gerecht zu werden?

Ob und inwieweit bestimmte Methoden die Alltags- und Lebensweltbezogenheit politischer Bildung produzieren, ist umstritten. Wichtig für die politische Bildung ist es, die Bedeutung der Politik bis in den Alltag hinein sowie umgekehrt die Bedeutung des alltäglichen Lebens und Erlebens in die Politik hinein nachzuvollziehen und ihre Verwobenheit und Wechselwirkung darzustellen. Dies kann mit sehr unterschiedlichen Methoden geschehen: Von der analytisch-wissenschaftlichen Diskussion über Textuntersuchungen, biographische Interviews oder partiell vorkonstruierte Planspiele. Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert alle diese Methoden und damit die Lebensweltbezogenheit politischer Bildung sowohl durch die Unterstützung entsprechender Veranstaltungen der freien Träger als auch durch die entsprechende Arbeit der Bundeszentrale, sie entwickelt selbst keine Methoden.

Die Erkenntnis, daß politische Bildung sich nicht nur im traditionell politisch bildnerisch organisierten „Lernraum“ vollzieht, sondern an vielen Orten des alltäglichen Lebens, zu denen die staatlich organisierte Bildung keinen direkten Zugang hat, führte zu der Konsequenz, neue Lernorte aufzusuchen. Dem Kulturbereich (Theater, Film, Musik) wird in diesem Zusammenhang ein hoher Stellenwert beigemessen, weil hier Lernen vornehmlich im affektiven Bereich stattfindet. Zu den Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung, die den Bereich der kulturellen Bildung als Teil politischer Bildung stärker einbeziehen, gehört z. B. das alle drei Jahre stattfindende Festival „Politik im Freien Theater“. Alltags- und lebensweltbezogene Themenstellungen werden auch im Schülerwettbewerb für politische Bildung regelmäßig berücksichtigt.

In den „klassischen“ Fortbildungstagungen wurden Seminare zu teilnehmeraktivierenden Methoden sowie zu neueren didaktischen Konzepten für die Bearbeitung zukunftsorientierter Themen durchgeführt (z. B.: Szenario-Technik, Zukunftswerkstatt, Produktlinienanalyse) und auch zukünftig werden neue didaktische Modelle in den Bildungsmaßnahmen der Bundeszentrale Anwendung finden.

Als Beispiel für eine alltagsgeschichtliche Publikation sei verwiesen auf die sozialgeschichtliche Studie von Alexander von Plato und Almut Leh: „Ein unglaublicher Frühling“. Erlebte Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945 bis 1948, die konzeptionell von der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelt und vertrieben wurde.

Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen fördert die Bundesregierung seit 1989 den Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“. Träger sind die Theodor-Heuss-Stiftung, Stuttgart, und die Akademie für Bildungsreform, Tübingen. Der Wettbewerb richtet sich an alle Schulen mit der Aufforderung, Beispiele konkreten demokratischen Handelns innerhalb und außerhalb der Schule einzureichen. Jährlich werden etwa 30 vorbildliche Beiträge, die vorwiegend historische, kommunale, ökologische und soziokulturelle Themen behandeln, ausgezeichnet: Den Schülerinnen und Schülern wird eine Urkunde überreicht, und sie werden zur jeweiligen mehrtägigen „Lernstatt Demokratie“ eingeladen.

In verschiedenen vom BMBF geförderten Projekten im Bereich der allgemeinen Weiterbildung wurden Konzepte des „erfahrungsbezogenen/ biographischen Lernens“ genutzt und weiterentwickelt, wodurch im Rahmen der Bildungsmaßnahmen zur Auseinandersetzung mit alltags- und lebensweltbezogenen Themen und Problemen angeregt und zur Problembewältigung beigetragen wurde. Zur Motivierung und Aktivierung Lernender im Zusammenhang mit „Alltags- und Lebensweltbezug“ wurden z. B. folgende Projekte gefördert:

- „Alltagsorientierung in den neuen Bundesländern – Unter demokratischen und marktwirtschaftlichen Bedingungen entscheiden lernen“ (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, 1996 abgeschl.) und
- „Hörfunkarbeit: Ein Beitrag zur Teilnahme arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Erwachsener an politischer Bildung und sozialen Prozessen“ (Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, 1997 abgeschl.).

27. Welche inhaltlich innovativen und welche methodisch-didaktisch innovativen Modellprojekte hat die Bundesregierung seit 1990 gefördert, und welche Ergebnisse haben diese Modellprojekte für die Weiterentwicklung der Vermittlungsformen, der Bildungsinhalte und Bildungsziele der politischen Bildung gebracht?

Die methodisch-didaktisch innovativen Ansätze der politischen Bildung folgen den Zielen der Handlungsorientierung, der Wissenschaftlichkeit und der Reduktion von Komplexität. Die computergestützten Planspiele „KOMMSTEDT WAHLEN“ und „KOMMSTEDT DEMOKRATIE“ sowie die Software für empirische Untersuchungen GrafStat WIN sind moderne Instrumente der politischen Bildung, die handlungsorientierte und hochmotivierende Lernarrangements ermöglichen. In ihrer Grundstruktur sind sie Beiträge zum vernetzten Lernen und haben in der Makro-Perspektive Modellcharakter für Fern-Lern-Prozesse. Sie sind offen in der Weise, daß sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern freie Entscheidung ermöglichen und die aktive Beteiligung an politischen Prozessen wie in einem Rollenspiel erproben. Interaktive Multimedia-Anwendungen auf CD-ROM sowie im Internet bzw. über Bildungsserver zu den Themen „Medienwelt von Jugendlichen“ und „Jugendliche er-



kunden ihre Umwelt“ sind in der Praxis erprobt und in hoher Auflage zur Verfügung gestellt worden. Speziell für das Wahljahr 1998 werden computergestützte Handreichungen zum Thema „Wahlanalyse und Wahlprognosen“ hergestellt.

Im Publikationsbereich wurden neue Publikationsreihen entwickelt, die die veränderten Lese- und Lerngewohnheiten berücksichtigen und somit politische und historische Inhalte für einen breiten Nutzerkreis vermitteln:

- „Politik kurzgefaßt“ ist eine Reihe, die auf nicht mehr als 160 Seiten mit zweiseitigem Layout die behandelten Themen in einem angemessenen Gleichgewicht zwischen Text und durchgehend mehrfarbigen Graphiken, Schaubildern sowie Fotos behandelt.
- Die Reihe „DEUTSCHE ZEITBILDER“ will ebenfalls mit nicht mehr als 150 Seiten Umfang knapp aber seriös den interessierten Laien über zentrale Themen der DDR-Geschichte und den Weg zur deutschen Einheit informieren. Die Hefte werden je zur Hälfte einen Darstellungsteil und einen Dokumententeil beinhalten.

In der Reihe „Arbeitshilfen für die politische Bildung“ wurden folgende herausragende Modellprojekte für die Bildungsarbeit durchgeführt:

- „Handreichung für die nebenberufliche Qualifizierung (NQ) in der Erwachsenenbildung“, in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Universitäre Erwachsenenbildung und dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Oldenburg.
- „Argumente gegen den Haß – Über Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“, in Kooperation mit dem Erziehungswissenschaftlichen Institut der Universität Marburg und mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.
- „Gemeinsam sind wir unterschiedlich – Deutsch-deutsche Annäherungen“.
- „Soziale Marktwirtschaft“, in Kooperation mit dem Institut für angewandte wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Forschung e.V., Köln.

In der Reihe „Basiswissen Politik und Gesellschaft“ wurden Hefte zu den Themen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie zur sozialen Frage im Wandel der Zeit in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Soziale Seminare in der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben.

CD-ROMS werden in Kooperation mit großen Verlagen produziert. Sie nutzen die multimedialen Möglichkeiten der Verknüpfung von Text, Bild, Ton, Film und Animation, um so gerade jüngeren Nutzern, denen der Umgang mit CD-ROMS selbstverständlich ist, zu ermöglichen, sich Geschichte auf vertraute Weise, mit „spielerischen Mitteln“ seriös zu erschließen (vgl. Antwort zu Frage 24).

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in den letzten Jahren immer wieder innovative Modellpro-

jekte gefördert und wird dies auch in Zukunft so haben. Genannt seien hier vor allem drei Projekte:

- „Schüler gestalten die Zukunft“ hieß ein Projekt, das von 1993 bis 1996 in Kooperation mit der Heimvolkshochschule Haus Neuland in Bielefeld mehrmals stattfindende Begegnungsforen für Schulklassen der 11. bis 13. Jahrgangsstufe aus den alten und neuen Bundesländern durchführte. Die Schülerinnen und Schüler sprachen über ihre jeweilige Situation, ihre Probleme und Zukunftserwartungen und erarbeiteten gemeinsame Projekte. Vielfach konnten Vorurteile, die zu Anfang der Begegnungen bestanden hatten, im Laufe der Treffen abgebaut werden.
  - Im Herbst 1995 startete die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Theorie und Praxis“ der Deutschen Vereinigung für politische Bildung eine Werkstatt-Reihe zum Thema „Urteilsbildung im Politikunterricht“, die dem Entstehungsprozeß von Urteilen im Politikunterricht nachging sowie der Fragestellung, wie der Transport von Urteilen im Politikunterricht erfolgt. Die theoretischen Grundlagen und wesentlichen Erkenntnisse der Untersuchungen wurden in der Schriftenreihe der Bundeszentrale im Herbst 1997 publiziert.
  - Geplant ist eine Sammlung von Unterrichtsentwürfen für eine Projektwoche zum Thema Israel, die das Thema für unterschiedliche Jahrgangsstufen unter verschiedenen Fragestellungen behandelt. Mit neuen didaktischen Konzepten sollen mehrere Schulfächer thematisch eingebunden werden: Geschichte, Religion, Pädagogik, Musik, Geographie, Literatur, Englisch u. a.
- Im Rahmen des Modellprojektes „Frauen ins politische Ehrenamt“ wurden unter dem Aspekt der Förderung des Dialogs von ost- und westdeutschen Frauen und Frauenorganisationen im Auftrag des BMFSFJ Modellseminare zum Thema „Engagement für die Gesellschaft: Geteilte Erfahrungen in der Vergangenheit – gemeinsame Aufgaben in Gegenwart und Zukunft“ entwickelt und durchgeführt, die auf große Akzeptanz gestoßen sind (vgl. Antwort zu Frage 19).

Das BMBF hat im Bereich der schulischen/außerschulischen Bildung die folgenden Vorhaben gefördert:

- „Entwicklung und Erprobung einer Servicestelle Friedenspädagogik“. Träger des Projektes, das vom 1. September 1991 bis zum 31. Dezember 1994 durchgeführt wurde, war der Verein für Friedenspädagogik in Tübingen. Die Servicestelle erarbeitete Materialien und variable Bausteine für die Bildungspraxis und unterstützte die pädagogische Arbeit durch Serviceangebote (z. B. EDV, Archiv, Beratungsdienst) mit der Absicht, Ergebnisse der Wissenschaft und Ereignisse der aktuellen Politik möglichst ohne Zeitverzug in die pädagogische Praxis umzusetzen. Zielgruppen waren Multiplikatoren in der Bildungspraxis, vor allem im außerschulischen Bereich.
- „Globales Lernen als Beitrag zur Bearbeitung globaler Gefährdungen“. Träger dieses Projektes, das

vom 1. August 1996 bis zum 31. Juli 1997 lief, war der Verein für Friedenspädagogik in Tübingen. Ziel des Vorhabens war, audiovisuelle Materialien für unterschiedliche pädagogische Ansätze zum „globalen Lernen“ zu entwickeln, in denen die Felder Umwelt- und Entwicklungsbildung, Friedenserziehung, Menschenrechts- und Demokratieerziehung miteinander verknüpft werden. Die Projektergebnisse wurden für die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Multiplikatoren in der Jugend- und Erwachsenenbildung konzipiert. Die didaktische Umsetzung erfolgte in Form eines Methodenbandes, eines Arbeitsbuchs sowie einer CD-ROM.

Die vom BMBF seit 1990 geförderten Projekte im Bereich der politischen Erwachsenenbildung, die alle inhaltlich und methodisch-didaktisch innovativ angelegt waren, bezogen sich auf folgende Themenkomplexe:

- Weiterbildung für ein zusammenwachsendes Europa  
Projektbeispiele: „Die Anderen in Europa“ und „Schlüssel zum Nachbarn“ (beide Adolf-Grimme-Institut, abgeschl. 1996 bzw. 1997).
- Beiträge zur deutschen Einigung  
Projektbeispiele: „Unsere Medien – unsere Republik“ (Teil 1 und 2), „Stets stärker, standhafter, schneller als der Feind“ (Aufbereitung von Beispielen aus Unterrichtsmedien der DDR für die politische Bildung) (Adolf-Grimme-Institut, abgeschl. 1994).
- Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus, Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit  
Projektbeispiele: „Rechtsradikalismus und Fernsehen“ (Adolf-Grimme-Institut, 1996 abgeschl.), „Fremdes Entdecken“ (Otto Benecke Stiftung, abgeschl. 1996).
- Beiträge zur Entwicklung von Kooperationsbeziehungen in diesem Bildungsbereich  
Projektbeispiele: „Entwicklung regionaler Kooperationsnetze zur Überwindung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Soest, 1996 abgeschl.), „Medien und Bildung im kommunikativen Netzwerk“ (Adolf-Grimme-Institut, abgeschl. 1994) sowie die in der Antwort zu Frage 22 genannten Fachtagungen.

#### *Politische Jugendbildung*

28. Auf welche Art und Weise verwirklicht die von der Bundesregierung geleistete Jugendförderung im einzelnen „eine bessere politische, kulturelle und ökonomische Partizipation junger Menschen am Leben der Gesellschaft“ (Drucksache 12/1773)?

Die genannte Zielsetzung wird auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Ansätzen verfolgt:

- durch die Jugendförderung wird eine bundeszentrale Infrastruktur gesichert, die es jungen Menschen – insbesondere in Jugendverbänden – er-

möglicht, ihre Belange in Staat und Gesellschaft wahrzunehmen;

- durch die Förderung der bundeszentralen Infrastruktur werden auch die regionalen Gliederungen von freien Trägern, Verbänden und Vereinen in die Lage versetzt, ihre fachlichen Qualifikationen, Standards und Kompetenzen zu verbessern und damit qualifizierte Jugendarbeit vor Ort zu leisten;
- durch die Förderung einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen werden die teilnehmenden Jugendlichen befähigt, ausgehend von ihrem jeweiligen Interessengebiet und Betätigungsfeld sich aktiv gesellschaftlich zu engagieren und ggf. am politischen Leben teilzunehmen.

Jugendarbeit und Jugendbildung insgesamt begreifen sich als Angebote zur freiwilligen Mitwirkung junger Menschen in unserer Gesellschaft. Jugendarbeit wirkt daher zwar mittelbar, doch beabsichtigt auf gesellschaftliche Partizipation und Integration hin. So kommt der Jugendförderung insgesamt eine mittelbare politische Funktion in unserer Gesellschaft zu. Dadurch, daß Jugendarbeit auf der freiwilligen Mitwirkung junger Menschen gründet, an ihren Interessen anknüpft und von ihnen mitgestaltet und mitverantwortet wird, kann sie in spezifischer Weise dazu beitragen, daß junge Menschen das nötige Maß an Vertrautheit, an Orientierung und an Identität in unserer komplizierter werdenden, pluralen, individualisierten Kultur entwickeln, um auf ihrem Weg in die Gesellschaft bestehen zu können.

29. In welcher Hinsicht ist der Bereich politische Bildung ein Schwerpunkt des Kinder- und Jugendplans (KJP) der Bundesregierung?

Die politische Bildung ist insofern ein Schwerpunkt des Kinder- und Jugendplans des Bundes, als 11,7 % seiner Mittel allein der politischen Jugendbildung außerhalb der Jugendverbände zugute kommen. Mit diesen Mitteln (1998: 20,9 Mio. DM) werden zentrale Fachorganisationen und -einrichtungen gefördert, die über qualifizierte, hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen.

30. Warum wurde beim Mädchenprogramm des Kinder- und Jugendplanes der Bundesregierung im April 1997 zu den zentralen Inhalten „Partizipation“ und „Integration“ ein im KJP bislang nicht übliches öffentliches Ausschreibungsverfahren für dieses wichtige Anliegen politischer Jugendbildung gewählt?

Unter der Zielsetzung „Partizipation“ und „Integration“ werden vor allem die Konzepte experimentell erprobt, die für Mädchen und junge Frauen sowohl aktive Beteiligung als auch gleichberechtigte Teilhabe in den Strukturen der Jugendhilfe sichern. Hier wurden und werden neue Wege und Möglichkeiten für die Gestaltung der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe beschritten. Das Verfahren zur öffentlichen Ausschrei-

bung sowohl im Bundesanzeiger als auch in der „ZEIT“ wurde gewählt, um allen an diesen Zielen Interessierten die Bewerbung zu ermöglichen. Dies entspricht im übrigen den Richtlinien für die Vergabe von Fördermitteln.

31. Nach welchen Kriterien wurden welche Institutionen und Verbände im Jahre 1997 in diese Förderung aufgenommen?

Mit welchen Beträgen sollen sie im laufenden Jahr und den Folgejahren gefördert werden?

Von den insgesamt 231 Projektanträgen entsprachen 46 Anträge zumindest teilweise diesen Anforderungen. Nach sorgfältiger Überprüfung im Rahmen der Zielsetzung konnten davon 16 Projekte ausgewählt werden, die für die Förderung in Frage kommen. Mit welchen Beträgen diese Projekte gefördert werden, wird erst nach Abschluß aller Überprüfungen im Rahmen des Bewilligungsverfahrens feststehen.

32. Was geschieht mit den Mitteln, die in diesem Jahr vom Planungsbetrag in Höhe von 3,5 Mio. DM für das Mädchenprogramm des KJP durch die zu spät erfolgten Förderentscheidungen nicht ausgeschöpft werden?

Der zeitliche Ablauf von der Auswertung der bisherigen Programmphase bis zum Beginn der neuen Programmphase entspricht der Zeitplanung des BMFSFJ. Alle Mittel wurden gemäß dem Haushaltsgesetz für Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt.

33. Wie haben sich die Mittel für die verbandliche und die außerverbandliche politische Jugendbildungsarbeit im Förderprogramm „Politische Bildung“ des KJP seit 1990 entwickelt?

Im Förderprogramm „Politische Bildung“ wurden seit 1990 Mittel wie folgt bereitgestellt (in Mio. DM):

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
17,99	22,10	22,10	21,44	22,70	22,72	22,74	20,90	20,90

34. Welche besonderen jugendpolitischen Hilfen und Förderungsprogramme bzw. Projekte gehen gezielt in die neuen Länder?

Wie beurteilt die Bundesregierung deren Ergebnisse?

Zur Beantwortung der Frage nach den jugendpolitischen Hilfen und Förderprogrammen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

Bewertet man den heutigen Stand des Ausbaus der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, so ist festzustellen, daß strukturell wichtige Rahmenbedingungen für eine Kinder- und Jugendhilfe durch das Achte Buch Sozialgesetzbuch – geschaffen worden sind. Zugleich müssen jedoch weiterhin zentrale Prinzipien einer präventiven, plural organisierten und an den Interessen der Betroffenen orientierten Jugendhilfe eingefordert werden. Der Aufbau und die Entwicklung einer von freien Trägern getragenen Angebots- und Leistungsstruktur vollzieht sich schrittweise. Doch ist die Fortentwicklung der freien Träger dringend geboten, um die gesellschaftlichen Kräfte in ihrer Pluralität zu entfalten und deren Engagement zum Nutzen von Kindern und Jugendlichen zu mobilisieren. Diese Einschätzung deckt sich mit der Feststellung im 9. Jugendbericht, daß in Bereichen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit noch erhebliche Handlungsdefizite auf der kommunalen und zum Teil der Landesebene zu verzeichnen sind.

Die Bundesregierung unterstützt die Forderung des 9. Jugendberichts, nach Abschluß der ersten Umbruchphase stärker gemeinsame Alternativen zu entwickeln und die Erfahrungen der neuen Bundesländer bei der notwendigen Neuorientierung der Jugendhilfe auf die Anforderungen der Zukunft (Jugendhilfe als Dienstleistung) zu berücksichtigen. Es wird unterstrichen, daß für die Erfordernisse einer modernen Kinder- und Jugendhilfe weder die Modernisierung der gesellschaftlichen Grundversorgung durch das KJHG noch die Übernahme entsprechender Systemstrukturen aus den westlichen Bundesländern ausreicht, daß beides aber entwicklungsnotwendige Voraussetzungen sind, die erst die entsprechenden Spielräume für notwendige Ergänzungen und Alternativen schaffen.

Ohne die Kompetenzordnung des Grundgesetzes in Frage zu stellen, wird der Bund unter besonderer Berücksichtigung des im 9. Jugendbericht aufgezeigten Handlungsbedarfs deshalb auch zukünftig im Rahmen seiner Förderungsmöglichkeiten mit dem 1995 in den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) eingeführten „Aktionsprogramm Neue Länder“ Mittel zur Verfügung stellen, die der weiteren Entwicklung und der Sicherung von Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern dienen.

35. Welche Maßnahmen der politischen Bildung für Studierende fördert die Bundesregierung, und wie vereinbaren sich diese Maßnahmen mit den Aufgaben der Studentenschaften nach § 41 des Hochschulrahmengesetzes bzw. den Landeshochschulgesetzen?

Die Bundesregierung finanziert im Rahmen der Projektförderung von zentralen hochschulbezogenen Maßnahmen studentischer Verbände und anderer Organisationen auch Maßnahmen der politischen Bildung für Studierende. Nach der Erläuterung des entsprechenden Haushaltstitels können „Maßnahmen politischer Bildung im Sinne von § 7 des Hochschul-

rahmengesetzes (HRG)...“ gefördert werden. Die Maßnahmen der politischen Bildung widmen sich in der jetzigen Förderrunde 1998 insbesondere der bevorstehenden europäischen Währungsunion und anderen europapolitischen Themen. Darüber hinaus stehen auch Studierenden die kostenlosen Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung

Die Aufgaben der Studentenschaften nach § 41 des Hochschulrahmengesetzes werden von dieser Förderung nicht berührt.

36. Welche Möglichkeiten der Förderung im Rahmen der politischen Bildung gibt es für junge Menschen in Schule, Berufsausbildung oder Studium, an kurzzeitigen Maßnahmen der Begegnung in Entwicklungsländern teilzunehmen, um konkrete Wirkungen weltweit unterschiedlicher Entwicklung und der Interdependenzen zu erkennen und als Multiplikatoren die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben?

Die Bundesregierung fördert finanziell die „Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländern (ASA-Programm)“, die von der Carl Duisberg Gesellschaft betreut werden und trägt die Verwaltungskosten des Arbeitskreises „Lernen und Helfen in Übersee (LHÜ)“, der die Arbeit der verschiedenen Entwicklungs- und Freiwilligendienste koordiniert und unterstützt (vgl. Antwort zu Frage 10 b).

Innerhalb des Kinder- und Jugendplans des Bundes ist das Programm „Jugendpolitische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern“, an dem Jugendorganisationen, -verbände und sonstige Träger der Jugendhilfe partizipieren können, mit 1,2 Mio. DM ausgestattet. Die häufigste Form der Programme sind Workcamps von ca. 3wöchiger Dauer. Im Hinblick auf die jugendpolitische Zusammenarbeit mit Lateinamerika steht der Austausch von Fachkräften im Vordergrund.

Träger, die an diesem Programm partizipieren, verwenden in der Regel die dort gewonnenen Erfahrungen für die politische Bildungsarbeit in Deutschland. Viele beteiligen sich auch an sogenannten Dritte-Welt-Aktionen.

*Politische Bildung für Zivil- bzw. Wehrdienstleistende und Soldaten*

37. Welche politischen Bildungsangebote wurden vom Bundesamt für den Zivildienst erarbeitet und verwirklicht?

Die politische Bildung der Zivildienstleistenden ist Gegenstand der jährlich rd. 3 800 Einführungslehrgänge, die an den 20 Zivildienstschulen des Bundesamtes für den Zivildienst durchgeführt werden. Innerhalb dieser Lehrgänge erhalten die Zivildienstleistenden einen dreitägigen Unterricht zur politischen Bildung, der u. a. Fragestellungen aus dem Zivildienst, zu den Grundwerten unserer Demokratie wie zur europäischen und internationalen Politik aufgreift. Das politische Bil-

dingsangebot des Bundesamtes für den Zivildienst umfaßt seit Jahren darüber hinaus das Angebot von jährlich etwa 500 dreitägigen Seminaren mit externen Experten in Akademien zur Erwachsenenbildung. Beide Angebote, sowohl die Seminare nach § 36 a Zivildienstgesetz als auch die Einführungslehrgänge nach § 25 a Zivildienstgesetz, werden nach Richtlinien des BMFSFJ vom Bundesamt für den Zivildienst geplant und durchgeführt.

38. Auf welche Weise stellt die Bundesregierung im Rahmen des Einführungsdienstes für Zivildienstleistende nach § 25 a des Zivildienstgesetzes die Vermittlung politischer Bildungsinhalte und Bildungsziele sicher, und wie bewertet sie diese Anstrengungen im Vergleich zur Verpflichtung bezüglich der staatsbürgerlichen Bildung für Wehrdienstleistende nach § 33 des Soldatengesetzes?

Die Vermittlung politischer Bildungsinhalte und Bildungsziele im Rahmen des Einführungsdienstes für Zivildienstleistende wird durch eine zielorientierte Unterrichtsplanung und -gestaltung in den Zivildienstschulen im Rahmen der Richtlinien wie auch durch Befragung der Lehrgangsteilnehmer sichergestellt. Darüber hinaus wird die gegenwärtige Diskussion zur Qualitätssicherung im Bereich der Politischen Bildung im Hinblick auf auch im Zivildienst anwendbare Verfahren mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. In ihrem Einführungsdienst an einer Zivildienstschule erhalten die Zivildienstleistenden mindestens 26 Unterrichtseinheiten zur politischen Bildung (einschließlich der Themenbereiche „Wesen und Aufgaben des Zivildienstes“ sowie „Rechte und Pflichten als Dienstleistende“). Hinzu kommen – grundsätzlich auf freiwilliger Basis – die dreitägigen Seminare zur politischen Bildung.

Die Vorgaben für die politische Bildung der Grundwehrdienstleistenden sehen vor, daß diese im Rahmen ihres 10monatigen Grundwehrdienstes mindestens 28 Ausbildungsstunden Staatsbürgerlichen Unterricht erhalten, der auch in Form von Seminaren, Exkursionen usw. erfolgen kann. Zusätzlich ist situations- und bedarfsbezogen aktuelle Information durchzuführen.

Bundeswehr wie Zivildienst haben denselben gesetzlichen Bildungsauftrag. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Rahmenbedingungen erfüllen beide mit ihren Bildungsangeboten die allgemeinen Bildungsziele der Erweiterung des politischen Orientierungswissens und der Förderung von politischer Urteilskraft sowie Handlungskompetenz.

39. Wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Berichts der Wehrbeauftragten (Drucksache 13/7100), wo von einem „erheblichen Verbesserungsbedarf“ die Rede ist, und im Hinblick auf öffentliche Äußerungen der Wehrbeauftragten angesichts des Videos von Bundeswehrsoldaten mit gewaltverherrlichenden Inhalten die Vollzugsdefizite im Bereich der politischen Bildung nachhaltig beheben sowie die politische Bildungs-

arbeit vor allem für Wehrpflichtige und Unteroffiziere intensivieren und effektiver gestalten?

Wenn ja, mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten?

Bezüglich der Feststellungen der Wehrbeauftragten in ihrem Jahresbericht 1996 (Drucksache 13/7100) wird auf die hierzu der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sowie dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses zugegangene Stellungnahme vom 14. Mai 1997 verwiesen. Darin wird betont, daß politische Bildung ein zentraler Anwendungsbereich der Inneren Führung ist. Deshalb weist die Frau Wehrbeauftragte zu Recht auf die Bedeutung der politischen Bildung für den Soldaten als Staatsbürger in Uniform hin. Der Zwischenbericht zur Umsetzung der Weisung des Generalinspektors zur Durchführung der politischen Bildung zeigt neben erzielten Verbesserungen auch noch bestehende Mängel auf. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Praxis in der politischen Bildung werden daher unvermindert fortgesetzt. In diesem Sinne hat der Generalinspekteur der Bundeswehr in seinem Generalinspekteurbrief 2/97 erneut auf die Notwendigkeit und den herausragenden Stellenwert der politischen Bildung in den Streitkräften hingewiesen.

Aufgrund der jüngsten Vorfälle mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem und gewaltverherrlichendem Charakter wurde durch die Streitkräfte ein Maßnahmenpaket entwickelt und vom Bundesminister der Verteidigung gebilligt, das u. a. eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung in der politischen Bildung beinhaltet. Hierüber hat der Generalinspekteur der Bundeswehr am 19. November 1997 den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages schriftlich informiert und gebeten, Nebenabdrucke an die Obleute der Fraktionen weiterzuleiten.

Darüber hinaus hat der Generalinspekteur in zwei Kommandeurbriefen nachdrücklich auf die Bedeutung der politischen Bildung hingewiesen und die Vorgesetzten zur entschlossenen Prävention gegen Extremismus und Gewaltverherrlichung aufgefordert. Der Generalinspekteurbrief 3/97 wurde mit Schreiben vom 15. Dezember 1997 an die verteidigungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen übersandt.

Ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Bildung in den Streitkräften wurde am 8. April 1998 dem Verteidigungsausschuß zugeleitet.

Die Bundeswehr ist die größte Institution der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland und ihr obliegt die alleinige Zuständigkeit für die politische Bildung in ihrem Bereich. Durch vielfältige Kooperationen und die Bereitstellung von Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung besteht aber eine lang eingespielte Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Bundeszentrale hat in den letzten Jahren die Bildungsarbeit vor allem für Wehrpflichtige und Unteroffiziere kontinuierlich ausgebaut. Im Jahre 1997 wurden über 60 Seminare mit unterschiedlichen in-

haltlichen Schwerpunkten gefördert. Die gute Zusammenarbeit zeigt sich unter anderem darin, daß seit vielen Jahren ein institutionalisierter Erfahrungsaustausch im Rahmen der Tagungsreihe „Bundeswehr und Politische Bildung“ zwischen Fachleuten aus Bundeswehr und politischer Bildung stattfindet. Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert zudem freie Träger, die sich mit ihren Bildungsangeboten besonders an die Bundeswehr wenden.

#### *Förderinstrumente und Träger der politischen Erwachsenenbildung*

40. Inwieweit haben die neuen Medien (CD-ROM, Internet etc.) Eingang in die politische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung gefunden, und wie werden die Träger der politischen Bildung entsprechend einbezogen?

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat seit 1984 ein kontinuierliches und spezielles Angebot im Bildschirmtext, jetzt T-Online. Seit September 1997 ist sie mit einer eigenen Homepage im Internet präsent (<http://www.bpb.de>). Neben einer Selbstdarstellung, dem gesamten Publikations- und Seminarangebot, sind auch Materialien der Bundeszentrale als Voll- oder Teiltext abrufbar. Es ist vorgesehen, das Internetangebot weiter auszubauen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung beobachtet die Entwicklung der Neuen Medien und bewertet sie mit Blick auf ihre Brauchbarkeit für die Praxis der politischen Bildung. Wichtiges Kriterium ist hierbei die didaktische Relevanz, die technische Handhabbarkeit, die technische Ausstattung in der Zielgruppe und nicht zuletzt die subjektive Bewertung durch die Multiplikatoren. Zu allen Themen, die interaktiv und multimedial aufbereitet werden können (deutsche Geschichte, Medienpädagogik, Medienwelt, globales Lernen, Wahlanalyse und Wahlprognose etc.) sind inzwischen mehr als zwölf Projekte mit zum Teil sehr hohen Einzelaufgaben des Trägermediums (Disketten bzw. CD-ROM) realisiert worden. Publikationen wie die „Annotierte Bibliographie für die politische Bildung“, „Ein Jahrhundert deutscher Geschichte 1848 – 1949“ werden als CD-ROM angeboten, ebenso medienpädagogische Handreichungen zum Umgang mit Video- und Computerspielen. Hier ist für 1998/1999 eine Erweiterung des Programms vorgesehen (z. B. „Themen und Materialien für Journalisten“, Band Wahlen). Die Bundeszentrale für politische Bildung plant, im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 1998 eine „Sonderaktion Wahlen im Internet“ durchzuführen. Dabei sollen nicht nur relevante Informationen abrufbar sein, sondern auch u. a. ein Wahlforum den direkten Kontakt mit Experten ermöglichen und Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit geben, Wahlprognosen zu erstellen.

Anlässlich von Messen und Fachtagungen sowie bei einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen wurden die Träger der politischen Bildungsarbeit in die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung einbezogen. Zur Zeit besonders aktuell ist die Behandlung des Themas

„Medienethik“ in Form von Fachtagungen und Publikationen, auch in Kooperation mit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“.

Im Rahmen der Fortbildungstagungen der Bundeszentrale werden Fragen der Umsetzungsmöglichkeiten des jeweiligen Tagungsthemas im Bereich „Neue Medien“ regelmäßig diskutiert und Beispiele vorgestellt (z. B. Computerspiele, CD-ROM, Internet etc.). Besonders hervorzuheben ist die Studienkonferenz „Neues Denken, neues Lernen, neues Handeln? – Politische Bildung in der Informationsgesellschaft“, die mit Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung im Dezember 1997 für die Bildungsträger durchgeführt wurde.

41. Welche gemeinsamen Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung wurden mit Vereinen und Verbänden, die der politischen Bildung verpflichtet sind, realisiert, um die aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Prozessen und demokratischer Öffentlichkeit zu erhöhen?

Da politische Bildung auf Kommunikation und Austausch angelegt ist, ist es selbstverständlich, daß die Zusammenarbeit mit Vereinigungen, Verbänden und Initiativen, die der politischen Bildung verpflichtet sind, gesucht und genutzt wird. Im Bereich der schulischen politischen Bildung arbeitet die Bundeszentrale z. B. intensiv mit der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, dem Verband der Geschichtslehrer Deutschlands und dem Verband der Geographielehrer zusammen. Eine Vielzahl von Projekten und Tagungen wird in Kooperation mit diesen Verbänden, die gemeinsam mehr als 8 000 Mitglieder haben, veranstaltet. Die vielen Kooperationsveranstaltungen und Tagungen, aber auch die Zusammenarbeit im Publikationsbereich sind Ausdruck dieser Vernetzungen. Die Art der Kooperation ist unterschiedlich, von seiten der Bundeszentrale für politische Bildung wird aber darauf geachtet, daß mit diesen Vereinigungen und Verbänden ein ständiger Erfahrungsaustausch gepflegt wird.

Zwei Beispiele für solche Kooperationen:

- Die Initiative Tageszeitung e.V. gibt für die Bundeszentrale für politische Bildung den Pressedienst DREHSCHLEIBE heraus, in dem herausragende Beiträge von Lokaljournalisten vorgestellt und nachrecherchiert werden.
- Gemeinsam mit der „Stiftung Lesen“ in Mainz hat die Bundeszentrale drei Leseempfehlungen zu Themenbereichen erarbeitet, die auch für die politische Bildung von zentraler Bedeutung sind: 1995 Leseempfehlungen gegen das Vergessen. Nationalsozialismus, Kriegsende, Neubeginn; 1996 zum Thema Islam und 1997 unter Mitarbeit des Börsenvereins des deutschen Buchhandels zum Thema Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft. Die Verteilung der Leseempfehlungen erfolgte über die Bundeszentrale, die

„Stiftung Lesen“ und die meisten Buchhandlungen der Bundesrepublik Deutschland.

42. Welche Strukturanpassungen der Bundeszentrale für politische Bildung wurden seit 1991 vorgenommen?

- Die Außenstelle der Bundeszentrale für politische Bildung „Innere Einheit“ wurde in Berlin eingerichtet.
- Das Ost-West-Kolleg wurde von Köln in das Gebäude der Fachhochschule des Bundes in Brühl verlagert. Zur Aufgabenstellung gehören auch verstärkt internationale Beziehungen.
- Zwei Bücherlager wurden zusammengefaßt und in bundeseigenen Lagerräumen in Bonn-Dransdorf untergebracht.
- Die alten Arbeitsgruppen III und V wurden zur neuen Arbeitsgruppe III (Außerschulische politische Bildung, Tagungsförderung) zusammengelegt.

43. Haben sich die in den letzten Jahren vorgenommenen Neufassungen von Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung und für den Kinder- und Jugendplan aus Sicht der Bundesregierung bewährt?

Die Neufassungen der Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan haben sich bewährt. Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinien konnten die Berechnung der Tages- und Übernachtungssätze und Fahrkosten vereinfacht werden

Die „Richtlinien zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung“ vom 14. April 1994 haben sich ebenfalls bewährt. Zur Zeit werden sie in Einzelpunkten überarbeitet und an neuere Entwicklungen angepaßt. Dabei werden auch Vorschläge, die zahlreiche Bildungsträger und Trägerverbände bei der Bundeszentrale eingereicht haben, berücksichtigt.

44. Wie hat sich das Budgetierungsverfahren auf die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung bzw. generell für alle öffentlichen Verwaltungen des Bundes ausgewirkt, und welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung daraus gezogen?

Die Bundeszentrale für politische Bildung war eine von fünf Pilotbehörden, die an dem Modellvorhaben des Bundes zur Erprobung flexibler Budgetierungsinstrumente (erweiterte Deckungsfähigkeit, überjährige Verfügbarkeit der Haushaltsmittel ohne Einsparauflage) von 1995 bis 1997 teilgenommen haben. Das flexible Budgetierungsverfahren hat sich positiv ausgewirkt und insbesondere zu Verwaltungsvereinfachung, Einsparungen, einem hohen Maß an Planungssicherheit und Motivationssteigerung geführt.

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung hat sich vor allem die Kontinuität in der Bildungsarbeit verbessert, was sich u. a. bei der Gewährung von Zuwendungen an Träger zeigte, die durch die frühzeitige Bereitstellung der Mittel eine gleichmäßigere Tagungsplanung vornehmen können.

Durch die Möglichkeit der Ansparung von Haushaltsmitteln konnte u. a. eine Bündelung von Druckaufträgen erfolgen, was zu günstigeren Druckkosten, Einsparung von Kapitalkosten und Lagerkosten führte. Auch konnten Mittel für geplante anstehende Großprojekte angespart werden.

Anträge auf überplanmäßige Ausgaben konnten vermieden werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung war somit in der Lage, den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend kurzfristig durch interne Umverteilung die notwendigen Mittel bereitzustellen.

Das Modellvorhaben hat gezeigt, daß eine verstärkte Flexibilität dazu beitragen kann, wirtschaftliches Handeln zu fördern. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Berichten des BMF an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vom 3. Mai 1996 – HA-Drs. 1 561 – und 23. Mai 1997 – HA-Drs. 2713.

Die positiven Erkenntnisse aus dem Modellvorhaben sind mit dem Bundeshaushalt 1998 auf alle Verwaltungskapitel des Bundeshaushalts übertragen worden (vgl. § 5 HG 1998). Gleichzeitig finden sie auch ihren Niederschlag in dem am 1. Januar 1998 in Kraft getretenen „Gesetz zur Fortentwicklung des Haushaltsrechts in Bund und Ländern“ (Haushaltsrechts-Fortentwicklungsgesetz) mit der Folge, daß etwa 120 Behörden am flexiblen Haushaltsverfahren teilnehmen.

45. Auf welche Weise wird seitens der Bundesregierung gesichert, daß die „Effizienzrendite“ der budgetierten Bundeszentrale für politische Bildung in der Modellphase bei der Institution verbleibt, um die Umsetzung der politischen Bildungsziele sowie Motivation und Unterstützung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu gewährleisten?

Von den im Rahmen des Modellvorhabens bei den beteiligten Behörden, also auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung, erprobten Flexibilisierungsinstrumenten wurde erwartet, daß sie zu wirtschaftlicherem und effizienterem Handeln der Behörden führten. Ausgehend von dieser Erwartung ist der Haushaltsansatz bei den einzelnen Behörden um die sogenannte Effizienzrendite (im Regelfall 2 % des vorgesehenen Ausgabevolumens) reduziert worden. Der als Effizienzrendite ermittelte Betrag ist jeweils als globale Minderausgabe in den einzelnen Kapiteln der beteiligten Behörden etatisiert worden. Damit stand der Betrag der Effizienzrendite den Behörden zu keinem Zeitpunkt für ihre Aufgabenerfüllung zur Verfügung und konnte daher auch nicht bei den Behörden verbleiben.

46. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den neuen Ländern wurden in welchen Arbeitsbereichen seit dem 3. Oktober 1990 in der Bundeszentrale für politische Bildung eingestellt?

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat seit dem 3. Oktober 1990 drei Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen sowie eine Auszubildende aus den neuen Bundesländern eingestellt. Sie sind in den Bereichen Personal, Bücherverteilung der Außenstelle Berlin und Buchverteilung tätig. Seit dem 19. November 1993 sind wegen der für das BMI und den nachgeordneten Geschäftsbereich verfügbaren Einstellungssperre keine weiteren Neueinstellungen erfolgt.

47. Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung personell und programmäßig eingeschränkt?

Das Ost-West-Kolleg ist seit 1. September 1996 im Gebäude der Fachhochschule des Bundes in Brühl untergebracht. Hintergrund der Verlagerung waren dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen des bisherigen denkmalgeschützten Gebäudes in Köln-Lindenthal mit erwarteten Kosten von über 4 Mio. DM. Mit dem Umzug nach Brühl waren personelle Einsparungen verbunden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hausverwaltung und Hauswirtschaft wurden in anderen Bereichen der Bundesverwaltung weiterbeschäftigt.

Eine Einschränkung des Programms des Ost-West-Kollegs ist nicht erfolgt. Es ist im Gegenteil beabsichtigt, die neuen räumlichen Gegebenheiten voll zu nutzen und das Programm zu erweitern.

48. Welche Gründe gibt es dafür, daß von seiten der Bundesregierung die institutionelle Förderung der Ostakademie in Lüneburg eingestellt wurde?

Wie begegnet sie der Sorge, daß die Auseinandersetzung mit den osteuropäischen Transformationsprozessen eine zunehmend geringere Rolle in der politischen Bildung spielen wird, und wie stellt die Bundesregierung eine Weiterarbeit der Ostakademie Lüneburg finanziell sicher?

Sämtliche institutionellen Förderungen werden seit einigen Jahren einer kritischen Überprüfung mit dem Ziel einer Reduzierung dieser Zuwendungsart unterzogen. Bei der Ostakademie in Lüneburg ist dem Rechnung getragen und 1998 von der institutionellen Förderung auf Projektförderung umgestellt worden. Die Bundesförderung soll nach Ablauf von fünf Jahren beendet werden.

Die Sorge, daß in Zukunft die Auseinandersetzung mit den osteuropäischen Transformationsprozessen eine zunehmend geringere Rolle in der politischen Bildung spielen wird, teilt die Bundesregierung nicht. Das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung setzt sich in seiner Bildungsarbeit intensiv mit den ost-

europäischen Transformationsprozessen auseinander (vgl. Antworten zu den Fragen 9 und 10). Darüber hinaus wird in den verschiedenen Publikationen der Bundeszentrale dieser Themenschwerpunkt immer wieder behandelt, u. a. in dem 1995 von Werner Weidenfeld herausgegebenen Sammelband „Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa“.

- 49. Wann wird die Bundesregierung im Rahmen der politischen Bildung eine Trägerstrukturförderung für Nichtregierungsorganisationen, die umwelt- und entwicklungspolitische Bildung anbieten, einführen?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, im Rahmen der politischen Bildung eine von der bisherigen Trägerstrukturförderung abweichende Infrastrukturförderung für Nicht-Regierungsorganisationen einzuführen, die ausschließlich umwelt- und entwicklungspolitische Bildungsinhalte anbieten.

*Zuständigkeits- und Abstimmungsfragen*

- 50. Wie begründet die Bundesregierung die Verteilung von Zuständigkeiten für die politische Bildung auf die verschiedenen Bundesressorts?

Wie erfolgt die Ressortkoordination und die Abstimmung mit den Ländern und mit welchen konkreten Ergebnissen seit 1990?

Die federführende Zuständigkeit für politische Bildung liegt innerhalb der Bundesregierung beim Bundesministerium des Innern. Darüber hinaus nehmen einzelne Bundesressorts im Rahmen ihrer Aufgabenstellung bestimmte Bereiche politischer Bildungsarbeit wahr. Die Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung folgt daher der jeweiligen Ressortverantwortung.

Die Ressortkoordinierung erfolgt – soweit erforderlich – bilateral; eine allgemeine Ressortkoordinierung findet beispielsweise durch den „Interministeriellen Arbeitskreis Politische Stiftungen“ statt.

Eine Abstimmung mit den Ländern erfolgt u. a. auf der Ebene der Bundeszentrale für politische Bildung, die regelmäßig Koordinierungskonferenzen mit den Landeszentralen für politische Bildung durchführt.

- 51. Wie erklärt die Bundesregierung ihre durch die Erstellung und den Versand von Schulmaterialien durch einzelne Ministerien und das Bundespresseamt vorgenommene mögliche Kompetenzüberschreitung im Bildungsbereich?

Wenn von einzelnen Bundesministerien Schulmaterialien für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden, so geschieht das in Absprache mit den Kulturministerien der Länder. Sonstige Materialien – etwa solche, die im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung oder der politischen Bildung verteilt werden – kann der einzelne Lehrer im Rahmen seiner pädagogischen Verantwortung einsetzen.

- 52. Wie erklärt die Bundesregierung den extrem hohen Einsatz von Mitteln für sogenannte Unterrichtsmodelle, die durch die Öffentlichkeitsreferate einzelner Ministerien erstellt und an die Schulen versandt werden?

Die Ansätze der Haushaltstitel einzelner Bundesministerien erlauben es nicht, von „extrem hohen“ oder „hohen“ Finanzbeträgen zu sprechen.

*Umfang der finanziellen Förderung durch die Bundesregierung*

- 53. Wie haben sich seit 1990 die Mittel für die Förderung der politischen Bildung durch alle Bundesressorts, darunter für die Bundeszentrale für politische Bildung, differenziert nach eigenen Aktivitäten und der Förderung der politischen Bildung der freien Träger, bis heute entwickelt, und welche Mittel wurden von den verschiedenen Ministerien unter Einschluß des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung für Öffentlichkeitsarbeit seit 1990 in den einzelnen Haushaltsjahren ausgegeben?

**1. Mittel zur Förderung der politischen Bildung**

**Bundesministerium des Innern**

Im Zuständigkeitsbereich des BMI stellt sich die Förderung der politischen Bildung wie folgt dar:

- a) Globalzuschuß zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit (Förderung der politischen Stiftungen aus Kapitel 06 02 Titel 684 05)

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM								
176 704	203 127	192 391	190 676	170 241	178 861	187 329	182 545	187 839



- b) Zuschuß an die Stiftung Mitarbeit, Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V., Ost-Akademie Lüneburg e.V. (Kapitel 06 02 Titel 684 07 – institutionelle Förderung bis einschl. 1997, ab 1998 Projektförderung)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM									
Stiftung Mitarbeit	706	825	942	980	1 030	1 093	1 121	1 133	1 026*)
AG Staat und Gesellschaft	947	1 022	1 232	1 314	1 343	1 421	1 399	1 345	0**)
Ost-Akademie	840	972	942	1 019	1 015	1 114	1 276	1 285	0**)
Gesamt	2 493	2 819	3 116	3 313	3 389	3 628	3 796	3 763	1 026

\*) ab 1998 Projektförderung der Stiftung Mitarbeit durch das BMI

\*\*\*) ab 1998 Projektförderung der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V. und der Ost-Akademie Lüneburg e.V. durch die Bundeszentrale für politische Bildung (Kapitel 0635)

- c) Förderung der politischen Bildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung (Kapitel 06 35 Hauptgruppen 5 und 6)

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM								
36 472	36 937	71 089	55 744	51 657	48 297	53 880	58 120	59 149

Davon entfallen auf:

– Eigene Aktivitäten

Kap. 06 35 HGr 5	Modellvorhaben Budgetierung								
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM									
Titel 532 02 (bis 1991: 532 11) Politische Bildungsarbeit	25 121	25 127	26 129	29 980	29 033	29 449	30 948	33 512	30 895
Titel 532 03 Herstellung, Erwerb und Verbreitung von Publikationen zur deutschlandpolitischen Bildungs- und Informationsarbeit	–	–	4 466	2 252	–	–	–	–	–
Titel 533 01 (bis 1991: 533 11) Kosten für Tagungen des Ost-West-Kollegs der Bundes- zentrale für politische Bildung	646	627	658	669	626	559	460	948	*)
Gesamt	25 767	25 754	31 253	32 901	29 659	30 008	31 408	34 460	30 895

\*) in Titel 532 02 umgesetzt

## – Förderung der politischen Bildung der freien Träger

Kap. 06 35 HGr 6	1990	1991	1992	1993	1994	Modellvorhaben Budgetierung			
						1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM									
Titel 685 01 (bis 1991: 68511) Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit	10 705	11 183	9 967	7 758	21 998	18 289	22 472	23 660	25 819
Titel 685 02 Förderung von deutschland- politischer Bildungsarbeit	–	–	29 869	15 085	–	–	–	–	–
Titel 684 01 Abwicklung im Rahmen der Projektförderung der Zuschüsse an die AG Staat und Gesellschaft e.V. und an die Ost-Akademie Lüneburg e.V.	–	–	–	–	–	–	–	–	2 435
<b>Gesamt</b>	<b>10 705</b>	<b>11 183</b>	<b>39 836</b>	<b>22 843</b>	<b>21 998</b>	<b>18 289</b>	<b>22 472</b>	<b>23 660</b>	<b>28 254</b>

d) Förderung von Einrichtungen zur Erinnerung an  
bedeutende Politiker (Kapitel 06 03 Titel 685 61  
Ziffer 1.2.1–1.2.5)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM									
Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus	1 387	1 432	1 675	2 012	2 178	2 052	2 105	2 486	2 474
Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert- Gedenkstätte	983	1 366	1 279	1 272	1 327	1 344	1 379	1 357	1 470
Otto-von-Bismarck-Stiftung	–	–	–	63	–	20	274	743	1 107
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss- Haus	–	–	–	–	–	16	106	672	1 349
Bundeskanzler-Willy-Brandt- Stiftung	–	–	–	–	–	192	797	925	1 330

**Auswärtiges Amt**

Im Haushalt des AA, Kapitel 05 04 Titel 686 17 BA 4.2  
standen/ stehen folgende Mittel für die politische Bil-  
dungsarbeit freier Träger zur Verfügung:

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM								
1 198	1 161	1 136	900	750	732	745	622	628

**Bundesministerium der Verteidigung**

Für die politische Bildung besteht im BMVg kein  
gesonderter Haushaltstitel, Kosten gehen zu Lasten  
Kapitel 14 03 Titel 525 01: Aus- und Fortbildung, Um-  
schulung. Die Nutzung der Haushaltsmittel legt der  
verantwortliche Vorgesetzte fest.

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
in TDM								
Politische Bildung (darunter: Vortragshonorare)	1 379 120	1 343 225	1 478 247	1 377 180	1 264 162	1 057 162	2 118 212	2 072 *)
Tageszeitungen	5 796	6 079	5 994	5 374	4 258	3 975	3 813	3 571
Reisekosten/Trennungsgeld	1 226	761	1 208	592	502	426	498	641
Gesamt	8 401	8 183	8 680	7 343	6 024	5 458	6.429	6.284

\*) 1997 nicht gesondert erfaßt

Hinweis: Die Höhe der Ausgaben Anfang der neunziger Jahre und der Rückgang danach erklärt sich aus der Übernahme von Soldaten aus der ehemaligen NVA und der anschließenden Reduzierung der Streitkräfte auf den heutigen Stand.

#### Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Im Blick auf die finanzielle Förderung des BMFSFJ durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes wird auf die Antwort zu Frage 33 verwiesen.

#### Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Projektförderung der freien Träger beim BMBF aus Kapitel 30 03 Titel 685 05 hat sich wie folgt entwickelt:

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM								
449	600	1 315	1 501	1 486	2 253	1 941	565	73

#### Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Haushaltsmittel des BMZ für entwicklungspolitische Informationsarbeit (ca. 75 % des Titels 531 01) sowie für entwicklungspolitische Bildung (Titel 685 10) weisen seit 1990 folgende Entwicklung auf:

Kapitel/Titel	1990 Ist	1991 Ist	1992 Soll	1993 Soll	1994 Soll	1995 Soll	1996 Soll	1997 Soll	1998 Soll
in TDM									
23 01/531 01	2 459	2 747	2 750	2 641	2 479	2 300	2 300	2 050	1 916
23 01/685 10	6 670*)	5 498*)	5 500*)	4 100	4 100	4 300	4 200	4 200	4 200

\*) einschließlich der politischen Stiftungen

**2 Mittel für Öffentlichkeitsarbeit**

Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der verschiedenen Ministerien unter Einschluß des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung haben sich seit 1990 wie folgt entwickelt:

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM									
AA	1 194	1 296	1 291	1 290	1 336	1 256	1 193	1 074	993
BMI	1 449	1 785	2 320	2 046	1 416	1 006	978	913	896
BMJ	818	723	642	661	562	544	453	447	443
BMF*)	6 380	4 921	8 977	10 323	7 446	15 683	7 303	7 640	7 300
BMWi	882	4 247	3 378	3 053	2 564	1 699	1 897	1 570	1 782
BML	1 324	1 958	1 783	1 756	1 648	1 601	1 895	2 742	2 282
BMA	15 259	18 175	22 276	20 467	24 502	26 488	28 019	32 130	31 208
BMVg**)	4 735	5 595	5 792	6 158	6 526	5 150	5 225	4 950	5 000
BMJFFG	256	–	–	–	–	–	–	–	–
BMFJ	–	230	230	223	221	–	–	–	–
BMFuS	–	200	300	285	276	–	–	–	–
BMFSFJ	–	–	–	–	–	320	300	225	210
BMG***)	0	3 257	1 750	3 607	1 161	1 317	1 675	1 137	1 150
BMV	435	776	8 344	7 588	6 596	4 822	4 184	3 007	1 256
BMU	11 162	18 991	17 461	14 722	11 793	12 177	12 357	10 613	11 900
BMBau	8 192	9 943	11 955	9 880	6 880	8 431	5 100	2 790	2 000
BMBF	6 432	6 385	6 960	6 366	4 711	6 055	6 639	5 247	6 190
BMZ****)	2 459	2 747	2 750	2 641	2 479	2 300	2 300	2 052	1 916
BPA*****)	172 236	169 940	190 296	173 684	162 146	144 365	152 556	142 588	125 131

\*) BMF: 1995 einschließlich einmaliger Sondermittel für das Jahressteuergesetz

\*\*) BMVg: 1994 einschließlich Mittel für Weißbuch 1994

\*\*\*) BMG: eigenständiges Ressort seit Januar 1991

\*\*\*\*) BMZ: 1996–1998 Soll-Ausgaben

\*\*\*\*\*) BPA: Öffentlichkeitsarbeit Inland/Ausland und Informationstagungen

54. Wie hat sich seit 1990 die Förderung der politischen Stiftungen für die politische Bildung im Vergleich zu der Förderung der freien Träger unter Berücksichtigung der Grundförderung und der Projektförderung entwickelt?

Die Förderung der politischen Stiftungen im Vergleich zur Förderung der freien Träger stellt sich bei den verschiedenen Bundesministerien wie folgt dar:

**Bundesministerium des Innern**

Die politischen Stiftungen erhalten aus Kapitel 06 02 Titel 684 05 einen Globalzuschuß zur gesellschafts-politischen und demokratischen Bildungsarbeit. Die Förderung der freien Träger erfolgt durch die dem BMI nachgeordnete Bundeszentrale für politische Bildung (siehe Antwort zu Frage 53).

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Bei Kapitel 17 02 Titel 684 11 des BMFSFJ hat sich die finanzielle Förderung wie folgt entwickelt:

Projektförderung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM									
Soll	17 909	18 409	22 100	22 350	22 700	22 720	22 746	20 900	20 900
Ist *)	18 808	24 897	22 721	21 446	21 349	23 006	22 515	20 647	
darin enthalten für									
1. politische Stiftungen	196	200	200	0	0	0	0	0	0
2. freie Träger	17 714	18 209	21 900	22 350	22 700	22 720	22 746	20 900	20 900

\*) Die Differenzen zwischen Soll und Ist ergeben sich, weil das Programm im Rahmen der Bewirtschaftung des Kinder- und Jugendplans im Laufe des Haushaltsjahres z. T. aufgestockt wurde.

### Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung

Aus Kapitel 23 10 Titel 685 10 des BMZ hat sich die finanzielle Förderung wie folgt entwickelt:

Projektförderung	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 Soll
in TDM									
Soll			5 500	4 100	4 100	4 300	4 200	4 200	4 200
Ist	6 670	5 498							
darin enthalten für									
1. politische Stiftungen	1 500	1 500	1 500	0	0	0	0	0	0
2. freie Träger	3 870	2 698	2 700	2 800	2 800	3 000	2 900	2 900	2 900

55. Wie soll sich nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung die Förderung der politischen Bildung in den nächsten Jahren entwickeln, und inwieweit hat die Bundesregierung in ihre Planungen eigene Erkenntnisse und Informationen der Träger zum Bedarf und zu der Dringlichkeit dieses Förderbereichs berücksichtigt?

Nach dem geltenden Finanzplan des Bundes soll die Förderung der politischen Bildung des Bundes in etwa auf dem gleichen Niveau wie 1998 fortgeführt werden. Die Finanzplanung wird jährlich unter Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage aktualisiert und zusammen mit dem Haushalt für das jeweils folgende Jahr vom Bundeskabinett verabschiedet. Angesichts der angespannten Haushaltslage kommt voraussichtlich eine Steigerung der für die politische Bildung vorgesehenen Mittel nicht in Betracht.

Die Förderung der politischen Bildung ist stets ein besonderes Anliegen der Bundesregierung gewesen. Bei ihren Planungen und Mittelveranschlagungen werden – neben vielen anderen Gesichtspunkten – die Erkenntnisse und Informationen der freien Träger eingehend berücksichtigt. Dabei ist sich die Bundesregierung bewußt, daß gerade auf dem Gebiet der pluralen Förderung der politischen Bildung der Finanzbedarf naturgemäß hoch ist und nicht immer mit der Haushaltslage in Einklang gebracht werden kann.

## Anlage

**Verzeichnis der Zuwendungsempfänger  
der Bundeszentrale für politische Bildung**

Ad hoc e.V.  
Bundesverband  
Am Kannenofen 21  
53721 Siegburg

Akademie Rosenhof e.V.  
Winzerstr. 8  
01445 Radebeul

Akademie Sankelmark  
Deutscher Grenzverein  
24988 Sankelmark

Akademie für Ost-West-Begegnung e.V.  
z. Hd. Frau C. Immes  
Werderstr. 24  
12103 Berlin

Akademie für  
Unternehmensführung  
Am Mühlgraben 6  
08499 Mylau

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur  
in Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Karl-Marx-Str. 19 a  
19055 Schwerin

Akademie für gesellschaftspolitische Bildung  
22946 Großensee

Aktion Gemeinsinn  
Prof. C.C. Schweitzer  
Am Hofgarten 10  
53113 Bonn

Aktion Sühnezeichen  
Friedensdienste  
Auguststr. 80  
10117 Berlin

Aktuelles Forum  
Nordrhein-Westfalen  
Hohenstaufenallee 1–5  
45888 Gelsenkirchen

Arbeiterwohlfahrt  
Landesbildungswerk Brandenburg  
Dr.-Albert-Schweitzer-Str. 9  
14557 Wilhelmshorst

Arbeitsausschuß für  
politische Bildung  
Haagerweg 44  
53127 Bonn

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer  
Bildungswerke e.V.  
Ahornweg 27  
53177 Bonn

– Bayerisches Seminar für Politik e.V.  
Oberanger 38  
80331 München

– Bürgerforum Bayreuth e.V.  
Friedrich-Puchta-Str. 20  
95444 Bayreuth

– Bürgerforum Mittelmain  
Postfach 186  
97828 Marktheidenfeld

– Die Neue Gesellschaft  
Rothenbaumchaussee 19  
20148 Hamburg

– Franken-Akademie  
Schloß Schney  
Friedrich-Puchta-Str. 20  
95444 Bayreuth

– Gesellschaft für Politik und Bildung SWH e.V.  
Schweizer Str. 58  
23714 Malente

– Heimvolkshochschule  
Haus Neuland e.V.  
Hellweg 493  
33689 Bielefeld

– Neue Gesellschaft  
Niederrhein e.V.  
St. Huberter Str. 11  
47647 Kerken

– Staatsbürgerlicher Arbeitskreis Nürnberg e.V.  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

– Willi-Eichler-Bildungswerk e.V.  
Albertusstr. 40–46  
50667 Köln

Arbeitsgemeinschaft Lehrerseminare  
Bonn-Berlin-Europa  
Neanderstr. 6  
40233 Düsseldorf

Arbeitsgemeinschaft  
Staat und Gesellschaft  
Sigwartstr. 13  
72076 Tübingen

Arbeitsgemeinschaft der Auslandsgesellschaften  
in Deutschland  
Alter Markt 5  
34439 Willebadessen

Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche  
Bildung in Bayern e.V.  
Bussard Str. 37  
97422 Schweinfurt

Arbeitsgemeinschaft kath. Studenten  
und Hochschulgemeinden  
Rheinweg 34  
53113 Bonn

Arbeitsgemeinschaft norddeutscher  
Bildungswerke der Wirtschaft e.V.  
Feldbrunnenstr. 56  
20148 Hamburg

Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise  
Adlzreiterstr. 23  
80337 München

Arbeitsgemeinschaft süddeutscher  
Bildungswerke der Wirtschaft e.V.  
Hölderlinstr. 1  
55131 Mainz

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.  
Haager Weg 44  
53127 Bonn

Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge  
Tulpenbaumweg 14  
53117 Bonn

Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge/Edertal  
Hammerbergstr. 9  
34549 Edertal

Arbeitskreis europäischer Integration e.V.  
Bachstr. 32  
53115 Bonn

Arbeitskreis friedenspädagogischer  
Bildungseinrichtungen  
Kirchstr. 14  
29462 Wustrow

Arbeitskreis für Landesverteidigung e.V.  
Adenauerallee 176  
53113 Bonn

Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz  
Steinstr. 48  
67657 Kaiserslautern

August-Bebel-Institut  
Institut für soziale Demokratie  
Müllerstr. 163  
13353 Berlin

Autonomes Bildungszentrum  
Bauernreihe 1  
21706 Drochtersen

Bildungsdienst und Sozialwerk des  
Deutschen Beamtenbundes e.V.  
Dreizehnmorgenweg 36  
53175 Bonn

Bildungswerk Blitz e.V.  
Zeitgrund 6  
07646 Stadtroda

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW  
Kronprinzenstr. 15  
45128 Essen

Bildungswerk des Instituts für angewandte  
Kommunikationsforschung e.V.  
Poppelsdorfer Allee 92  
53115 Bonn

Bildungswerk für christlichsoziale Gesellschaftspolitik  
Kraterstr. 16  
53179 Bonn

Bildungszentrum Jagdschloß  
Göhrde e.V.  
29473 Göhrde

Brandenburgisches Bildungswerk pro Europa e.V.  
Dorfstr. 26  
16356 Ahrensfelde

Buergerhilfe Sachsen e.V.  
Altenberger Str. 1  
01776 Bärenfels

Bund der Vertriebenen  
Godesberger Allee 72–74  
53175 Bonn

Bund deutscher Pfadfinder  
Schulstr. 3  
61267 Neu-Anspach

Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben  
Tersteegenstr. 61–63  
40474 Düsseldorf

Bundesverband Neue URANIA e.V.  
Eitelstr. 16  
10317 Berlin

Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer  
in der BRD e.V.  
Auguststr. 80  
10117 Berlin

Bundesverband der Katholischen  
Arbeitnehmerbewegung  
Pohlhausenstr. 17  
53332 Bornheim

Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig  
Behinderte e.V.  
Raiffeisenstr. 18  
35043 Marburg

Burg Rothenfels  
97851 Rothenfels

Christlich-Paneuropäisches Studienwerk e.V.  
Köpenicker Str. 50  
15569 Woltersdorf b. Berlin

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V.  
Teckstr. 23  
73061 Ebersbach

Collegium Europaeum Jenense  
Schillerhaus  
07740 Jena

D.I.V.I.S. e.V.  
c/o Manfred Wüllner  
Wolkenburgstr. 5  
53117 Bonn

Der Heiligenhof  
Postfach 14 80  
97664 Bad Kissingen

- Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher  
Lehrer und Erzieher e.V.  
Hochstr. 8  
81669 München
- Arbeitskreis sudetendeutscher Akademiker  
Katharinenstr. 2  
77839 Lichtenau
- Arbeitskreis sudetendeutscher Studenten (ASST)  
z. Hd. Frau Barthelme  
Hindenburgstr. 28  
91054 Erlangen
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten  
Ellern Str. 10  
30826 Garbsen

Deutsch-Englische Gesellschaft e.V.  
Beethovenplatz 6  
53115 Bonn

Deutsch-Israelische Gesellschaft  
Kaiserplatz 15  
53113 Bonn

Deutsche Angestellten Gewerkschaft  
Sunderstr. 77  
29664 Walsrode

Deutsche Beamtenbundjugend  
Thomas-Mann-Str. 49  
53111 Bonn

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft  
für Erwachsenenbildung e.V.  
Schillerstr. 58  
76135 Karlsruhe

Deutsche Gesellschaft  
Bundesallee 22  
10717 Berlin

Deutsche Jugend in Europa e.V.  
Prinz-Albert-Str. 1 a  
53113 Bonn

Deutscher Frauenring e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Talstr. 56 a  
66119 Saarbrücken

Deutscher Koordinierungsrat  
Otto-Weiß-Str. 2  
61231 Bad Nauheim

Deutsches Komitee für Europäische Sicherheit  
und Zusammenarbeit e.V.  
c/o Frhr. von Groll  
Holzlarer Str. 6  
53757 St. Augustin

Deutschland- und Europapolitisches  
Bildungswerk NRW  
Bahnhofstr. 4  
49545 Tecklenburg

Die Naturfreunde  
Hedelfinger Str. 17–25  
70327 Stuttgart

Dietrich-Bonhoeffer-Verein  
Am Heienberg 4  
65193 Wiesbaden-Sonnenberg

Europa Akademie Bildungszentrum Bernried  
Bogener Str. 9  
94505 Bernried

Europa Zentrum Rostock  
Gerhart-Hauptmann-Str. 19  
18055 Rostock

Europa Zentrum Meißen  
Freiheit 13  
01662 Meißen

Europa- und Deutschlandpolitisches  
Bildungsinstitut Duderstadt  
Rathaus  
37115 Duderstadt

Europa-Haus Leipzig e.V.  
Katharinenstr. 11  
04109 Leipzig

Europa-Union Deutschland  
Bachstr. 32  
53115 Bonn

Europa-Union Deutschland  
Landesverband Hamburg e.V.  
Große Theaterstr. 37  
20354 Hamburg

Europa-Union Deutschland  
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern  
Wiekhaus 53, 5. Ringstr.  
17033 Neubrandenburg

Europahaus Aurich  
Von-Jhering-Str. 35  
26603 Aurich

Europäische Akademie Mecklenburg-Vorpommern  
Am Eldenholz 23  
17192 Waren/Müritz

Europäische Staatsbürger-Akademie  
Adenauerallee 59  
46399 Bocholt

– Europäische Staatsbürger-Akademie Brandenburg  
Joachimstaler Str. 20  
16244 Altenhof

– Europäische Staatsbürger-Akademie Thüringen  
Ortsstr. 29–31  
98744 Cursdorf

Europäische Studiengesellschaft e.V.  
z. Hd. Herrn Jürgen Rosorius  
Auf dem Gerotten 20  
53721 Siegburg

Evangelische Akademien in Deutschland e.V.  
Akademieweg 11  
73087 Bad Boll



- Evangelische Akademie Arnoldshain  
61389 Schmitten/Taunus 1
- Evangelische Akademie Bad Boll  
73087 Bad Boll
- Evangelische Akademie Baden  
Blumenstr. 1–7  
76133 Karlsruhe
- Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg  
Goethestr. 26–30  
10625 Berlin
- Evangelische Akademie Greifswald  
Bahnhofsstr. 35–36  
17489 Greifswald
- Evangelische Akademie Görlitz  
Langenstr. 36  
02808 Görlitz
- Evangelische Akademie Iserlohn  
Berliner Platz 12  
58638 Iserlohn
- Evangelische Akademie Kurhessen-Waldeck  
Schlößchen Schönburg  
34369 Hofgeismar
- Evangelische Akademie Loccum  
31547 Rehburg-Loccum
- Evangelische Akademie Mülheim  
Uhlenhorstweg 29  
45479 Mülheim (Ruhr)
- Evangelische Akademie Nordelbien  
Marienstr. 31  
23795 Bad Segeberg
- Evangelische Akademie Nordelbien  
Tagungsstätte Hamburg  
Esplanade 15–16  
20354 Hamburg
- Evangelische Akademie Oldenburg  
Heimvolkshochschule  
26180 Rastede
- Evangelische Akademie Pfalz  
Domplatz 5  
67346 Speyer
- Ev. Akademie Sachsen-Anhalt  
Schloßplatz 1 d  
06886 Lutherstadt Wittenberg
- Evangelische Akademie Thüringen  
Zinzendorfhaus  
99192 Neudietendorf
- Evangelische Akademie Tutzing  
Schloßstr. 2–4  
82327 Tutzing
- Ev. Akademie der Ev. Lutherischen Landeskirche  
Sachsens  
Freiheit 6  
01662 Meißen
- Mecklenburgische Evangelische Akademie  
Klopstockstr. 3  
18057 Rostock
- Oekumenische Vereinigung der Akademie  
und Tagungszentren in Europa  
Akademieweg 11  
73087 Bad Boll
- Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen  
Haus Villigst  
58239 Schwerte
- Evangelische Akademikerschaft in Deutschland e.V.  
Kniebisstr. 29  
70188 Stuttgart
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für  
kirchliche Arbeit in Staat und  
Gesellschaft e.V.  
Archivstr. 3  
30169 Hannover
- Evangelische Frauenarbeit in Deutschland  
Emil-von-Behring-Str. 3  
60439 Frankfurt
- Evangelische Sozialakademie  
57520 Friedewald
- Evangelische Studentinnengemeinde in der BRD  
Tunisstr. 3  
50667 Köln
- Forum OST-WEST e.V.  
Weißendornweg 5  
14469 Potsdam
- Franz-Röhr-Bildungswerk  
Konstantinstr. 13  
53179 Bonn
- Frauenbildungswerk  
Aachener Str. 33  
53909 Zülpich
- Frauenbrücke Ost-West  
Bergheimer Str. 14  
69115 Heidelberg
- Freies Tagungshaus Waldschlößchen  
37130 Gleichen
- Frischluff  
Annaberger Str. 283  
53175 Bonn
- Gemeinnütziges Bildungswerk des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes  
Hans-Böckler-Str. 39  
40476 Düsseldorf
- Gemeinschaft evangelischer Erzieher  
Franzstr. 9  
47166 Duisburg
- Georg von Vollmar Akademie  
Am Aspensteinbichel 9  
82431 Kochel

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.  
Südfeldstr. 4  
32602 Vlotho

Gesellschaft der europäischen Akademien  
Bonner Talweg 42  
53113 Bonn

- Europa Haus Marienberg  
Postfach 12 04  
56464 Bad Marienburg
- Europa-Haus Colditz  
Lastauerstr. 4  
72003 Tübingen
- Europa-Zentrum Tübingen  
Postfach 13 66  
72003 Tübingen
- Europäische Akademie Bayern  
Hirtenstr. 16  
80335 München
- Europäische Akademie Berlin  
Bismarckallee 46–48  
14193 Berlin
- Europäische Akademie Hessen  
Arthur-Zitscher-Str. 4  
63065 Offenbach
- Europäisch Akademie Otzenhausen  
Pestelstr. 2  
66119 Saarbrücken
- Europäische Akademie Schleswig-Holstein  
Flensburger Str. 18  
25917 Leck
- Europäische Bildungs- und  
Aktionsgemeinschaft e.V.  
Bonner Talweg 42  
53113 Bonn
- Informations- und Bildungszentrum  
Schloß Gimborn e.V.  
Schloßstr. 10  
51709 Marienheide-Gimborn
- Politisches Bildungswerk  
Verantwortung in Staat und Gesellschaft  
Am Sandberg 30  
53757 St. Augustin
- Weiterbildungszentrum Ingelheim  
Fridtjof-Nansen-Akademie  
Wilhelm-Leuschner-Str. 61  
55218 Ingelheim am Rhein

Gesellschaft für Deutschlandforschung e.V.  
Postfach 41 09 65  
12119 Berlin

Gesellschaft für politische Bildung  
Akademie Frankenwarte  
Postfach 55 80  
97005 Würzburg

Gesellschaft für Politik und Wirtschaft  
Rissener Landstr. 193  
22559 Hamburg

Gesellschaft für Weiterbildung  
Westfalen-Lippe e.V.  
Lübber Str. 12–20  
32052 Herford

Gesellschaft für die Einheit Deutschlands e.V.  
z. Hd. Herrn G. H. Komossa  
Letterhausstr. 23  
53123 Bonn

Gewerkschaft öffentliche Dienste,  
Transport und Verkehr ÖTV  
Theodor-Heuss-Str. 2  
70174 Stuttgart

Gustav-Stresemann-Institut e.V.  
Langer Grabenweg 68  
53175 Bonn

– Europa Heimvolkshochschule Bevensen  
Klosterweg 4  
29549 Bad Bevensen

Haus am Checkpoint Charlie der  
„Arbeitsgemeinschaft 13. August“  
Friedrichstr. 43–44  
10969 Berlin

Haus der Zukunft  
Goethestr. 37  
14163 Berlin

Haus der politischen Bildung  
An der Rehwiese 29  
14129 Berlin

Heimvolkshochschule  
Alte Molkerei Frille  
Freithof 16  
32469 Petershagen

Heimvolkshochschule am Seddiner See  
Seeweg 2  
14554 Neuseddin

Heimvolkshochschule Barendorf  
Lüneburger Str. 12  
21397 Barendorf

Heinz Daemen Stiftung für Jugend-  
und Erwachsenenbildung e.V.  
Darmstädter Str. 30  
64385 Reichelsheim

Heinz-Kühn-Bildungswerk  
Albertusstr. 40 – 46  
50667 Köln

Hermann-Ehlers-Akademie der  
Hermann-Ehlers-Stiftung  
Gurlittstr. 3  
24106 Kiel

Institut für Europäische Partnerschaften und  
Internationale Zusammenarbeit  
Pützchens Chaussee 137  
53229 Bonn

Institut für berufliche und politische Bildung  
Heiligenbergstr. 25  
34587 Gensungen

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste  
Kaiserstr. 43  
53113 Bonn

Internationaler Arbeitskreis  
Sonnenberg  
Bankplatz 8  
38100 Braunschweig

Internationaler Bund  
Burgstr. 106  
60389 Frankfurt

Internationales Forum  
Burg Liebenzell  
75378 Bad Liebenzell

Jakob-Kaiser-Stiftung  
Hauptstr. 487  
53639 Königswinter

– Bildungswerk Sachsen-Anhalt  
Am Kugelberg 3  
06667 Weißenfels

– Jakob-Kaiser-Haus Thüringen  
Wilhelm-Külz-Str. 22  
99423 Weimar

Jugendbildungsstätte Ludwigstein  
Burg Ludwigstein  
37214 Witzhausen

Jugendhaus Düsseldorf  
Postfach 32 05 20  
40420 Düsseldorf

Karl-Arnold-Stiftung  
Venner Str. 55  
53177 Bonn

Karl-Heinrich-Ulrichs-Bildungswerk e.V.  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln

Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e.V.  
Südstr. 121  
53175 Bonn

Kath. Bundesarbeitsgemeinschaft  
für Erwachsenenbildung  
Rene-Schickele-Str. 10  
53123 Bonn

Katholischer Deutscher Frauenbund  
Kaesenstr. 18  
50677 Köln

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt  
Postfach 11 13  
73085 Boll

Kolpingwerk Deutschland  
Kolpingplatz 5 – 11  
50667 Köln

Kuratorium Schloß Ettersburg e.V.  
Goetheplatz 9 B  
99423 Weimar

Kurt-Schumacher-Gesellschaft e.V.  
Postfach 12 01 21  
53043 Bonn

Landesarbeitsgemeinschaft für  
deutsche Ostkunde im Unterricht in NRW  
Hillegosser Str. 242  
33719 Bielefeld

Landsmannschaft Mecklenburg  
Am Graben 1 a  
23909 Ratzeburg

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
Parkallee 86  
20144 Hamburg

Lomdim  
Christlicher Verein zum  
Kennenlernen des Judentums e.V.  
Bodenäcker 10  
64823 Groß-Umstadt

Mensch. Soziumfeld Unternehmen  
Verein für politische Bildung  
Saarländer Str. 20  
04179 Leipzig

Märkische Heimvolkshochschule e.V.  
16321 Börnicke/Helenenau

Ost-Akademie e.V.  
Herderstr. 1 – 11  
21335 Lüneburg

Ostsee-Akademie  
Europaweg 3  
23570 Lübeck-Travemünde

Paritätisches Bildungswerk e.V.  
Heinrich-Hoffmann-Str. 3  
60528 Frankfurt

Pfalz Akademie e.V.  
HVHS Lambrecht  
Franz-Hartmann-Str. 9  
67466 Lambrecht

Philosophia e.V.  
Häßlerstr. 79  
99099 Erfurt

Politische Akademie Biggeseesee e.V.  
Ewiger Str. 7–9  
57439 Attendorn

Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V.  
Am Bötschenberg 4  
38350 Helmstedt

Politischer Arbeitskreis Schulen e.V.  
Graurheindorfer Str. 149  
53117 Bonn

Ranke-Gesellschaft e.V.

Haus N 50 c  
Olshausenstr. 40  
24118 Kiel

Rhönkreis e.V.

c/o Peter-Wolfgang Großmann  
Rendelmühle 58  
36129 Gersfeld/Rhön

Robert-Tillmann-Haus e.V.

An der Rehwiese 29  
14129 Berlin

Sambachshof

ufr. Heimvolkshochschule  
97631 Bad Königshofen

Seminar für politische Bildung und Information e.V.

Neumarkt 6  
66117 Saarbrücken

Seminar-Forum in Berlin

Franz-Mett-Str. 3 – 9  
10319 Berlin

Sozialwerk-Saar-Mosel e.V.

Dellengartenstr. 14  
66117 Saarbrücken

Spanische Weiterbildungsakademie

Mainzer Str. 172  
53179 Bonn

Staatspolitische Gesellschaft

Ohlsdorfer Str. 37  
22299 Hamburg

Staeette der Begegnung e.V.

Oeynhausener Str. 5 b  
32602 Vlotho

Stiftung IBZ

St. Marienthal 10  
02899 Ostritz

Stiftung „Mitarbeit“

Bornheimer Str. 37  
53111 Bonn

Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. (AZK)

Johannes-Albers-Allee 3  
53639 Königswinter

Stiftung Politische und Christliche Jugendbildung

Kottenforststr. 20  
53340 Meckenheim

Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V.

Siemensring 54  
76761 Rülzheim

Studienstätte für Politik und Zeitgeschehen e.V.

Herrnstr. 19  
80539 München

Studienzentrum Ost-West-Probleme e.V.

Wilhelm-Mayr-Str. 26  
80689 München

Studienzentrum Weikersheim e.V.

z. Hd. Herrn Prof. von Stetten, MdB  
Bundeshaus  
53113 Bonn

Studienzentrum für publizistische Bildung e.V.

Krebenstr. 8  
71272 Renningen

Verband bi-nationaler Familien- und Partnerschaften

Kasseler Str. 1 a  
60486 Frankfurt

Verband der Heimkehrer-Kriegsgefangenen und  
Vermissenangehörigen Deutschlands

Konstantinstr. 17  
53179 Bonn

Verband heimatvertriebener Verleger

Immermannstr. 21  
40210 Düsseldorf

Verein der Freunde von Neve Shalom

Sonnenrain 30  
53757 St. Augustin

Verein für politische Bildung e.V.

Auf dem Pfahl 4  
22359 Hamburg

Verein für politische Bildung und Information e.V.

Georgstr. 26  
53111 Bonn

Verein zur Förderung politischen Handelns

Burgstr. 87  
53177 Bonn

Verein zur Förderung kath.-soz. Bildungswerke  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Heilsbachstr. 6  
53123 Bonn

Vereinigung liberaler Bildungseinrichtungen

Margarethenhof  
53639 Königswinter

Vereinigung sozialliberaler Bildungseinrichtungen e.V.

Außenstelle Berlin  
Postfach 55 02 10  
10372 Berlin

Versöhnungsbund e.V.

Kuhlenstr. 5a – 7  
25436 Uetersen

Villa Fohrde e.V.

August-Bebel-Str. 42  
14798 Fohrde

Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeitsarbeit

Estermannstr. 204  
53117 Bonn

Zentrum für Präventionserziehung

Landsberger Str. 30  
98617 Meiningen